

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1	3964	Sporthalle bei der Grundschule Riedenberg	Seit vielen Jahren wird der Grundschule Riedenberg der Bau einer Sporthalle versprochen. Diese sollte zeitgleich mit der auf dem freien Gelände der im Bau befindlichen Waldorfschule realisiert werden. Sowohl die Grundschule Riedenberg mit ihrem Schwerpunkt auf Bewegung als auch das Geschwister-Scholl-Gymnasium, Waldorfschule, Sportvereine und freie Träger benötigen dringend diese Sporthalle.	482 (CDU)	GR stimmt teilweise zu	Die erforderlichen Planungsmittel max. 500.000 EUR werden aus der Planungsmittelpauschale bereitgestellt.
2	3380	Absenkung der Grundsteuer von 520 auf höchstens 450 Hebesatzpunkte und damit eine Reduzierung der Wohnkosten um jährlich rund 20 Mio. Euro	In der Region liegt der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B bei 358 Punkten, in der Stadt Stuttgart aber bei 520 Punkten und somit mit großem Abstand an der Spitze aller Gemeinden. Mit 450 Punkten würde der Stuttgarter Grundsteuerhebesatz gemessen an den übrigen Gemeinden in der Region Stuttgart immer noch am obersten Ende liegen. Als vor vier Jahren die Grundsteuer von 400 auf 520 Hebesatzpunkte angehoben wurde, wurde dies mit der damals kritischen Finanzsituation der Stadt begründet. Diese gilt heute nicht mehr. In den letzten Jahren sprudelten die Steuereinnahmen, so dass die restlichen städtischen Kredite kontinuierlich zurückgeführt werden konnten. Stuttgart ist heute schuldenfrei und hat 2011 und 2012 sogar einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet. Durch eine Absenkung der Grundsteuer werden sowohl die Mieter, als auch die Eigentümer von Wohnungen und Häusern, die diese selbst bewohnen, entlastet. Damit könnten die Kosten für das Wohnen für alle, die in Stuttgart wohnen, um zirka 20 Millionen Euro reduziert werden. Vor allem junge und alte Menschen in unserer Stadt, die durch hohe Wohnkosten belastet sind, profitieren davon. Zudem ist es gerecht, die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Umland nicht übergebührlich zu belasten.	462 (CDU), 635 (FW), 703 (FDP), 902 (REP)	GR lehnt ab	Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat intensiv beraten, fand aber letztlich keine Mehrheit. In Anbetracht der im Doppelhaushalt und in der Finanzplanung bis 2018 zu finanzierenden Investitionen und dem damit verbundenen Kreditbedarf überwiegt die Einschätzung, dass die Stadt derzeit finanziell nicht in der Lage ist, die mit einer Senkung des Grundsteuerhebesatzes verbundenen Steuerausfälle zu kompensieren.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Außerdem: Es ist widersinnig, die Stadtkasse durch Besteuerung des Konsumgutes Wohnung zu füllen; dabei haben gerade jene Politiker in den letzten Jahren zur Erhöhung beigetragen, die sich zugleich über hohe Wohnkosten beklagen.			
3	3346	Zukunft der Wagenhallen: Raum für Kunst in Stuttgart	Die Wagenhallen in Stuttgart haben sich in den vergangenen Jahren als Produktionsstätte und kultureller Veranstaltungsort etabliert. Damit die Wagenhallen auch in Zukunft als Raum für Kunst in Stuttgart bestehen und sich entwickeln können, muss die improvisierte Zwischennutzung in eine dauerhafte Nutzungsform überführt werden. Wir bitten die Stadt Stuttgart, die dafür notwendigen rechtlichen und baulichen Rahmenbedingungen zu schaffen, sowie die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen	570 (CDU), 613 (SPD), 692 (FW)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, die Wagenhallen auch künftig als Raum für die Kunst bestehen zu lassen. Für die Umsetzung eines Nutzungskonzepts und für Instandsetzungsmaßnahmen wurden in 2014/2015 insgesamt 5,5 Millionen Euro eingestellt.
4	2718	TSV 1898 Uhlbach e.V.. Neue Schul- und Mehrzweck Turnhalle.	TSV 1898 Uhlbach e.V.. Neue Schul- und Mehrzweck Turnhalle in Uhlbach.Nachdem der Gemeinderat die Planungsgelder für den Bau einer neuen Halle für den Doppelhaushalt 2012-2013 genehmigt hat und die Planungsarbeiten in vollem Gange sind, stelle ich hiermit folgenden Antrag an den Gemeinderat:Bitte genehmigen Sie im Doppelhaushalt 2014-2015 die Gelder für den Bau einer neuen Schul- und Mehrzweck Turnhalle in Uhlbach.Begründung: Die Turn- und Versammlungshalle des TSV Uhlbach ist über 105 Jahre alt und entspricht den technischen, sanitären und sportlichen Vorschriften bei weitem nicht mehr. Einen eigenen Neubau kann unser Verein nicht finanzieren. Wir werden uns aber gerne beim späteren Betrieb der Halle engagieren.Unser Verein hat im Moment 1.170 Mitglieder (davon 378 Kinder und Jugendliche =32%) in drei Abteilungen und ist der drittgrößte Verein im oberen Neckartal.Die größte Abteilung im TSV ist die Turnabteilung mit ihren Turn- und	541 (CDU), 915 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Vom Gemeinderat wurden für 2014/2015 Planungsmittel in Höhe von insgesamt 450.000 € für den Neubau einer Schul- und Mehrzweckturnhalle im Stadtteil Uhlbach beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Gymnastikgruppen. In dieser Abteilung sind auch die Faustball-, die Volleyball-, die Tischtennis und die Radfahrabteilung eingegliedert. Die Halle wird morgens von der Grundschule Uhlbach, die keine eigene Halle hat und ab 13:30 Uhr vom Verein mit seinen Gruppen von Montag bis Freitag täglich bis 22 Uhr benützt. Ferner wird unsere Halle für verschiedene Versammlungen und Feiern der örtlichen Vereine und Institutionen benötigt. Nochmals die Bitte an den Gemeinderat: Bitte berücksichtigen Sie diese Investition im städtischen Doppelhaushalt 2014-2015.</p> <p>Mit Sportgruß: Paul-Otto Weber1. Vorsitzender des TSV 1898 Uhlbach e. V.</p>			
5	2825	Sanierung Hallenbad Feuerbach	<p>Aufnahme von Planungs- und Baukosten in den Haushaltsplan 2014/15.</p> <p>Baubeginn spätestens in 2015.</p> <p>Das Hallenbad hat eine zentrale Funktion und Lage für den Schul- und Schwimmsport sowie die Schwimmschule in Feuerbach und den Stuttgarter Norden. Es muss bautechnisch und energetisch dringend auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden.</p> <p>Schließungszeiten sind per Ausschreibung der Bauarbeiten auf das absolute Mindestmaß zu beschränken. Alternativen während der Umbauzeit sind frühzeitig mitzuplanen.</p>	581 (CDU), 663 (FW)	GR stimmt zu	Die Generalsanierung des Hallenbads Feuerbach wurde beschlossen. Insgesamt werden dafür 11,05 Mio. EUR im Haushalt bereitgestellt. Nach einer Detailplanung kann Mitte 2015 mit der Generalsanierung des Bades begonnen werden. Es ist aufgrund des Umfangs der Bauarbeiten mit einer etwa zweijährigen Bauzeit zu rechnen.
6	6098	Theaterhaus angemessen fördern	<p>Das Theaterhaus Stuttgart ist mit seinem vielfältigen Programm und rund 300.000 Besuchern jährlich eine der beliebtesten Kultureinrichtungen der Stadt. Zurzeit wird es mit lediglich 16% institutioneller Förderung aus städtischen Mitteln unterdurchschnittlich unterstützt. Damit es seine Qualität erhalten kann, sollte es langfristig angemessen gefördert werden.</p>	451 (B90/Grüne), 572 (CDU), 615 (SPD)	GR stimmt zu	Das Theaterhaus erhielt bislang einen städtischen Zuschuss in Höhe von 1,271 Mio. EUR pro Jahr. Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung erhält das Theaterhaus künftig jeweils 70.000 EUR jährlich zusätzlich, zudem werden für die Ausrichtung des Theaterfestivals COLOURS im Jahr

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						2015 insgesamt 250.000 EUR zur Verfügung gestellt.
7	3986	Subkultur erhalten und neue Veranstaltungsflächen/ -räume schaffen	Nachdem das KimTimJim seine Pforten geschlossen hat, wurde nun auch dem Zapata die Lichter ausgeknipst.Grund: "Ursache ist die Verweigerung der Stadt Stuttgart die Betriebszeiten des Zapatas von Sonntag 23 Uhr bis Donnerstag 19 Uhr zuzulassen auch Veranstaltungen am Tage vor Feiertage zuzustimmen, was die Planung und Wirtschaftssicherheit hindert."Wir sind der Meinung: ES REICHT!Die Stadt ist systematisch dabei sich selbst zu zerstören.Ein kulturelles Angebot gehört mit zu einer pulsierenden Stadt.Wir fordern daher umgehend:- Einen aktiven Austausch zwischen Stadt, Veranstalter und Kulturschaffenden- Mehr Mitspracherecht für Veranstalter & Kulturschaffende- Mehr Veranstaltungsstätten- Alternative Angebote für Veranstalter und Kulturschaffende- Umgehende Ausweisung geeigneter Veranstaltungsflächen/ -räumen- Zusätzlich verpflichten wir die Stadt brachliegende Veranstaltungsflächen frei zu geben- Der Prozess zum Betrieb eines Clubbetriebs soll erleichtert werden- Die Sperrzeitregelung muss an die modernen Lebensverhältnisse der Stadt angepasst werden (längere Öffnungszeiten)- Eindeutigere Regelung für temporäre Clubs in Bezug auf Konzession und Sperrzeiten und generell eine Vereinfachung von Konzessionssverfahren (Clublizenz-Verfahren dauert zu lange, absolut unsinnige Parkplatzregelung...)		GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat sich mit der Thematik befasst und im Rahmen der Haushaltsplanungen dafür ausgesprochen, beispielsweise die Wagenhallen auch künftig als Raum für die Kunst bestehen zu lassen. Für die Umsetzung eines Nutzungskonzepts und für Instandsetzungsmaßnahmen in 2014/2015 wurden 5,5 Mio. Euro eingestellt. Desweiteren wird die kulturelle Förderung insgesamt ausgebaut. Darüber hinaus trifft sich die Stadtverwaltung vierteljährlich mit den Clubbetreibern zu einem Runden Tisch "Innenstadt bei Nacht". Hier werden Probleme besprochen und gemeinsame Lösungen erarbeitet.
8	4560	Neubau einer Sporthalle im Sportgebiet Waldau	Aufgrund der äußerst angespannten Hallensituation aller sporttreibenden Vereine und der Waldschule Degerloch im Sportgebiet auf der Waldau ist der Neubau einer mindestens drei-,	541 (CDU), 598 (SPD), 658 (FW), 708 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Vom Gemeinderat wurden für 2014/2015 Planungsmittel in Höhe von insgesamt 570.000 € für den Bau einer Sporthalle mit

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			besser noch vierteiligen Sport- und Veranstaltungshalle mit Kurs- und Nebenräumen dringend erforderlich.			Bewegungs-Landschaft und Tiefgarage beschlossen.
9	5131	Zuschuss für die Dachsanierung des Clara-Zetkin-Hauses	Das Dach muss dringend neu gedeckt und gedämmt werden, außerdem sind teilweise Fenster zu erneuern. Kostenvoranschläge in Höhe von 47.000,- Euro liegen vor. Der Waldheim Stuttgart e.V. erbittet von der Stadt Stuttgart einen Zuschuss zu von 50% der Renovierungskosten. Die laufende Unterhaltung des Gebäudes und des Kulturprogramms des Vereines verursachen hohe Kosten. Im Kulturprogramm werden aktuell politische, gewerkschaftliche Themen und Literatur, Malerei usw. behandelt. Sehr wichtig ist auch, dass das Clara-Zetkin-Haus offen ist für den Schachclub, die Naturfreunde, die Kleinkunsthöhle Sillenbuch etc. Bei Familien mit Kindern ist das Haus, nicht zuletzt wegen des Spielplatzes, sehr beliebt.		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
10	3425	Kommunales Kino für Stuttgart schaffen	Stuttgart braucht, wenn es sich als moderner Medienstandort profilieren will, wieder ein Kommunales Kino. Filme außerhalb des aktuellen Angebots und ohne kommerzielles Verwertungsinteresse sind ein wichtiger Teil eines kommunalen Kulturangebots. Historisch wichtige Filme, Filme zu bestimmten Themen aus verschiedenen Ländern und Epochen, Auseinandersetzung mit Filmkunst, Filmreihen zur thematischen Arbeit anderer Kultureinrichtungen: das wird schmerzlich vermisst und "schreit" geradezu nach einem neuen Kommunalen Kino.	850 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Für die Erstellung von Konzeption und Planungsstudie für ein künftiges Filmhaus wurden einmalig 150.000 EUR in den Haushalt eingestellt.
11	3197	Mehr Neckarfreude für Stuttgart - Neckar wieder erlebbar machen	Der Neckar soll als Teil der Stadt und Landschaft wieder erlebbar gemacht werden und mehr Lebensqualität für die Einwohner Stuttgarts bieten. Wir schlagen vor Geld für die Umsetzung der Pläne "Landschaftspark Neckar" im Haushalt zur Verfügung zu stellen.	432 (B90/Grüne), 532 (CDU), 603 (SPD), 746 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Zur Weiterplanung von Maßnahmen "Landschaftspark Neckar" wurden 190.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Priorität sollte dabei der Bereich Bad Cannstatt/Hofen haben, mit der Umsetzung der Pläne für den Sicherheitshafen (Aussichtsterrasse und Biergarten) und die Naturoase Auwiesen. Ebenso sollte der Bereich der Hofener Straße / Wagrainstraße durch die geplanten Aussichts- und Verweil-Plattformen aufgewertet werden.			
12	2688	Villa Berg - endlich handeln	Seit Jahren liegt die historisch wertvolle Villa Berg brach und ist dem Verfall preisgegeben. Der Zustand des einmaligen Bauwerks ist besorgniserregend. Es handelt sich hier um ein Gebäude von öffentlichem Interesse, was darüber hinaus genügend Raum und Möglichkeit für eine dauerhafte und öffentliche Nutzung bietet. Es wird daher vorgeschlagen: Die Stadt Stuttgart kauft endlich die Villa Berg und macht sie dauerhaft öffentlich zugänglich.	747 (FDP)	wird geprüft	Im Gemeinderat wurde im Sommer 2013 ein Grundsatzbeschluss zum Erwerb der Villa Berg gefasst. Bei den Haushaltsplanberatungen wurden daher die Fraktionsanträge zu den weiteren Planungen der Villa Berg nicht weiter verfolgt. Auf Grund des Kaufs der Villa Berg durch ein Düsseldorfer Unternehmen im Dezember 2013 hat sich nun die Ausgangssituation geändert und die Stadt muss neu verhandeln.
13	3190	Die Diskothek "Röhre" wieder eröffnen	OB Kuhn hat bereits öffentlich darüber nachgedacht die Diskothek "Röhre" am Wagenburgtunnel wieder zu eröffnen. Sie wurde am 15. Januar 2012 angeblich wegen zu schmaler Fluchtwege bei Einrichtung der Baulogistik für Stuttgart 21 auf der Fläche davor geschlossen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass das ein vorgeschobener Grund war. Seit über einem Jahr ist auf der Fläche vor der "Röhre" gar nichts passiert. Ich schlage vor, dass die "Röhre" wieder eröffnen darf, da sie 27 Jahre lang ein Ort der Kultur und ein fester Bestandteil des Stuttgarter Nachtlebens war.		Vom GR nicht beantragt	Die „Röhre“ sowie der Vorplatz wurden Anfang 2012 an die Bahn übergeben und zwischenzeitlich für Baumaßnahmen im Rahmen von Stuttgart 21 in Anspruch genommen.
14	6143	VVS radikal vereinfachen und verbilligen	Ich würde anregen, mal in andere Großstädte zu schauen, wie dort der ÖPNV gehandhabt wird (z.B. BVG). Es gibt maximal 3 Zonen, JEDE Haltestelle (Bus, U-, und S- Bahn) informiert über		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Anschlüsse an z. B. andere Verkehrsmittel (von Bus zu S- Bahn) und man verbringt nicht Stunden vor dem Automaten, um das richtige Ticket zu erwerben.</p> <p>Außerdem sind die Ticketpreise viel zu hoch und unflexibel und die Taktungen nicht dicht genug und damit uninteressant für eventuelle Auto"Umsteiger".</p> <p>Auch die unterschiedliche Handhabung von U- und S- Bahn trägt nicht zur Vereinfachung bei. Neulich musste ich für 2 Stationen 3 Zonen bezahlen, auch das habe ich als weitgereiste ÖPNV Benutzerin noch nie erlebt.</p>			<p>Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden.</p> <p>Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.</p>
15	4879	Streichung aller städtischer Mittel für die „Öffentlichkeitsarbeit S21“	<p>Alle städtischen Mittel für die „Öffentlichkeitsarbeit S21“ - bisher pro Jahr 650.000 Euro - sind ersatzlos zu streichen. Aus diesen Mitteln werden- die Dauerausstellung im Rathaus- der "Showroom Rosenstein" in der Kriegsbergstraße 30- Web-Seiten und Veranstaltungen im Rathaus- und die bei der Stadt angestellte Bürgerbeauftragte Frau Alice Kaiser, die ihren Arbeitsplatz im „Kommunikationsbüro Stuttgart 21“ hat und dort mitarbeitetfinanziert. Die auf diese Weise durch Haushaltmittel der Stadt verbreiteten Informationen und Auskünfte sind teils offensichtlich, teil tendenziell pro S21 und konzentrieren sich nur auf Teilaspekte des Projekts. Teilweise werden unwahre oder veraltete Aussagen verbreitet. Gleichzeitig werden negative oder problem-atische Aspekte des Projekts - Kostenrisiken, bautechnische Risiken (auch der Gefährdung des Eigentums von Bürgern durch Arbeiten im Untergrund), Belastungen der Bürger und des Verkehrs in der Stadt durch die Bauarbeiten, Risiken für das Mineralwasser etc.) - nicht oder in verharmlosender Weise oder als Randaspekte dargestellt.</p>	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	<p>An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert: Die überwiegende Mehrheit des Gemeinderats hält am Projekt fest und lehnt die Streichung der Mittel ab.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
16	5679	Erhöhung der Anreize für Erzieher/innen in einer städtischen Kita zu arbeiten, um den Betreuungsschlüssel zu decken und Ausfallzeiten ausgleichen zu können.	Da es gar nicht genug Erzieher gibt, die unter den momentanen Voraussetzungen (zu geringer Lohn, hohe Lebenshaltungskosten in der Stadt, höhere Anforderungen durch das Einstein-Konzept und so weiter) hier arbeiten wollen, fehlt in Stuttgart momentan in fast jeder Einrichtung das Personal, weil die Stellen nicht besetzt werden können. Darunter leidet die Betreuungsqualität enorm und die Erzieher sind viel zu oft am Limit ihrer Kräfte - was eine gute Betreuung und Förderung unserer Kinder oft einfach unmöglich macht. Daher fordern wir die Stadt Stuttgart auf, die Anreize in einer städtischen Kita zu arbeiten für ErzieherInnen spürbar zu erhöhen, um den bis jetzt festgelegten Betreuungsschlüssel überhaupt decken zu können, bzw. ihn auszubauen - um auch bei Krankheit/ Urlaub/ Fortbildung die Ausfallzeiten decken zu können.	467 (CDU), 647 (FW), 885 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Anstelle einer tarifwidrigen Höhergruppierung für KinderpflegerInnen, ErzieherInnen im Gruppendienst und von LeiterInnen kleiner Einrichtungen wurde vom GR das Modell Tarif+ beschlossen. Für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen wird eine tarifkonforme Arbeitsmarktzulage in Höhe von zunächst 100 EUR gewährt.
17	5473	BürgerVilla Berg	Die Stadt Stuttgart möge die Villa Berg käuflich erwerben. Villa Berg soll für alle Bürger zugänglich sein und von jedem Bürger genutzt werden können. Das Nutzungskonzept für die Villa Berg soll unbedingt unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft erstellt werden und deren Bedürfnissen Rechnung tragen. Begründung:Wir haben die einmalige Chance, ein Schloss und Festraum mit einem reichen geschichtlichen Hintergrund den Bürgern der Stadt – den einfachen und den bekannten; den jungen und den älteren – zur Verfügung zu stellen. Diese Chance darf nicht vertan werden. Man darf nicht zulassen, dass Villa Berg nicht den Bürgern von Stuttgart-Ost zur Verfügung gestellt wird, sondern an organisierte Interessenvertretungen weggeht.	747 (FDP)	wird geprüft	Im Gemeinderat wurde im Sommer 2013 ein Grundsatzbeschluss zum Erwerb der Villa Berg gefasst. Bei den Haushaltsplanberatungen wurden daher die Fraktionsanträge zu den weiteren Planungen der Villa Berg nicht weiter verfolgt. Auf Grund des Kaufs der Villa Berg durch ein Düsseldorfer Unternehmen im Dezember 2013 hat sich nun die Ausgangssituation geändert und die Stadt muss neu verhandeln.
18	3843	Nahverkehrspreise senken	Der Nahverkehr in Stuttgart ist gut ausgebaut und attraktiv, dennoch ist zu den Stoßzeiten die Stadt		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS",

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>voll von Autos. In anderen Städten (München, Berlin, Hamburg) sind die Preise für den Nahverkehr ca. 15%-20% günstiger --> München: 1 Zone kostet 2,60EUR, entspricht VVS 3 Zonen für 3,60EUR --> Hamburg: Großbereich = 1,90EUR entspricht VVS 2 Zonen für 2,60EUR --> Berlin: Ticket Zone AB = 2,40EUR entspricht VVS 2-3 Zonen 2,60-3,60EUR Durch günstigere Preise im VVS entsteht ein starker Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Wenn mehr Leute die VVS nutzen ist der Vorschlag auch kostenneutral, insbesondere weil so auch durch Autos verursachte Kosten reduziert werden (Straßenabnutzung, Umweltkosten, etc.). Ich fordere eine Senkung der Preise im VVS. Einzeltickets: Reduktion der Preise um 15%. Wochen-/Monatstickets: Reduktion der Preise um 20%. Alternativ oder Zusätzlich: Ausdehnung der Zonenradien, so dass Flughafen und Ludwigsburg von Stuttgart Zentrum aus mit einem ZONE2-Ticket erreicht werden können.</p>			<p>"Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.</p>
19	2901	Stuttgart 21 - Werbung dazu stoppen	<p>Nachdem Herr Dr. Schuster das Rathaus verlassen hat, ist es an der Zeit gegenüber dem Projekt Stuttgart 21 neutraler zu werden. Das bedeutet die gesamte Werbung, an der die Stadt Stuttgart beteiligt ist, zu stoppen, z.B. Werbeflächen im Rathaus entfernen. Keine weiteren Flyer drucken und auslegen. Ebenso, falls vorhanden, Beteiligung der Werbung im Bahnhof beenden.</p>	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	<p>An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert: Die überwiegende Mehrheit des Gemeinderats hält am Projekt fest und lehnt die Streichung der Mittel ab.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
20	3558	Stuttgart braucht die Rosenau	<p>Seit über zehn Jahren gibt es die kleine, aber feine Kulturbühne im Stuttgarter Westen mit Kabarett, Kleinkunst und Musik vom Feinsten! Auf dem Programm stehen etablierte, aber auch viele neue, junge Künstler und besonders die Veranstaltungen wie Poetry Slam, OpenStage und die Mütternacht - Der Comedy-Club, die für Stuttgart dort „erfunden“ wurden, sind einmalig!! Längst hat sich die Bühne bei Künstlern und beim Publikum etabliert und aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht mehr wegzudenken. Bei vielen Programmen ist das Publikum im Vergleich zu anderen Bühnen sehr jung, was auch etwas damit zu tun hat, dass die Eintrittspreise bis jetzt eher niedrig gehalten wurden.</p> <p>Und trotzdem kämpft die Rosenau immer noch um ihre Existenz! Die Kulturbühne der Rosenau ist eine Non-Profit-Einrichtung und kann allein über die Eintrittseinnahmen aufgrund der Kapazität von maximal 130 Sitzplätzen nicht kostendeckend arbeiten.</p> <p>Daher der Vorschlag, die Rosenau im nächsten Haushalt langfristig und mit ausreichend Geld auszustatten, sodass Michael Drauz und sein Team endlich ohne Existenzangst arbeiten und ein Programm über das ganze Jahr hindurch anbieten können.</p>	451 (B90/Grüne), 572 (CDU), 569 (CDU), 615 (SPD), 697 (FDP)	GR stimmt zu	Die Rosenau erhielt bislang einen städtischen Zuschuss in Höhe von 35.000 EUR pro Jahr. Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung erhält die Rosenau künftig jeweils 125.000 EUR jährlich zusätzlich, um den bisher eingeschränkten Spielbetrieb in vollem Umfang fortsetzen zu können.
21	2730	Ballspielhalle Zuffenhausen Schlotwiese mit Blockheizkraftwerk bauen	Eine wettkampfgerechte Ballspielhalle für Zuffenhausen und angrenzende Bezirke ist dringend erforderlich. Die Planung der Halle ist seit 2002 bis zu Baureife vorbereitet, die Ausführung wurde bisher jedoch zurückgestellt. Die Halle könnte von ortansässigen Sportvereinen und Schulen genutzt werden, der Bedarf ist enorm. Folgende Sportarten würden von der Halle besonders profitieren: Handball, Fußball, Basketball, Volleyball, Tischtennis und		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			viele mehr. Beim Bau der Halle bietet sich an, die Energieversorgung über ein Blockheizkraftwerk sicherzustellen, das so ausgelegt sein könnte, dass alle Nutzer des Gebiets Schlotwiese angeschlossen werden können (4 Sportvereine, Freibad, Bezirkssportanlage, Schulen, Jugendfarm, Waldheime etc.).			
22	2910	Planung des Bürgerzentrum Sillenbuch	<p>Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Planung des Bürger- und Veranstaltungszentrums Sillenbuch mit Räumen für Bezirksrathaus mit Bürgerservice, Stadtteilbücherei, Bürgertreff mit Bürgercafé, Bürgersaal, Freiwillige Feuerwehr Sillenbuch, Park + Ride Plätzen und Öffentlichem Platz.</p> <p>Die Voten des Zukunftsforums und des Bezirksbeirates, ein Nutzungskonzept, eine Machbarkeitsstudie und ein Architektenwettbewerb liegen vor.</p> <p>Der Bezirksbeirat und die Verwaltung haben ihre Hausaufgaben schon lange gemacht. Der Gemeinderat muss nun endlich den Start freigeben zur Realisierung dieses 15 Millionen-Projekts und im Doppelhaushalt 2014/15 die Planungsmittel bereitstellen.</p> <p>Helfen Sie mit Ihrer Stimme dem Gemeinderat auf die Sprünge. Mit der Planung muss jetzt begonnen werden.</p>	955 (FW), 717 (FDP)	GR lehnt ab	Innerhalb der Haushaltsberatungen wurden Planungsmittel für ein Bürger- und Verwaltungszentrum Sillenbuch beantragt. Aufgrund knapper Finanzmittel wurde der Antrag wegen fehlender Priorität nicht befürwortet. Das Ergebnis der bisherigen Planung wird voraussichtlich im Jahr 2015 dem Gemeinderat vorgestellt.
23	3415	Mehr Entlastung und Lebensqualität für die Menschen in Zuffenhausen - Abriss der Auffahrtsrampe Friedrichswahl	Durch den Abriss der Rampe würden jährlich ca. 6 Millionen Kilometer eingespart und somit auch die hohen Stickoxide, Feinstaub-, und Lärmbelastungen reduziert werden. Alleine die Feinstaubentlastung würde dadurch 1 Tonne je Jahr betragen. Voraussetzung für eine wirksame Entlastung ist aber, dass jeder neue Abschnitt der B10/27 in Tieflage gebaut wird. Dies gilt auch für die Querung mit der Ludwigsburger Straße. Der Individualverkehr auf der B10/27 wird tiefer	518 (CDU), 800 (FDP)	wird nicht umgesetzt	Aufgrund knapper Finanzmittel wurden die Haushaltsanträge wegen fehlender Priorität zurückgezogen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			gelegt, die Stadtbahnlinien U 7 und 15 bleiben ebenerdig. Seit fast zwei Jahrzehnten kämpfen die Bürgerinnen und Bürger in Zuffenhausen dafür, dass die Auffahrtsrampe an der Friedrichswahl zurückgebaut und die B10/27, die mitten durch den Stadtbezirk führt, in Tieflage gelegt wird. Jetzt ist es an der Zeit, dieses Projekt umzusetzen. Gehen wir es gemeinsam an, wir zählen auf Ihre Stimme. Bürgerverein Zuffenhausen e. V. und Schutzgemeinschaft Krailenshalde e. V.			
24	2922	Keine Übernahme von Mehrkosten für Stuttgart 21	Wir fordern, dass die Stadt Stuttgart sich nicht an den Mehrkosten des Projekts Stuttgart 21 beteiligt. Sowohl in naher als auch in ferner Zukunft. Die Stadt ist weder gesetzlich noch moralisch zu einer Kostenübernahme verpflichtet. Die Bahn als Bauträger ist allein verantwortlich für die Durchführung oder den Abbruch des Projekts. Dies gilt insbesondere aufgrund der zahllosen Zusicherungen seitens der Bahn, dass es keine Mehrkosten geben werde, da alles bestens geplant und durchdacht sei. Die Stadt Stuttgart hat auf freiwilliger Basis bereits eine hohe Beteiligung an Stuttgart 21 übernommen, und sich dadurch verschuldet. Aus den bisherigen Zuschüssen ergibt sich jedoch keinesfalls eine Verpflichtung zu weiteren Zahlungen. Daher appellieren wir an die Stadt, diesbezüglichen Forderungen seitens der Bahn und des Bundes nicht nachzukommen.	809 (SÖSLINKE)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat mit großer Mehrheit zum Ausdruck gebracht, dass er das Projekt Stuttgart 21 verwirklichen möchte. Auf dieser Grundlage hat sich die Stadt vertraglich verpflichtet, einen bestimmten Teil der Projektkosten zu tragen. Darüber hinausgehende Zahlungen wird die Landeshauptstadt Stuttgart nicht leisten.
25	2863	Stuttgart21 - aussteigen	Ich stand eigentlich dem Projekt Stuttgart21 recht neutral gegenüber - allerdings sehe ich ganz deutlich, dass hier weiterhin Unsummen an Geldern verschleudert werden. Bitte steigt aus, solange es sich noch rechnet und repariert das bisher zerstörte, da dies sicher noch immer die billigere Alternative ist, als wenn immer mehr und	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat mit großer Mehrheit zum Ausdruck gebracht, dass er das Projekt Stuttgart 21 verwirklicht sehen möchte. Auf dieser Grundlage hat die Stadt sich vertraglich verpflichtet, einen bestimmten Teil der Projektkosten

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			mehr Milliarden verschwendet werden, da es immer teurer wird - und dies ist meiner Meinung nach ganz klar absehbar!!!			zu tragen. Dem beantragten Rückzug aus dem Projekt Stuttgart 21 kann daher nicht entsprochen werden.
26	2854	Gauthier Dance - Zuschüsse erhalten	Gauthier Dance hat sich in den letzten Jahren so toll entwickelt. Die Vorstellungen finden tollen Anklang. Ich selbst bin Fördermitglied und unbedingt daran interessiert, dass Gauthier Dance auch in Zukunft von der Stadt genügend Zuschüsse erhält, damit die Arbeit von Eric Gauthier weiter geführt werden kann!!!	572 (CDU), 615 (SPD)	GR stimmt zu	Das Tanzensemble "Gauthier Dance" erhielt bislang einen städtischen Zuschuss in Höhe von 300.000 EUR pro Jahr. Dieser wird auch künftig gewährt, zudem werden für die Ausrichtung des Theaterfestivals COLOURS im Jahr 2015 insgesamt 250.000 EUR zur Verfügung gestellt.
27	2679	TSV Steinhaldenfeld 1940 e.V. – Umwandlung des Hartplatz in einen zeitgemäßen Kunstrasenplatz	Der TSV Steinhaldenfeld ist ein Mehrspartensportverein mit 7 Abteilungen und rund 1050 Mitgliedern. Mit vielen innovativen Sportangeboten bieten wir allen Generationen auf der Lebenstreppe ein umfassendes Sportangebot. Er ist für Sportler aus Steinhaldenfeld sowie auch aus angrenzenden Stadtteilen Neugereut, Hofen und Muckensturm Anlaufstelle. Für die Sicherung unseres Engagement für die Sportart Fußball, insbesondere im Jugendbereich, ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, den veralteten Hartplatz in einen zukunftssicheren Kunstrasenplatz umzuwandeln. Wir konnten und können laufend viele Kinder für den Fussball-Sport gewinnen. Mit zunehmendem Alter und steigenden Ansprüchen verließen aber viele Spieler den Verein häufig wieder mit dem Verweis auf die schlechte Platzsituation. Eigene Turniere finden kaum noch teilnehmende Mannschaften mit Verweis auf Hartplatz. Im Vergleich zum Hartplatz wird durch einen Kunstrasen die Trainings- und Spielqualität in vielerlei Hinsicht gesteigert: Technik und Zusammenspiel sind schneller erlernbar, es gibt	541 (CDU), 598 (SPD), 658 (FW), 708 (FDP)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat beschlossen, den vorhandenen Tennenplatz in einen Kunstrasenplatz umbauen zu lassen. Hierfür stellt er 610.000 € zu Verfügung.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>weniger Verletzungen und mehr sportliche Erfolge aufgrund des Trainings auf einem für Stuttgarter Sportplätze repräsentativen Untergrund. Der enorme Wasserverbrauch wird eingedämmt um den Platz staubfrei zu halten. Der bestehende Rasenplatz (Nutzung stark wetterabhängig!!) wird entlastet, der Pflegeaufwand und die Kosten dafür ebenfalls minimiert. Mittel- und langfristig lässt sich durch den Kunstrasenplatz die Attraktivität des TSV für die Bürgerinnen und Bürger im übergreifenden Stadtbezirk steigern, was nicht nur einen Zustrom von neuen Sportlern sichert, sondern auch den Anreiz für weitere oder Ausbau von bestehenden Kooperationen (Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen etc.) bietet.</p> <p>Die Nähe zu Fellbach-Schmidlen mit seinen modernen Sportanlagen erschwert die Jugendarbeit in Steinhaldenfeld zusätzlich. Es sollte doch bestimmt auch im Interesse unserer Stadt und der Bürger sein, die Menschen im Stadtbezirk zu halten.</p>			
28	4038	Erweiterung der Zone 10	<p>Die Zone 10 soll erweitert werden, um auch den Bürgern aus den anderen Stuttgarter Stadtteilen, ein attraktiveres ÖPNV zu bieten! Es kann nicht sein, das ein Bürger aus Bad Cannstatt 2 Zonen zahlen muss, wenn er zum Einkaufen nach Stuttgart fahren möchte!</p>		Vom GR nicht beantragt	<p>Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts-anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
29	3983	Schulsozialarbeiter für jede Stuttgarter Schule	<p>Es wird beantragt, dass ein Programm aufgelegt wird zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit an den Stuttgarter Schulen.</p> <p>Ziel ist, dass so schnell wie möglich jede Stuttgarter Schule mindestens eine Sozialarbeiterstelle zugewiesen bekommt. Dabei sollte gewährleistet sein, dass den Kindern und Jugendlichen jeweils geschlechtsspezifische Ansprechpartner zur Verfügung stehen.</p> <p>Die vielfältigen Themen, Probleme und Auffälligkeiten, die das Schulleben heute negativ beeinflussen, brauchen unsere Aufmerksamkeit im Sinne von präventiver Arbeit anstatt eines Reparaturbetriebes. Die Lehrkräfte sollten sich mehr auf ihre originäre Aufgabe konzentrieren können.</p> <p>Außerdem halten wir es für notwendig, dass die Schüler und Schülerinnen Ansprechpartner an der Schule haben, die unabhängig vom Schulbetrieb sind. Eine enge Kooperation und Teamarbeit zwischen Lehrerkollegium und Schulsozialarbeit ist unabdingbar.</p>	442 (B90/Grüne), 491 (CDU), 594 (SPD), 652 (FW), 786 (FDP), 840 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	<p>Der Gemeinderat hat in den HH-Planberatungen 16 zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen beschlossen, davon</p> <p>an 12 Stuttgarter Gymnasien (12 x 0,5) 6 Stellen,</p> <p>an 12 reinen Grundschulen (12 x 0,5) 6 Stellen,</p> <p>an Sonderschulen mit dem Bildungsgang Werkrealschule (4 x 0,5) 2 Stellen, an Berufsschulen 1,5 Stellen</p> <p>an der Bismarck- und Elise von König-Schule jeweils 0,5 Stellen.</p> <p>Hierfür werden im Doppelhaushalt 2014/2015 668.000 EUR zusätzlich pro Jahr bereitgestellt.</p>
30	2739	Kein Geld für das S 21-Turmforum im Stuttgarter Hauptbahnhof	<p>In unserer heutigen Informationsgesellschaft darf für Desinformationen kein Geld ausgegeben werden. Die dortige Ausstellung spiegelt eine falsche Planung vor und die Modelle sind absolut unzureichend. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass der Tiefbahnhof nicht barrierefrei ist (nach UN-Richtlinien muss er es sein), die Breite der Aufzüge wird nicht dargestellt, über Brandschutz wird unzureichend informiert und so weiter und so fort.</p> <p>Dieses Geld wird an anderer Stelle sehr viel dringender benötigt, und es ist nur akzeptabel, wenn es für richtige Informationen ausgegeben wird und nicht für propagandistische Zwecke.</p>	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	<p>An der Position der Stadt zum Bahnprojekt Stuttgart 21 hat sich nichts geändert: Die überwiegende Mehrheit des Gemeinderats hält am Projekt fest und lehnt die Streichung der Mittel ab.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
31	5790	Energie- und Wasserversorgung zu 100% in städtische Hand	Mit der Gründung der Stadtwerke ist die Energie- und Wasserversorgung noch nicht unter der Kontrolle der Stadt. Es kommt darauf an, dass der Einfluss der EnBW vollständig gebrochen wird. Alle Netze und alle Anlagen müssen Ende 2013 vollständig an die Stadt zurückgehen. Die Betriebsführung über die Wasser- und Energieversorgung muss ebenfalls vollständig zur Stadt. Die von der EnBW geplante Vernichtung von 1.350 Stellen muss verhindert werden. Nicht die Beschäftigten dürfen entlassen werden, sondern der Vorstand. Die Beschäftigten müssen ohne Verschlechterung ihrer Tariflöhne von den Stadtwerken übernommen werden. Alle von der EnBW betriebenen AKWs müssen sofort stillgelegt werden. Die Müllverbrennungsanlage in Münster muss schrittweise heruntergefahren und schließlich stillgelegt werden. Wir brauchen eine dezentrale, ökologische und demokratisch organisierte Energie- und Wasserversorgung. Wenn die Mehrheit im Gemeinderat - wie beabsichtigt und teilweise bereits umgesetzt - der EnBW weiter Zugriff auf unsere Wasser- und Energieversorgung überlässt, ist das wie wenn man Dracula zum Chef der Blutbank macht.	611 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Der Erwerb des Wasserversorgungsnetzes durch die Landeshauptstadt Stuttgart ist beschlossen. Für den vorgesehenen Rückkauf hat der Gemeinderat 110 Mio. EUR in den städtischen Haushalt eingestellt. Der künftige Betrieb der Wasserversorgung und Stadtentwässerung soll durch einen städtischen Eigenbetrieb erfolgen.
32	3468	Valentienwald in Zuffenhausen	Naherholungsgebiet für Zuffenhausen der "Valentienwald" Mit dem Bau der B10/27 wurde dem Stadtbezirk Zuffenhausen eine Ausgleichsfläche mit Aufschüttung und Aufforstung versprochen, der so genannte "Valentienwald". Damit sollte erreicht werden, dass die Emissionen der Bundesstraßen in der Straßenschlucht verbleiben, von den Bäumen gefiltert werden und nicht in die Wohngebiete von Zuffenhausen, Stammheim gelangen. Das Gebiet liegt eingezwängt zwischen B27/B27a und Bahnlinie. Es ist ein wichtiges Verbindungsteil innerhalb des Biotopverbunds Zuffenhausen,	434 (B90/Grüne), 517 (CDU), 604 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Es wurden Planungsmittel von 100.000 EUR zur Verfügung gestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Zazenhausen und Mühlhau-sen. Als Ausgleichsmaßnahme muss in einem überarbeiteten und ergänzten Valentienplan nicht nur die Fläche zwischen B 27/B27a und Bahnlinie naturnah gestaltet werden, sondern auch östlich der Ludwigsburger Straße weitergeführt werden. Seit 33 Jahren wartet Zuffenhausen auf dieses Erholungsgebiet. Jetzt soll es endlich realisiert werden. Wir zählen auf Ihre StimmeBürgerverein Zuffenhausen e. V. und Schutzgemeinschaft Krailenshalde e. V.			
33	2805	Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen	Anforderungen und Erwartungen an die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden ständig qualitativ erweitert. Bildungspläne im Schul- und Betreuungsbereich beinhalten regelmäßige Exkursionen zu Bildungsangeboten wie Museen, Veranstaltungen im Sport- und Forschungsbereich, Theaterbesuche, Betriebe, Naturerlebnisse.Dies erfordert die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mit den Schülergruppen. Wegen dem dafür nötigen Kauf von Fahrscheinen ist die Umsetzung solcher Exkursionen für die Betreuer mit hohem Planungsaufwand verbunden: Briefe schreiben, wohin es gehen soll, wie viel Geld mitgebracht werden soll, überlegen welche Zonen gebraucht werden, Kinder und Eltern erinnern, Geld einsammeln für die Fahrscheine, Schüler mit School-Abo müssen berücksichtigt werden, unangemeldete Schüler kommen spontan dazu, und so weiter.Am Fahrkartenautomat dauert es sehr lange, bis die Fahrkarten aus dem Automaten kommen, während andere Fahrgäste warten. Nebenher müssen die Kinder beaufsichtigt werden.Daher fordern wir in der „kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands“ die „Freie Fahrt“ im VVS-Netz für Stuttgarter Schülergruppen und deren Betreuer/Lehrer.Die Idee:Jede Kinder- und	817 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Schüler/innen, die in Stuttgart eine Schule besuchen, können am Abo-Verfahren „Scool“ teilnehmen und erhalten hierzu nach der Schülerbeförderungssatzung einen Zuschuss von der Stadt. Seit dem Beginn des Schuljahres 2013/14 gilt das Scool-Abo ohne zeitliche Einschränkung im gesamten VVS-Netz, die bisherige Sperrzeit bis 12 Uhr ist aufgehoben. Damit ist die Planung und Organisation von Ausflügen, Exkursionen und sonstigen schulisch bedingten Unternehmungen künftig erheblich einfacher, denn alle Scool-Abonnenten brauchen keine zusätzlichen Tickets mehr, egal um welche Uhrzeit und wohin die Fahrt im VVS führt. Der weitergehende Vorschlag nach einer kostenlosen Beförderung von Schülergruppen wurde vom Gemeinderat nicht beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Jugendeinrichtung erhält eine Fahrkarte, die ausweist, dass die Schülergruppe dieser Schule oder dieser Einrichtung im Rahmen von Bildungs- und Freizeitekursionen mit dieser Fahrkarte kostenlos unterwegs sein darf. Seit 2006 hat der Schülerhort Helfergasse von Schülern, Erzieher, Lehrer, Eltern mittlerweile über ca. 8000 Unterschriften gesammelt und öffentlich mit der Presse Oberbürgermeister Dr. Schuster überreicht. Immer am Weltkindertag (20. September) macht der Schülerhort Helfergasse mit Aktionen auf das Thema „Freie Fahrt für Schülergruppen“ aufmerksam. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen und stimmen Sie im Bürgerhaushalt für die kostenlose Beförderung aller Stuttgart Schülereinrichtungen und Schulklassen innerhalb des VVS.</p>			
34	2966	Stuttgart-Ticket für eine Fahrt in den Zonen 10 und 20 unter 2 €	<p>Um die Umwelt in Stuttgart zu schonen muss der PKW-Verkehr durch verstärkte Nutzung des ÖPNV verringert werden. Dazu gehört auch ein preiswerter Nahverkehr. In Stuttgart sind die Preise für Fahrten mit dem ÖPNV im Vergleich zu anderen Städten relativ teuer und die Stadt ist unsinnigerweise in zwei Zonen eingeteilt. Beispiele aus Feuerbach: zwei Personen zahlen für eine Fahrt in die Innenstadt 10 € (verbilligt mit Mehrfahrtenkarte), eine Fahrt mit dem PKW kostet laut VVS-Vergleichsrechner etwa 2 € - ohne Parkgebühren. Die Fahrt mit dem PKW ist also billiger und bequemer. Eine Fahrt nach Fellbach - 1 Zone - ist billiger als die kurze Fahrt zum Pragfriedhof - 2 Zonen. Für eine Fahrt zum Leuze zeigt der Automat zwei verschiedene Preise an (für Touristen und Neubürger völlig unverständlich). Schön wäre natürlich ein kostenloser Nahverkehr. Dieser wird sich aber aus Kostengründen nicht verwirklichen lassen. Eine Zusammenlegung der zwei Zonen 10 und 20</p>		Vom GR nicht beantragt	<p>Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>ist umständlich, nicht durchsetzbar und bedeutet eine Erhöhung der Preise für 1 Zone. Deshalb mein Vorschlag für ein neues Stuttgart-Ticket: dieses Ticket soll für eine Fahrt in den beiden Zonen 10 und 20 berechtigen und maximal 2 € kosten (besonders umstiegsfreundlich wäre ein Preis von 1,50 €). Sinnvoll wäre, wenn Fahrten mit dem Ortsbus eingeschlossen wären. Auch könnte man die Geltungsdauer unabhängig von der Fahrtrichtung festlegen. Mehrfahrtenkarten wären ebenso möglich. Natürlich müsste die Stadt eine Ausgleichszahlung für entgangene Einnahmen zahlen. Diese hängen von der Höhe des Ticketpreises ab und könnten sich deutlich verringern, wenn die Zahl der Fahrgäste zunehmen würde. Wir Stuttgarter hätten also einen direkten Einfluss auf die Höhe der Ausgleichszahlung.</p>			
35	2654	Regionalbahnhof Vaihingen	<p>Die Stadt sollte bei der Bahn auf eine schnelle Verwirklichung eines Regionalbahnhalt in Vaihingen drängen und sich hieran gegebenenfalls finanziell beteiligen. Den positiven verkehrlichen Effekt und Bedarf dürfte keiner ernsthaft anzweifeln.</p> <p>Im Zusammenhang mit Stuttgart21 ist sowieso ein vorübergehender Regionalbahnhof in Vaihingen geplant, es wurde schon vorgeschlagen diese Maßnahme vorzuziehen. Dies sollte die Stadt durch einen finanziellen Beitrag der Bahn schmackhaft machen.</p> <p>Außerdem muss bei der Bebauung des Aurelis-Gelände am Bahnhof darauf geachtet werden, dass auf jeden Fall genügend Platz für die erforderlichen Gleise (+ Überholgleis) bleibt.</p>	725 (FDP)	Stadt ist nicht zuständig	<p>Im Juni 2013 hat man sich darauf verständigt, dass durch das Land Baden-Württemberg ein Auftrag zur Ermittlung eines möglichen Fahrgastpotentials an einen externen Gutachter erteilt wird. Die Landeshauptstadt erklärte sich bereit, dieses Gutachten mitzufinanzieren. Bisher liegen noch keine Ergebnisse vor. Nach Auskunft des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur ist bis Ende des Jahres 2014 die Untersuchung abgeschlossen. Das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung ist in die Bewertung des Gutachtens eingebunden.</p> <p>Sobald dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur und der</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Landeshauptstadt Stuttgart das Gutachten vorliegt, wird darüber berichtet.
36	2691	TSV Weilimdorf - Komplettsanierung des Kunstrasenplatzes incl. Flutlichtanlage, Fangzäune und Umgrenzung	Der Kunstrasenplatz des TSV Weilimdorf ist schon über 20 Jahre alt. Durch die Abnutzung ist der Platz für den Sportbetrieb viel zu hart. Dies geht auf die Gelenke der Sportler und ist für den eigentlichen Sinn von sportlicher Bewegung eher kontraproduktiv. Ebenso ist durch den vielen Sand auf dem Platz die Verbrennungs- und Schürff Gefahr zu hoch und es steigt das Risiko von schlimmeren Wunden. Deshalb muss der Platz baldmöglichst in einen der „Neuen Generation“ umgewandelt werden. Angeblich befindet sich der Platz an oberster Stelle für eine Sanierung, wird aber Jahr für Jahr nach hinten verschoben. Bei der Sanierung müssen die lädierten Fangzäune und die ca. 50 Jahre alte Flutlichtanlage ebenfalls erneuert werden. Ebenso die Spielfeldumrandung, die sich viel zu nah an den Begrenzungslinien befindet und ein erhebliches Verletzungsrisiko darstellt. Die Fußballabteilung des TSV Weilimdorf hat ca. 520 Mitglieder, davon ca. 350 Jugendliche. Im Verein wird Integration gelebt und somit befinden sich mindestens 30 verschiedene Nationen unter den Mitgliedern und haben in Weilimdorf eine sportliche Heimat gefunden. Momentan nehmen 23 Mannschaften am Punktspielbetrieb des WFV teil. Der Verein wurde schon achtzehnmal mit dem „Anerkennungspreis für gute Jugendarbeit“ ausgezeichnet. Außerdem erhielt der TSV Weilimdorf den Vereinsehrenamtspreis und den Sepp-Herberger-Preis. Die 1. Mannschaft spielt um den Aufstieg in die Landesliga mit und würde im Erfolgsfall die Stadt Stuttgart repräsentieren. Im Jahr 2008 stieg die Fußballabteilung im Bereich Mädchenfußball ein. Hier kooperierte der Verein	541 (CDU), 598 (SPD), 658 (FW), 708 (FDP)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat beschlossen, den vorhandenen Kunstrasenplatz zu sanieren. Hierfür stellt er 285.000 € zu Verfügung.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			mit der SpVgg Giebel und integrierte die beiden Mädchenteams vollständig in das Vereinsgefüge des TSV Weilimdorf. Dieses Sportangebot fehlte in Weilimdorf komplett und wird gut angenommen. Die Fußballabteilung des TSV Weilimdorf ist ein wichtiger Bestandteil in der Weilimdorfer Jugendarbeit, speziell für die Gebiete Giebel, Hausen und Fasanengarten. Harald Kehrwecker Abteilungsleiter Fußball			
37	3122	Die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel (SSB) nicht jedes Jahr erhöhen!	Jedes Jahr werden die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel erhöht. Gleichzeitig will OB Kuhn die Autofahrer, wenn sie in die Innenstadt fahren, mehr belasten. Das passt nicht zusammen! Solange die Fahrt mit der Stadtbahn nach Stuttgart hin und zurück für eine Familie (4 Personen, Kinder über 14 Jahre) um die 20,-€ kostet, ist dies kein sinnvoller Beitrag für den Umweltschutz.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
38	4292	Keine weiteren Casinos und Wettbüros in Vaihingen	Im Zentrum von Vaihingen sollten keine weiteren Spielcasinos und Wettbüros entstehen dürfen. Sie verschlechtern das Stadtbild und fördern das Ladensterben. Bekanntermassen dienen diese Geschäfte hauptsächlich zur Geldwäsche, was wir nicht unterstützen sollten.		Vom GR nicht beantragt	Die Stadt ist dabei für jeden Stadtbezirk einen gesonderter "Bebauungsplan Vergnügungsstätten u.a. Einrichtungen" zu erstellen. Diese haben das Ziel, die zulässigen Gebiete für Casinos, Wettbüros, Spielhallen und ähnlichen Einrichtungen auszuweisen und damit deren Ausbreitung zu begrenzen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
39	6112	Reduzierung des Autoverkehrs durch Anreize des VVS	<p>Zur Reduzierung des Autoverkehrs auf den Straßen der Landeshauptstadt Stuttgart sollte der VVS für private Autofahrer weitere Anreize schaffen und neue tarifliche Angebote einführen. Im Einzelnen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Autoverkehr in Stuttgart: Es ist allgemein bekannt, dass die Straßen in Stuttgart ständig überlastet sind und der zunehmende Autoverkehr große Staus und zusätzliche Umweltprobleme verursacht. Auch die EU-Kommission hat kürzlich die schlechte Luftqualität in Stuttgart beanstandet. 2. Anreize des VVS: Zur Verbesserung der Luftqualität in Stuttgart sollte der VVS die tariflichen Angebote so erweitern, dass weitere private Autofahrer auf Stadtbahn, S-Bahn oder Busse umsteigen. Im Übrigen hat auch der neue OB, Fritz Kuhn, neulich festgestellt, dass ein Großteil des Autoverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel umgeleitet werden müsse und der VVS hierfür die geeignete Plattform sei. 3. Neue tarifliche Angebote des VVS: Es kommen z.B. folgende neue Angebote in Betracht: EinzelTicket / 4er-Ticket. Nach den jetzigen Tarifen können Fahrgäste zwei Stunden lang in Richtung des Fahrziels fahren, aber nicht in die Richtung des Ausgangspunktes zurückkehren. Diese Tarife sollten zu Gunsten der Fahrgäste so erweitert werden, dass die Tickets zwei Stunden lang für die Hin- und Rückfahrt gültig sind. EinzelTagesTicket / GruppenTagesTicket: Diese Tickets sind für einen ganzen Tag lang und für beliebig viele Fahrten gültig. Es sollten zusätzliche Tarife für Tickets eingeführt werden, die nur sechs Stunden lang gültig sind. Für diese Tickets sollte allerdings der derzeitige Fahrpreis deutlich reduziert werden (etwa um 30 - 40 %). 4. Fazit: Die vorgeschlagenen Tarife werden auf großes Interesse bei den privaten Autofahrern stoßen, den Autoverkehr beachtlich reduzieren 		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			und damit auch die Luftqualität in Stuttgart erheblich verbessern.			
40	6004	Kurzstrecke wieder 1 € und auf gesamte Innenstadt ausdehnen	Ich würde anregen, den Fahrpreis für eine Kurzstrecke wieder auf 1 € zu reduzieren und/oder die Kurzstrecke auf vier oder fünf Haltestellen (Bus, z.B. Charlottenplatz-Berliner Platz) bzw zwei oder drei Stationen (S-Bahn, z.B. Schwabstraße-Hbf) zu verlängern, also in weite Teile der Zone 10, so dass auch Bürger, die nicht unmittelbar stadtnah wohnen, eher überlegen, den ÖPNV zu nutzen als bisher. Bei dem bisherigen System ist es günstiger, von Bad Cannstatt eine Station zum Hbf als Kurzstrecke zu fahren als von dem Bahnhof Feuersee oder Schwabstraße, die stadtnäher liegen, für die die Kurzstrecke nicht mehr gilt.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
41	3280	Bürgerbeauftragte zu S21 streichen	Die Stelle der Bürgerbeauftragten für S21, die im Zuge der Schaffung des Kommunikationsbüros für das Projekt S21 von der Stadt Stuttgart finanziert wurde und wird, ist unnötig und kostet die Stadt Geld, welches zwingend für andere explizit relevantere Bereiche verwendet werden sollte, z.B. für die Stelle einer/eines Erzieherin/Erziehers.		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
42	2644	Flächendeckender Erhalt und Ausbau von Hort und Kernzeitbetreuung für Grundschüler, die keine Ganztageschule besuchen möchten bzw. sollen.	Ein Beschluss des Gemeinderates sieht vor, Horte zu schließen und Grundschüler künftig flächendeckend in Ganztageschulen täglich im Umfang von 8 Zeitstunden verpflichtend unterzubringen. Alternativ soll es nach wie vor Halbtageszüge geben, ergänzt durch eine Kernzeitbetreuung bis 14:00 Uhr. Eltern benötigen aber eine größere Freiheit bei der Gestaltung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, deshalb müssen Hortangebote erhalten und Kernzeitbetreuung erweitert werden.	488 (CDU), 648 (FW), 876 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Umstellung auf Schülerhäuser erfolgt sukzessive als „sanfter Übergang“. Die zuständigen Ausschüsse des Gemeinderats werden laufend über den Umstellungsprozess unterrichtet. Die Kostentragung für die Ganztageschule liegt zwar grundsätzlich beim Land, wobei der in Stuttgart vorgesehene Standard nicht unerhebliche kommunale

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Teilzeitarbeitende Eltern haben nach der Beschlusslage kaum eine Wahlmöglichkeit und müssen ihre Kinder dann zwangsläufig in eine Ganztageschule geben. Vor allem dann, wenn sie keinen klassischen Halbtagsjob ausüben und nur an z.B. zwei Nachmittagen pro Woche Betreuung benötigen um die übrige Zeit ihren Kindern zu widmen. Um den Lebensrealitäten ALLER Stuttgarter Familien gerecht zu werden muss, neben der Ganztageschule, die bisherige Flexibilität erhalten bleiben. Nur das ermöglicht eine ehrliche und echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Aber auch aus pädagogischen Gründen ist Vielfalt bei den Betreuungsangeboten unabdingbar. Nicht jedes sechsjährige Kind absolviert folgenlos einen durchgetakteten 8-Studentag, an dem es zu jeder Zeit Fremdbestimmung unterworfen ist. Außerdem soll die Ganztageschule kostenfrei sein, wohingegen die Kernzeitbetreuung bis 14:00 Uhr weiterhin kostenpflichtig bleiben soll. Eine echte Wahlmöglichkeit für alle Eltern ist damit nicht gegeben. Die Kosten für den Unterricht an Ganztageschulen übernimmt das Land Baden-Württemberg. Die Kosten für Hort und Kernzeitbetreuung trägt die Stadt. Ungeachtet der Bedürfnisse der Stuttgarter Familien soll hier die Kommunale Kasse entlastet werden und die Ganztageschule etabliert werden. Dies gilt es zu verhindern! Helfen Sie mit, bewährte Strukturen, in die in der Vergangenheit viele kommunale Mittel geflossen sind, sich die Kinder wohl fühlen und Eltern ohne schlechtes Gewissen ihre Kinder gut betreut wissen, zu erhalten</p>			<p>Eigenmittel erfordert. Für die Eltern ist die Ganztageschule gebührenfrei, weil es sich um ein verpflichtendes Schulangebot handelt, während die Inanspruchnahme von Kernzeitbetreuung und Hortbetreuung nicht verpflichtend ist und insofern mit einer angemessenen Eigenbeteiligung der Eltern angeboten wird.</p>
43	3985	Skatepark Sillenbuch einrichten	<p>Der Jugendrat Sillenbuch setzt sich seit 2012 im Interesse der Jugendlichen für einen Skatepark in Sillenbuch ein. Die Jugendlichen wünschen sich endlich einen qualitativ hochwertigen und</p>	718 (FDP)	wird geprüft	<p>Ein Standort ist in den Schwarzäckern zwischen Heumaden und Riedenbergidentifiziert, erscheint</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			anspruchsvollen Skatepark. Der Skatepark soll aus Beton (Sichtbeton/Flüsterbeton) gefertigt werden und mit Blick auf die Wünsche der Jugendlichen geplant werden. Dazu gehören verschiedene Elemente wie Rampen, Quader Stufen, Geländer und daraus folgende Kombinationen. Der Skatepark benötigt ausreichend freie Flächen um den Kindern und Jugendlichen die Benutzung zu ermöglichen (Anlauf nehmen und ausrollen lassen). Der Skatepark soll in der Nähe der öffentlichen Verkehrsmittel für alle Jugendlichen leicht erreichbar und für alle Schwierigkeitsstufen offen sein. Der Skatepark soll NICHT aus einzelnen Bauteilen zusammengewürfelt werden! Die Kinder und Jugendlichen, vertreten durch den Jugendrat Sillenbuch, fordern die finanzielle sowie politische Unterstützung des Gemeinderats für das Projekt.			jedoch wegen der erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen als nicht völlig zufriedenstellend. Eine Bauvoranfrage ist gestellt. Das dazu benötigte Lärmgutachten und ein faunistisches Gutachten werden momentan erarbeitet.
44	2853	VVS-SSB Stuttgart - " Ein Zonen Bezirk " für ganzes Stuttgarter Stadtgebiet!	Stuttgart und seine angrenzenden Bezirke sollten eine Zone sein, und nicht in zwei Zonen unterteilt, Stuttgart ist doch auch für sich eine Stadt!		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
45	5158	Konzept für Subkultur	Seit der Schließung der Röhre und anderer Spielstätten für Subkultur v. a. in Folge der Baumaßnahmen fehlt Stuttgart ein		GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat sich mit der Thematik befasst und im Rahmen der Haushaltsplanungen dafür

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>funktionierendes Konzept für die Bereitstellung von Flächen und Veranstaltungsorten für Konzerte und anderen kleinkulturellen Veranstaltungen im Bereich der Subkultur. Mit Subkultur sind hier Kulturformen gemeint, die neue Impulse bringen, sich im alternativen/experimentellen/kreativen Bereich bewegen, zunächst nur von einem kleinen alternativen Publikum wahrgenommen werden, die aber nach einem Etablierungsprozess auch die Kultur der breiten Masse bereichern können. Die Röhre als Paradebeispiel bot eben gerade für Musikkünstler in der Entwicklungsphase oder auch für ältere Kultgruppen die geeignete Bühne. Nun machen solche Künstler leider häufig einen großen Bogen um Stuttgart, weil Spielstätten für Konzerte mit ca. 100 bis 500 Zuschauer fehlen. Die Folge ist eine Verflachung der Stuttgarter Kulturszene. Die Stadt muss also in einem umfassenden Konzept geeignete Flächen für Veranstaltungen jeder Größenordnung zur Verfügung stellen.</p>			<p>ausgesprochen, beispielsweise die Wagenhallen auch künftig als Raum für die Kunst bestehen zu lassen. Für die Umsetzung eines Nutzungskonzepts und für Instandsetzungsmaßnahmen in 2014/2015 wurden 5,5 Mio. Euro eingestellt. Desweiteren wird die kulturelle Förderung insgesamt ausgebaut. Darüber hinaus trifft sich die Stadtverwaltung vierteljährlich mit den Clubbetreibern zu einem Runden Tisch "Innenstadt bei Nacht". Hier werden Probleme besprochen und gemeinsame Lösungen erarbeitet.</p>
46	2868	Bessere Bezahlung für Erzieher/innen und pädagogische Mitarbeiter/innen!	<p>Die Bezahlung von hochqualifiziertem Personal hinkt kräftig hinterher. Die Mitarbeiter/innen im pädagogischen Dienst leisten Schwerarbeit. Die Bezahlung hinkt hinterher, ein Stiefkind der Kommunen. Hier sollte noch viel mehr getan werden, das Gehalt erhöht werden. Gute Bezahlung für hochqualifizierte Arbeit wird gefordert!</p>	467 (CDU), 631 (SPD), 647 (FW), 885 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	<p>Anstelle einer tarifwidrigen Höhergruppierung für KinderpflegerInnen, ErzieherInnen im Gruppendienst und von LeiterInnen kleiner Einrichtungen wurde vom GR das Modell Tarif+ beschlossen. Für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen wird eine tarifkonforme Arbeitsmarktzulage in Höhe von zunächst 100 EUR gewährt.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
47	5415	Wildwuchs bei Spielhallen begrenzen	Konsequente Umsetzung des neuen Glücksspielgesetzes, das Anfang 2013 in Kraft getreten ist. Zwischen den einzelnen Spielhallen muss der Abstand 500 Meter betragen und außerdem ist ein Mindestabstand von 500 Metern zu Kinder- und Jugendeinrichtungen vorgeschrieben. Wenn dieses Gesetz konsequent umgesetzt wird, müssen die Spielbetriebe an der Hauptstätter Straße (Nähe zu Kindergärten und Kindertagesstätten ist geringer als 500m) sowie zwischen Torstraße und Josef-Hirn-Platz geschlossen werden. Die Steuereinnahmen der Stadt würden in der Folge natürlich zurückgehen.		GR stimmt zu	Zur Umsetzung der Aufgaben nach dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags und des Landesglücksspielgesetzes hat der Gemeinderat der Schaffung einer zusätzlichen Stelle beim Amt für öffentliche Ordnung, zunächst befristet für 2 Jahre, zugestimmt.
48	5144	Schwimmbadneubau in Weilimdorf - Kosten mit Sanierung des Schwimmbads Feuerbach vergleichen	Angesichts der anstehenden Sanierungskosten von 10 bis 11 Millionen Euro für das Feuerbacher Hallenbad ist es unabdingbar, die Kosten für einen Schwimmbadneubau in Weilimdorf - auf der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Fläche - zu berechnen. Einsparungen in Millionenhöhe könnten dann für viele gute Dinge verwendet werden.		GR lehnt ab	Der konkurrierende Vorschlag zur Generalsanierung des Hallenbads Feuerbach belegte Platz 5 im Bürgerhaushalt 2013 und wurde vom Gemeinderat beschlossen. Ein zusätzlicher Neubau eines Schwimmbads in Weilimdorf kommt derzeit somit nicht in Betracht.
49	5624	Bitte weniger Sportwetten-Lokalitäten	Bitte weniger Sportwetten-Lokalitäten		Vom GR nicht beantragt	Die Stadt ist dabei für jeden Stadtbezirk einen gesonderter "Bebauungsplan Vergnügungsstätten u.a. Einrichtungen" zu erstellen. Diese haben das Ziel, die zulässigen Gebiete für Casinos, Wettbüros, Spielhallen und ähnlichen Einrichtungen auszuweisen und damit deren Ausbreitung zu begrenzen.
50	6099	Tanzfestival mit Eric Gauthier	Eric Gauthier leitet seit 2008 die Theaterhaus-Tanzkompanie „Gauthier Dance“. Seine Vision: Im Sommer 2015, zum 30. Geburtstag des Theaterhauses, verwandelt sich seine künstlerische Heimat zwei Wochen lang in eine	451 (B90/Grüne), 615 (SPD)	GR stimmt zu	Das Tanzensemble "Gauthier Dance" erhielt bislang einen städtischen Zuschuss in Höhe von 300.000 EUR pro Jahr. Dieser wird auch künftig gewährt, zudem

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Welt des Tanzes. Die Landeshauptstadt sollte das Projekt mit einer angemessenen Grundfinanzierung ausstatten.			werden für die Ausrichtung des Theaterfestivals COLOURS im Jahr 2015 insgesamt 250.000 EUR zur Verfügung gestellt.
51	3922	Macht unsere Schulgebäude klimafreundlich	<p>Stuttgarts Schulen müssen als Beitrag zum Klimaschutz dringend energetisch saniert werden. Hierzu sollen 100 Millionen Euro in fünf Jahresraten zu je 20 Millionen Euro bereitgestellt werden. Das ist richtig viel Geld, doch spart dieses Geld Energiekosten ein, es fließt also, anders als bei vielen anderen Ausgaben, im Laufe der Jahre zurück in die Stadtkasse. Zudem wird so das Zukunftsthema Klimaschutz für Schülerinnen und Schüler konkret erfahrbar. Die Maßnahme fördert Arbeitsplätze in den Gewerbebetrieben und sorgt für Einkommen in der Stadt. Zur Umsetzung soll das Amt für Umweltschutz mit dem hierfür erforderlichen zusätzlichen Personal ausgestattet werden. Hintergrund: Die Stadt ist dabei, die baufälligsten der 168 Schulen zu sanieren. Der Sanierungsbedarf für die kommenden fünf Jahre liegt bei knapp 350 Mio. Euro.</p> <p>http://www.stuttgart.de/schulsanierung Bei diesen Sanierungen geht es vor allem um den Erhalt der Gebäude und die Gewährleistung der Sicherheit. Energetische Gesichtspunkte spielen kaum eine Rolle. Wo Fenster ausgetauscht werden, sollte jedoch, wenn schon ein Baugerüst steht, auch gleich die Fassade gedämmt werden. Gebäude, die viel Wärme verlieren, sollten nicht erst dann energetisch saniert werden, wenn das Mauerwerk zu bröckeln anfängt oder Wasser durch die Decke tröpfelt. Der bauliche Klimaschutz an den Schulen soll im Rahmen des sehr erfolgreichen "stadtinternen Energie-Contractings" umgesetzt werden, das in den nächsten fünf Jahren um je 20 Millionen Euro aufgestockt werden soll. Hierbei</p>	536 (CDU), 608 (SPD), 813 (SÖS/LINKE), 968 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Die Mittel für das stadtinterne Contracting wurden für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils 4 Millionen EUR erhöht. Hierüber können insbesondere auch energetische Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden finanziert werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			finanziert das Amt für Umweltschutz Investitionen zur Energieeinsparung. Die erzielten Einsparungen fließen so lange an das Amt zurück, bis die jeweilige Investition abbezahlt ist. http://www.stuttgart.de/item/show/442568 Ein Blick zurück zeigt, dass diese Art von Klimaschutz sich rechnet: Die bis 2011 für das Energie-Contracting städtischer Gebäude eingesetzten 8,8 Millionen Euro haben der Stadt bisher 14,2 Millionen Euro an Energiekosten erspart.			
52	5408	Alternativ-Kultur erhalten	Bitte immer wieder Nischen zur Verfügung stellen, in denen sich Kleinkunst und Alternativ-Kultur ansiedeln kann. Die Wagenhallen mit dem Gebiet drumherum (Wagons und Kleingalerien), wie auch das Ur-Zapata und Milchhofgelände vor etlicher Zeit, gehören in die Kulturszene einer Stadt und halten sie lebendig.		GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat sich mit der Thematik befasst und im Rahmen der Haushaltsplanungen dafür ausgesprochen, beispielsweise die Wagenhallen auch künftig als Raum für die Kunst bestehen zu lassen. Für die Umsetzung eines Nutzungskonzepts und für Instandsetzungsmaßnahmen in 2014/2015 wurden 5,5 Mio. Euro eingestellt. Desweiteren wird die kulturelle Förderung insgesamt ausgebaut. Darüber hinaus trifft sich die Stadtverwaltung vierteljährlich mit den Clubbetreibern zu einem Runden Tisch "Innenstadt bei Nacht". Hier werden Probleme besprochen und gemeinsame Lösungen erarbeitet.
53	4095	Kurpark-Biergarten wieder beleben	Der Biergarten hinter dem Kursaal war jahrelang sehr beliebt, vor allem an Sonntagnachmittagen aufgrund der Jazzkonzerte. Nachdem ein neuer Pächter gekommen war, ging es dann nur noch bergab. Wäre schön, wenn der Biergarten wieder in Betrieb genommen würde - und zwar mit vielseitigem Musikangebot - nicht nur Blaskapellen!		wird umgesetzt	Der Biergarten im Kurpark soll im Frühjahr 2014 wieder eröffnet werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
54	3863	Hotel Silber: Die Stadt Stuttgart soll die Hälfte der Betriebskosten für den zukünftigen Lern- und Gedenkort übernehmen.	<p>Der jahrelange Kampf zahlreicher Bürgerinnen und Bürger gegen den Abriss der ehemaligen Gestapozentrale war erfolgreich. Die Landesregierung hat im Frühjahr 2011 beschlossen: Das Hotel Silber bleibt erhalten. Seit einem Jahr verhandeln das Land, die Stadt Stuttgart und die im Verein Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V. zusammengeschlossenen Organisationen der Erinnerungsarbeit über die Trägerschaft und das Konzept des Lern- und Gedenkortes sowie über die Beteiligung der Initiativen. Eine Einigung ist in Sicht. Das Hotel Silber als Lern- und Gedenkort bietet im authentischen Gebäude, an einem zentralen Ort des Geschehens, Raum für die gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Stuttgarts und Württembergs. Schulklassen aus Stuttgart und Umgebung erhalten einen außerschulischen Lernort. In der Erinnerungsarbeit engagierte Stuttgarterinnen und Stuttgarter können sich austauschen und finden Beratung. Die Stuttgarter Stadtgesellschaft bekommt einen Ort der Verständigung über die Grundlagen der Demokratie und der Menschenrechte, eine Werkstatt der Auseinandersetzung mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie. Um die Realisierung zu ermöglichen, hängt jetzt alles ab von einer gesicherten Finanzierung. Das Land ist bereit die Umbaukosten zu tragen. Die Kosten der Ausstattung und die laufenden Kosten müssen fair zwischen Land und Stadt verteilt werden. Die Stadt Stuttgart soll ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Der Gemeinderat soll durch einen Haushaltsbeschluss das Projekt absichern. Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V.info@hotel-silber.de</p>		GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat in den HH-Planberatungen beschlossen, dass sich die Stadt an den einmaligen Ausstattungskosten mit 1,5 Mio. EUR sowie an den laufenden Betriebskosten ab 2016 mit jeweils 250.000 EUR beteiligt. Dies entspricht einer hälftigen Beteiligung (ohne Mietkosten) und umfasst die Nutzung des UG, EG und 1. OG im künftigen Erinnerungsort "Hotel Silber". Für die zusätzlich beantragte Einbeziehung des 2. OG gab es aber keine Mehrheit im Gemeinderat. Darüber hinaus werden bis zur Eröffnung des Lern- und Gedenkortes im "Hotel Silber" jeweils 30.000 EUR in den Jahren 2014 und 2015 für die Fortsetzung der Veranstaltungstätigkeit bereitgestellt

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
55	4080	Abbau der S21 Ausstellung im Rathaus	Im Stuttgarter Rathaus sollte die einseitig polarisierende und fehlerhaft informierende Ausstellung über S 21 abgebaut und stattdessen realisierbare, zukunftsweisende Alternativen aufgezeigt werden.	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde beantragt, keine Öffentlichkeitsarbeit zu Stuttgart 21 mehr zu betreiben. Dieser Antrag wurde vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.
56	4924	Internationales Jazzfestival unterstützen	Wie dem Theaterhaus Blog (http://www.theaterhausblog.com/2012/11/schretzmeiers-vorwort-dez-2012/) zu entnehmen ist, musste das Theaterhaus die internationalen Theaterhaus-Jazztage 2013 aus Geldmangel absagen. Die öffentlichen Mittel seien in den letzten Jahren gesunken, so Werner Schretzmeier, mit dem Resultat, dass finanzielle Risiken nicht mehr möglich sein. Das Theaterhaus muss von der Stadt wieder ausreichend finanziell unterstützt werden, sodass es auch künftig solche Veranstaltungen wie die internationalen Theaterhaus-Jazztage stemmen kann. Immerhin wirbt die Stadt Stuttgart (noch) mit diesem renommierten Festival auf ihrer Homepage. Dieser Stern am Stuttgarter Kulturhimmel darf nicht untergehen.		GR stimmt teilweise zu	Das Theaterhaus erhielt bislang einen städtischen Zuschuss in Höhe von 1,271 Mio. EUR pro Jahr. Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung erhält das Theaterhaus künftig jeweils 70.000 EUR jährlich zusätzlich. Eine Zweckbindung ist damit jedoch nicht verknüpft. Darüber hinaus werden für die Ausrichtung des Theaterfestivals COLOURS im Jahr 2015 insgesamt 250.000 EUR zur Verfügung gestellt.
57	6202	VVS Einzel und 4er Tickets günstiger / Anreize für Gelegenheitsfahrer	Das Tarifsystem des VVS ist zu unübersichtlich und mit das teuerste in ganz Deutschland. Autofahrer werden ohne Anreize nicht umsteigen. Unterhalt des Autos plus Parkgebühren plus zusätzlich ein teures VVS-Ticket ist für viele, die sonst ihr Auto am Stadtrand stehenlassen würden, nicht machbar.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						bzw. optimiert.
58	3421	Abschaffen/ Reduzieren der 1. Klasse- Abteile in den S- Bahnen	Besonders in den Stoßzeiten herrscht in den Wagen der S- Bahnen oft große Enge, während die 1.Klasse- Abteile leer sind. Die vom VVS anvisierten "besonderen" Fahrgäste gibt es offensichtlich nicht oder kaum. Deshalb rege ich an, die Abteile für alle Fahrgäste freizugeben, dann könnten einige Menschen mehr einen Sitzplatz finden und die Fahrt wäre angenehmer. Die Stadtverwaltung, die den VVS ja bezuschusst, sollte ihren Einfluss diesbezüglich geltend machen.		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
59	4530	Uferpromenade Bad Cannstatt	Wenn man vom schönen Rosensteinpark, den Elefantenteg überquert, kann man auf der "Wilhelmaseite" auf ein Schiff gehen. Doch hinter diesem kleinen Hafen erstreckt sich eine breite Strecke Richtung Münster. Jedoch kann man auf dieser Promenade nicht spazieren, da die Strecke nicht passantenfreundlich oder fahrradfreundlich gestaltet ist. Man braucht Sitzbänke, kleine Bäume, und vorallem einen freien Übergang zum Neckar, der aber auch entsprechend abgesichert werden muss. Die Stadt kommt wieder an den Fluss, wenn die Promenade sich bis hin zum Mühlsteg erstrecken würde, denn so können Radfahrer vom Rosensteinpark bis Mühlhausen ohne Ampel durchfahren. Ebenfalls hat man als Passant die Möglichkeit den Neckar von der "anderen" Seite zu betrachten!	432 (B90/Grüne)	GR lehnt ab	Der Antrag wurde mehrheitlich angelehnt. Dafür wurden Maßnahmen in Stuttgart-Münster beschlossen: - Wasserspielplatz Austraße Münster 245.000 EUR - Herstellung Uferpark „Steinbruch und Bergwald“ 400.000 EUR
60	3639	Kastrationspflicht und Registrierpflicht für Freigänger-Katzen	Durch eine Kastrations- und Registrierpflicht für Katzen würden jährlich viele Tausend Euro Tierheimkosten entfallen. Es gäbe keinen ungewollten Nachwuchs, der auf Kosten der Steuerzahler und der ehrenamtlich engagierten Tierfreunde versorgt werden muss, nachdem dieser abgeschoben oder ausgesetzt wird.Jeder		Vom GR nicht beantragt	Die Ausweisung von Gebieten mit einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilebenden Katzen ist an die rechtlichen Voraussetzungen des neu eingeführten § 13 b Tierschutzgesetz gebunden. Diese

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Tierhalter muss durch Gesetz verpflichtet werden verantwortungsvoll dafür Sorge zu tragen, dass kein Tierelend entsteht: in Stuttgart gibt es tausende heimatloser Katzen, aus unerwünschter Vermehrung. Das geht auch zu Lasten der heimischen Kleintierwelt. In anderen Städten wird die Kastrations- und Registrierpflicht für Katzen bereits erfolgreich praktiziert.			liegen in Stuttgart nicht vor. Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
61	3072	VVS - 24 Stunden Ticket - Tagesticket	Es ist ein Ärgernis, daß die Tagestickets mit Ende des Betriebstages enden. Am nächsten Tag muß wieder ein neues gelöst werden. Es ist im Sinne des Kunden, wenn es 24 Stunden-Tickets gäbe, wie das in manch anderen Verkehrsverbänden usus ist.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
62	2655	Gäubahn zur S-Bahnstrecke ausbauen	Die Gäubahn durch Stuttgart sollte zur S-Bahnstrecke ausgebaut werden. Dies könnte die chronisch überlastete Stammstrecke der S-Bahn entlasten und würde zusätzliche Gebiete im Stuttgarter Stadtgebiet für den ÖPNV erschließen. Erste Vorschläge hierzu gibt es bereits vom VCD: http://panoba.udurchi.de/index.html http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.gaeubahn-in-stuttgart-neue-verbindungen-auf-alten-gleisen.050f6f30-4456-45d8-930b-76d90e119122.html		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
63	5339	Preis für VVS Einzelfahrschein	Das VVS Tarifsysteem bietet für viele verschiedene Gruppen und Bedürfnisse attraktive Angebot. Der		Vom GR nicht	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS",

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
		reduzieren: Mehr ÖPNV Gelegenheitsnutzer dazugewinnen	jetzige Preis für ein Einzelticket ist bei einer Zone mit 2,20 Euro und zwei Zonen für 2,60 Euro zu hoch. Er sollte vor allem zur langfristigen Gewinnung von Gelegenheitsnutzern reduziert werden.		beantragt	"Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
64	3384	Rückabwicklung des Grundstückskaufes der Gleisanlagen durch die Stadt Stuttgart im Rahmen von Stuttgart 21	Die Stadt Stuttgart hat bereits 2001 für über 400 Millionen Euro die Gleisanlagen von der DB AG erworben. Dieses Gelände war in den Unterlagen der Bahn mit 25 Millionen Euro bewertet. Die Stadt Stuttgart hat das Gelände also 16fach überteuert erworben und hat der DB AG zusätzlich alle Zinsen erlassen, die anfallen, solange die Stadt noch nicht auf das Gelände zugreifen kann. Nun wird auch immer deutlicher, dass die Gleisanlagen nicht erfernt werden dürfen, weil andere Infrastrukturunternehmen die Gleise in Zukunft nutzen wollen. Die Stadt wird also dieses Gelände nie nutzen können und sollte den Kaufpreis einschließlich Zinsen zurückfordern.	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Das Grundstücksgeschäft wurde vom Gemeinderat beschlossen und basiert auf einem Kaufvertrag, an den die Landeshauptstadt gebunden ist. Die Bahn realisiert das Projekt Stuttgart 21. Verhandlungen mit der Bahn über eine einvernehmliche Rückabwicklung des Grundstücksvertrages sind nicht vorgesehen.
65	6007	Kurzstrecken-Mehrfahrtenkarte	Es gibt für alle Tarifzonen eine SSB-Mehrfahrtenkarte, aber für die von vielen innerhalb der Innenstadt (und in die angrenzenden Bezirke) genutzte Kurzstrecke nicht. Es wäre eine Überlegung wert, auch für diese Strecke eine Mehrfahrtenkarte (z.B. 4 Fahrten für 4 € oder 3,50 €) einzuführen.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
66	5649	Stopp des Ausverkaufs öffentlichen Raums an Investoren	Immobilienpekulation = öffentlicher Raum wird zur Ware. Geht es für unsere Stadt um Wohlstand? Oder eher um den Wohlstand der großen Baukonzerne und Investoren? Wem gehört die Stadt? Dank Herrn Schuster gleicht unsere Stadt inzwischen einem löchrigen Käse. Man kann den Eindruck gewinnen, dass er keine Gelegenheit ausgelassen hat, die Stadtkasse optisch aufzuhübschen, indem er bleibende Werte zubarer Münze gemacht hat, die ja bekanntlich der Inflation unterliegt. Wohin man schaut, verdrängen seelenlose Betonbauten für Gewerbetreibende - mit ein wenig Wohnraum für Wohlhabende - das einst gewachsene Stadtbild. Mit den z. B. von ECE geplanten Mega-Einkaufszentren wird dann auch noch zusätzlich Kaufkraft vom etablierten Einzelhandel in der Stuttgarter Innenstadt abgezogen und dafür zusätzlicher Autoverkehr in den Stuttgarter Kessel gebracht. Dem Interesse der Stuttgarter Bürger ist mit einer solchen Stadtentwicklungsplanung ein Bärendienst erwiesen. Öffentlicher Raum, der von Privatwirtschaft gestaltet wird, zeichnet sich durch ein Hausrecht statt durch Bürgerrechte aus! Für Investoren und Spekulanten wird der Denkmalschutz in seinem eigentlichen Sinne mit Füßen getreten. Ursprünglich sind Kulturdenkmale Sachen, Sachgesamtheiten und Teile von Sachen, an deren Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder		Vom GR nicht beantragt	Durch die Verwaltungsreform 2004 haben die Stadtkreise und Großen Kreisstädte in ihren Unteren Denkmalschutzbehörden zu Lasten der Landesbehörden eher eine Stärkung erfahren. Die Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Stuttgart beurteilt beantragte Veränderungen an den etwa 4.500 Kulturdenkmälern unserer Stadt grundsätzlich nach den einschlägigen Rechtsvorschriften und keinesfalls nach ökonomischen und tagespolitischen Aspekten.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht. Sie sind das Gedächtnis einer Stadt, machen ihre Persönlichkeit, ihre Atmosphäre aus. Durch das Verwaltungsreformgesetz 2004, das den Denkmalschutz degradierte, wurde er zu einer politischen und sachfremden Einflüssen ausgesetzten, einer beliebig verfügbaren Sache. Denkmäler sind seither Objekte, die fast ausschließlich unter ökonomischen und tagespolitischen Aspekten betrachtet werden. Der Abrissbirne wird es immer leichter gemacht. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Verluste der Stadt nicht noch größer werden!			
67	4919	Neckarsteg, Elefantsteg und Leuze-Steg für Fußgänger und Radfahrer erhalten – Zerstörungen durch S21 stoppen	Mit dem Bau von Stuttgart 21 sollen die seit der Bundesgartenschau 1977 bestehende Verbindung zwischen Bad Cannstatt und dem Rosensteinpark sowie der Leuze-Steg abgerissen werden. Die Bahn hat rund vier Jahre Bauzeit für die neue Eisenbahnbrücke über den Neckar (Planfeststellungsabschnitt 1.5) veranschlagt. Während dieser Bauzeit wird es laut Bahn-Technikvorstand Volker Kefer keinen Ersatz für den wichtigen Verbindungsweg ans andere Neckarufer geben. Begründung: Angesichts ungesicherter Finanzen, geologischer Risiken und planungsrechtlicher Stümperei der Bahn ist völlig offen, ob es jemals einen adäquaten Ersatz für diese viel genutzten Brücken-Bauwerke geben wird, deshalb ist der Abriß abzulehnen. Neckarsteg, Elefantsteg und Leuze-Steg sind wichtige Zugänge für Fußgänger, Radfahrer und Freizeitsportler, die die Wilhelma, und den Rosensteinpark besuchen oder durch den Park zu ihren Arbeitsorten gelangen wollen. Für den Rosensteinpark kommt noch erschwerend hinzu, dass auch der Zugang von der Wilhelma aus durch Baumaßnahmen zu S21 gesperrt sein		Vom GR nicht beantragt	Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen. Durch den Bau des B10 Rosensteintunnels mit B10 / B14 Verbindung am Leuze entfällt ab Frühjahr 2014 der Elefantsteg. Ersatz für den Elefantsteg wird im Rahmen des Projekts B10 Rosensteintunnel ab 2018 geschaffen (in Verlängerung der neuen Neckarquerung, S21). Fußgänger und Radwegebeziehungen erfolgen während der Bauzeit über die König-Karl-Brücke bzw. die Rosensteinbrücke. Die Querung der Neckartalstraße erfolgt in dieser Zeit ebenerdig. Durch den Bau der B10 / B14 Verbindung am Leuze entfällt ab Frühjahr 2014 der Rosensteigsteg 2 (über SSB Gleise) Die Tragkonstruktion wird eingelagert und instand gesetzt. Der Wiederaufbau erfolgt 2016 im

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			würde. Die alternativ angebotenen Routen führen an stark befahrenen Straßen entlang (König-Karl Brücke / B14) oder an Wegen mit kurzen Ampelphasen und kleinen Fußgängerinseln, die für Gruppen (Schulklassen...) indiskutabel sind.			Rahmendes Projekts. Der Rosensteinweg 1 (über die Cannstatter Straße, evtl. als Leuzesteig bezeichnet) bleibt bestehen und steht zur Verfügung. Der Steg wird allerdings ab Frühjahr 2014 bis Herbst 2014 saniert und ist während dieser Zeit gesperrt.
68	3988	Kostenfreie Nutzung des ÖPNV bei schulischen Veranstaltungen	Für Fahrten zu schulischen Veranstaltungen außerhalb der Schule wie z.B. zum Schwimmunterricht, dem literaturbegleitenden Theaterbesuch oder dem Museumsbesuch müssen von den Schülern Einzelfahrscheine gelöst werden müssen. Ein von den Schülern privat gekauftes Schüler-Monatsticket („Scool-Abo“) kann aufgrund der Nutzungsbedingungen nicht in allen Fällen genutzt werden. Die Prüfung im Einzelfall (wer besitzt ein solches Abo, wann und für wen ist es im gesamten Netz gültig) ist mit erheblichem organisatorischem Aufwand verbunden. Wir fordern daher, dass Fahrten einer Schulklasse in Begleitung einer Lehrerin/eines Lehrers im öffentlichen Personennahverkehr zukünftig kostenfrei sind.	817 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Schüler/innen, die in Stuttgart eine Schule besuchen, können am Abo-Verfahren „Scool“ teilnehmen und erhalten hierzu nach der Schülerbeförderungssatzung einen Zuschuss von der Stadt. Seit dem Beginn des Schuljahres 2013/14 gilt das Scool-Abo ohne zeitliche Einschränkung im gesamten VVS-Netz, die bisherige Sperrzeit bis 12 Uhr ist aufgehoben. Damit ist die Planung und Organisation von Ausflügen, Exkursionen und sonstigen schulisch bedingten Unternehmungen künftig erheblich einfacher, denn alle Scool-Abonnenten brauchen keine zusätzlichen Tickets mehr, egal um welche Uhrzeit und wohin die Fahrt im VVS führt. Der weitergehende Vorschlag nach einer kostenlosen Beförderung von Schülergruppen wurde vom Gemeinderat nicht beschlossen.
69	2777	Kostenloser ÖPNV (Busse und Bahnen)	Ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr hört sich erstmal sehr kostspielig an, hat jedoch einige Vorteile und finanziert sich zumindest zum Teil selbst:-Im Bus könnte man wieder problemlos auch hinten einsteigen, die Busfahrer müssten		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			keine Fahrkarten kontrollieren.-Durch die gesparten Fahrpreise erhöht sich die Kaufkraft was vor allem den Einzelhandel und die Gastronomie in Stuttgart sehr freuen dürfte.-Ein kostenloser ÖPNV ist ein enormer Standortvorteil und wird einen guten Einfluss auf die Wirtschaft und insbesondere den Tourismus haben.-Die Polizei wäre entlastet und könnte sich auf wichtigeres Konzentrieren da die monatlichen Großkontrollen entfielen, ebenso die zahlreichen zeitintensiven Personalienfeststellungen bei Schwarzfahrern ohne Ausweispapiere.-Ein kostenloser ÖPNV erhöht den Anreiz auf selbigen umzusteigen und das Auto stehen zu lassen was die Verkehrs- und Feinstaubproblematik in Stuttgart ganz ohne Citymaut, Parkraumbewirtschaftung etc. sehr positiv beeinflussen wird. Die möglichen Strafzahlungen Stuttgarts aufgrund des erhöhten Feinstaubes blieben ebenfalls aus.-Die städtische Verwaltung wäre ebenfalls entlastet da die Verwaltungstätigkeiten für den günstigeren ÖPNV für Bonus- und Familiencardhaber entfielen und auch den Empfängern von Sozialleistungen die Anfahrtskosten zu Terminen (bei Behörden oder Vorstellungsgesprächen) nicht mehr erstattet werden müssten.-Die Kosten für Kontrollen, Fahrkartenautomaten und deren recht teure Instandhaltung und die Verwaltung der Kunden (Abosystem, Verkaufsstellen, Marketing) sowie Schwarzfahrer (Beschwerdestelle, Rechtsabteilung) fallen komplett weg.			Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden.Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
70	3793	Durchgängiger S-Bahn und oder Nachtbus-Betrieb in Stuttgart (Nachtverkehr)	Wir fordern einen durchgängigen S- Bahn und oder Nachtbus- Betrieb in Stuttgart auch an Werktagen!Das Angebot der regionalen Nachtbusse ist, wie das der Nachtbusse der SSB, seit ihrer Einführung angesichts der gewachsenen Nachfrage ständig ausgebaut worden. Der		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			nächste logische Schritt ist nun die Ausweitung des Nachtbus-/ Nach-S-Bahn -Angebots auf Werktage. Die Nachtbusse wurden als S-Bahn-Ersatzverkehr konzipiert. Im Zuge der steigenden Nachfrage soll nun geprüft werden, ob ein 24-Stunden- Bahn- oder Bus-Betrieb auch werktags möglich ist! Der Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart gab eine Studie in Auftrag. Darin wurde die Metropolregion Stuttgart mit den Metropolregionen Frankfurt, Berlin, Rhein-Ruhr, Hamburg und München verglichen und Optimierungsmöglichkeiten im S-Bahn-Betrieb unter Beachtung der veränderten Lebensgewohnheiten aufgezeigt. Es wurden Defizite bei der S-Bahn Stuttgart festgestellt und unter anderem folgende betriebliche Maßnahme empfohlen: - Einführung einer nächtlichen S-Bahn-Bedienung an Werktagen (unter laufender Beobachtung der Nachfrageentwicklung ist ein Zweistundentakt anzustreben; diese Maßnahme kann mit einem Angebot zur Frühanbindung des Flughafens verschmolzen werden, um eine insgesamt hinreichende Nachfrage zu generieren)			
71	5604	Theater (Kleinbühnen) erhalten	Die Erhaltung kleiner Theaterbühnen z.B. Theater der Altstadt, Rosenau, Friedrichsbau wäre für die Stadt Stuttgart eine Bereicherung. Wenn die Kultur in Stuttgart stirbt wäre es ein Armutszeugnis für so eine Stadt die Gelder für das Großprojekt S21.	451 (B90/Grüne), 572 (CDU), 569 (CDU), 615 (SPD), 697 (FDP)	GR stimmt zu	Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung werden zum Ausgleich der strukturellen Unterfinanzierung sowie für neue Projekte jeweils 1,4 Mio. EUR jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt. Daraus erhalten künftig beispielsweise das Theater der Altstadt 40.000 EUR und die Rosenau 125.000 EUR pro Jahr zusätzlich. Für das Varieté Friedrichsbau wurde einmalig ein Investitionszuschuss in 2014 von bis zu 450.000 EUR bewilligt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Außerdem übernimmt die Stadt eine Bürgerschaft in Höhe von 1 Mio. EUR und stellt ein städtisches Grundstück für die Dauer von zunächst 5 Jahren unentgeltlich zur Verfügung. Die Kosten der Erschließung trägt ebenfalls die Stadt.
72	5979	Open Air Kino wieder auf dem Schillerplatz vor dem Alten Schloss	Das Ambiente des Open Air Kinos auf dem Schillerplatz, mit der Fassade des Alten Schlosses als Hintergrund, war einmalig schön. Das Open Air Kino ist in Cannstatt am Mercedes Museum ziemlich deplaziert, und ohne Atmosphäre. Außerdem ist es zu weit abgelegen.		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
73	5527	Erweiterung des Kurzstreckentarifs beim VVS Verkehrsverbund	Das Preis/Leistungsverhältnis ist beim Kurzstreckenticket mit 1,20 Euro für 3 Haltestellen ohne Umsteigen sehr unattraktiv. Hinzu kommt, dass auf manchen Linien zusätzliche Halte eingefügt wurden, was die mögliche Fahrstrecke verkürzt und die Fahrzeit verlängert hat. So befinden sich z.B. beim Katharinenhospital zwei Haltestellen in weniger als 100 m Abstand – was zu unnötigen und sehr ärgerlichen Fahrzeitverlängerungen führt. Um einen attraktiven Nahverkehr zu bieten, der auch Autofahrer zum Umsteigen bewegen kann, soll der Preis nicht mehr als 1 Euro betragen und bei Bus/Straßenbahn 5 Haltestellen einschl. Umsteigen ermöglichen. Wegen der zu erwartenden größeren Nachfrage kann das Angebot auch kostenneutral sein. Alternativ könnte die bisherige Kurzstrecke auch zum Nulltarif angeboten werden, für den - ähnlich wie bei Parkuhren die „Brötchentaste“ - ein Ticket anzufordern wäre. Außerdem soll das Angebot von Haltepunkten auf Sinnhaftigkeit überprüft werden und einem schnellen Transport der		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Vorzug gegeben werden. Ich unterstütze ausdrücklich auch den weitergehenden Vorschlag Nr. 2777 Kostenloser ÖPNV (Busse und Bahnen), sehe in meinem Vorschlag aber eine schnell umsetzbare Zwischenstufe.			
74	5707	Festival der Kulturen auf dem Marktplatz ohne Abbau für Wochenmarkt	Das Sommerfestival der Kulturen ist ein anerkanntes und wichtiges Ereignis, das seit vielen Jahren auf dem Stuttgarter Marktplatz stattfindet. Leider ist es den Stadtoberen seither nicht wichtig genug um den Wochenmarkt am Donnerstag und Samstag zu verlegen. Beim Weihnachtsmarkt und Weindorf wird der Wochenmarkt ja sogar wochenlang verlegt. So müssen die Festivalbetreiber und Vereine zweimal abends alle Stände und Tische etc. den ganzen Marktplatz räumen und morgens wieder aufbauen. Eine Zumutung, die viel Kraft raubt. Es wäre also wünschenswert, dass die Migrantenvereine in Deutschlands vorbildlichster Multikulturstadt das Kultur-Festival ohne diesen Kraftakt feiern können.		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
75	3076	VVS - Einführung von Zonen-Tickets	Im VVS sind die Fahrpreise eindeutig zu hoch und absolut kundenunfreundlich. Beim Lösen eines 2 Zonen-Tickets darf die Fahrt nur in eine Richtung erfolgen und für die Rückfahrt muß erneut ein Ticket gelöst werden. Wie in Kopenhagen könnte ein 2 Zonen-Ticket für 1 1/2 Stunden gültig sein, in denen man kreuz und quer herumfahren kann, solange man sich innerhalb dieser Zonengrenze aufhält.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
76	3362	Leseohren e.V. fördern	<p>Der Verein Leseohren e.V. ist wie kein anderer in Stuttgart um die Bildungsgerechtigkeit unter den Stuttgarter Kindern bemüht und will mit seinem Vorleseangebot vor allem Kinder aus leseungewohntem Umfeld erreichen.</p> <p>Die etwa 440 ehrenamtlichen Vorlesepaten des Vereins führen die Kinder spielerisch an das Buch heran und bieten damit eine Alternative zu elektronischen Medien. Im persönlichen Kontakt begeistern die Vorleser ihre kleinen Zuhörer fürs Lesen indem sie sie mit ihren Geschichten in die zauberhafte Welt der Fantasie entführen.</p> <p>Mit seiner Arbeit fördert der Verein somit umfassend die Sprach- und Lesekompetenz von Kindern im Kindergarten- bis Grundschulalter und stellt eine große Bereicherung für Vorlesepaten und Kinder dar.</p> <p>Da sich in den nächsten Jahren allerdings große Finanzierungslücken abzeichnen, ist dringend die Unterstützung der Stadt Stuttgart nötig, um die gewinnbringende Arbeit der Vorlesepaten weiterzuführen zu können.</p> <p>Leseohren e.V. ist einer der größten gemeinnützigen Vereine in Stuttgart und leider trotz seines Aushängeschildcharakters für unser „Kinderfreundliches Stuttgart“ bislang weitestgehend ungefordert von der Stadt.</p> <p>Dabei benötigt der Verein dringend Geld um die wenigen Mitarbeiter (auch eine FSJ-Stelle) zu finanzieren, die sich um die Betreuung, Vermittlung und Fortbildung der Vorlesepaten sowie um die Verwaltung des Vereins kümmern. Dem Verein liegt vor allem die hohe Qualität des Vorleseangebots und die gute Ausbildung der ehrenamtlichen Vorlesepaten am Herzen.</p> <p>Hier führt eine relativ geringe (aber trotzdem unbedingt notwendige) Förderung des Vereins zu einer unglaublichen Bereicherung für unzählige Stuttgarter Kinder, da die engagierten</p>	451 (B90/Grüne), 569 (CDU), 630 (SPD), 615 (Spd), 699 (FDP), 820 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat in den HH-Planberatungen eine jährliche Förderung des Vereins "Leseohren e.V." in Höhe von 40.000 EUR beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Vorlesepaten alle ehrenamtlich aktiv sind. Eine Finanzierung durch die Stadt Stuttgart würde das nötige Maß an Anerkennung für die Vorlesepaten bedeuten.			
77	3355	Unsere Alleen pflegen und vervollständigen	Die Bäume unserer Alleen werden mangelhaft gepflegt und nicht erneuert. Sie sind in einem bedauernswerten Zustand. So stehen z.B. in der Martin Luther Straße auf 200 Baumstandorten gerade noch 96 Bäume. Dieses Jahr wurden wieder 9 Bäume gefällt. Wir fordern ein Sonderprogramm -Pflege und Vervollständigung unserer Alleen in Bad Cannstatt-.	512 (CDU), 582 (CDU), 607 (SPD)	GR stimmt zu	Für das Nachpflanzen von 300 Bäumen wurden 300.000 € in den Doppelhaushalt eingestellt.
78	3478	Preiswerte Mietwohnungen fördern - Wohnen ist Menschenrecht	Der Mieterverein fordert den Bau von jährlich 1000 preiswerten Wohnungen in Stuttgart, um dem großen Wohnungsmangel für Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen abzuhelpfen. Dabei sollen 600 durch die Stadt geförderte Mietwohnungen (wie unter OB Rommel) und 400 über das SIM-Konzept durch private Investoren errichtet werden. Begründung: Auf dem freien Wohnungsmarkt wird fast nur noch extrem teurer Wohnraum angeboten. Investoren bauen nur noch Wohnungen für Reiche. Arbeiter und Angestellte können die "Marktmieten" nicht mehr bezahlen und werden aus der Stadt verdrängt. Eine Stadtgesellschaft lebt aber von der Durchmischung mit Menschen aus allen sozialen Schichten. Der eklatante Wohnungsmangel bringt auch für die Bestandsmieter immer teurere Mieten. Laut einer Studie zahlen Stuttgarter Haushalte bereits 42% ihres Nettoeinkommens für die Wohnkosten und liegen damit an der Spitze Deutschlands. Die bislang für die Wohnbauförderung eingesetzten Finanzmittel der Stadt sind lächerlich gering. Mit ihnen konnten in den letzten Jahren nur etwa 45 neue Mietwohnungen gebaut werden, während jedes	582 (CDU), 599 (SPD), 810 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Das Wohnungsbaukonzept der Landeshauptstadt Stuttgart für die Jahre 2014 bis 2017 enthält Investitionen in den Wohnungsbau in Höhe von insgesamt 19,5 Millionen Euro. Davon entfallen u. a. 8,5 Millionen Euro auf die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus (insgesamt 500 Wohneinheiten bis 2017) und das Familienbauprogramm (insgesamt 200 Wohneinheiten bis 2017).

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Jahr gleichzeitig etwa 500 preiswerte Wohnungen aus der Sozialbindung entfielen. Bezahlbarer Wohnungsbau ist auch eine Investition zur Stärkung der Wirtschaftskraft von Stuttgart: Ohne ein Wohnungsangebot werden weder Unternehmen noch öffentlicher Dienst die dringend benötigten Fachkräfte für Stuttgart gewinnen.			
79	2656	Nesenbach soll wieder frei durch Stuttgart fließen	<p>Der Nesenbach sollte wieder frei durch Stuttgart fließen. Mitten durch belebte Stadtviertel, wie in der Karlsstraße, vorbei an Cafes und am Landtag, naturnah durch den Schlossgarten. Mit kleinen Brücken und Bänken.</p> <p>Das wäre ein erheblicher Attraktivitätsgewinn für Stuttgart - auch aus touristischer Sicht.</p> <p>Wer den Eisbach im englischen Garten in München oder die Bächle in Freiburg kennt, der weiß welch besonderes Flair - vor allem im Sommer - Wasser in einer Stadt schaffen kann.</p> <p>Der Architekt Roland Ostertag hat hierzu vielversprechende Vorschläge mit Illustrationen gemacht, die in folgendem Zeitungsartikel zu sehen sind: http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgart-nesenbach-soll-wieder-frei-fliessen.ba42d429-b55a-4068-92bf-8e0d52e4f2e2.html</p>	904 (REP)	GR lehnt ab	Antrag wurde mehrheitlich angelehnt. Die Maßnahme ist derzeit nicht finanzierbar.
80	6107	Schandfleck Ruine Gutshof an der Ecke Hack-/Stöckachstraße	Schandfleck Ruine Gutshof an der Ecke Hack-/Stöckachstraße Die Stadt möge dringend das Objekt erwerben und eine der Jugendselfstorganisationen (z. B. JuWelt oder DJR) bei Sanierung des Hauses finanziell unterstützen. Hier soll eine Jugendeinrichtung entstehen. Das braucht der Stadtteil Stöckach dringend.		Vom GR nicht beantragt	Aufgrund der erfolglosen Erwerbsverhandlungen mit den Eigentümern im Jahr 2005, die heute immer noch Eigentümer sind, stellt sich die Möglichkeit des Objekterwerbs derzeit nicht. Ein entsprechender Fraktionsantrag wurde zu den Haushaltsplanberatungen daher nicht gestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
81	5260	Erhöhung der den Schulen zur Verfügung stehenden Schulbudgets	Die Schulbudgets haben in der Vergangenheit mit der Entwicklung der Preise nicht Schritt gehalten, sondern waren im Gegenteil noch zusätzlich Sparverpflichtungen unterworfen. Die Entwicklung im Bereich Lernmittel z.B. durch Bildungsplanreformen, Fächerverbänden und einmalig nutzbaren Arbeitsheften hat zur Folge, dass die gesetzlich garantierte Lernmittelfreiheit von den Schulen nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann ohne dass an anderer Stelle empfindlich eingespart werden muss. Darüber hinaus trifft man häufig überaltertes Schulmobiliar und abgenutztes Schulmaterial sowie nicht zeitgemäße technische Ausstattung. Wir fordern, dass zunächst die derzeitigen Etats deutlich erhöht werden, um Mobiliar, Inventar und Lern- und Lehrmittel auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Weiterhin fordern wir, dass der Schuletat zukünftig in Höhe der jeweiligen amtlich festgestellten Inflationsrate automatisch erhöht wird. Bei der EDV-Ausstattung muss Ziel sein, mindestens den Landesdurchschnitt zu erreichen.	442 (B90/Grüne), 839 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Für die IT-Ausstattung wurden 168.000 EUR bereitgestellt, um das angestrebte PC-Schüler-Verhältnis von 1:10 zu erreichen. Die zukünftige Anpassung in Höhe der amtlich festgelegten Inflationsrate wurde abgelehnt. Die Lernmittelbudgets der Schulen wurden nicht aufgestockt. Ein Grund hierfür ist, dass die in den letzten Jahren bereitgestellten Mittel nicht vollständig verbraucht wurden und als auskömmlich anzusehen sind. Über den Mittelverbrauch bestimmen die Schulen selbst.
82	5063	Zahlungen an die DB für Stuttgart 21 einstellen bis die Planungen abgeschlossen sind	Zahlungen an die Bahn zwecks des Weiterbaus von S21 sind sofort einzustellen. Erst dann, wenn das Projekt fertiggeplant, vollständig planfestgestellt, alle Umweltauflagen umgesetzt und nicht noch weitere Milliarden zum Fenster hinaus geschmissen werden müssen, darf wieder gezahlt werden.		Vom GR nicht beantragt	Die Landeshauptstadt Stuttgart leistet auf Grund vertraglicher Verpflichtungen ihre Finanzierungsbeiträge zum Projekt Stuttgart 21. Diese vertraglichen Verpflichtungen stehen einer Zahlungseinstellung entgegen.
83	4448	Ganzheitliches Radwegekonzept in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtbezirken	Ganzheitliches Radwegekonzept: Der vorhandene Flickenteppich an Radwegen, kurzen (zum Teil 2-3m langen, angedeuteten) Radwegen und gemeinschaftlich mit Fußgängern genutzten Bereichen gehört einer gründlichen Prüfung und Neuordnung unterzogen. Hier könnte ich mir auch	600 (SPD)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			ein Projekt im Rahmen einer Bürgerbeteiligung vorstellen. So kann jeder seine Erfahrungen, und damit auch seinen Pro's und Contra's in eine Neugestaltung des Stuttgarter Radwegenetzes einfließen lassen. Dies wird natürlich ersteinmal mehr kosten, zahlt sich aber über lange Sicht aus da:- Die Bürger das Rad mehr nutzen würden, Entlastung der Umwelt und des Verkehrs- Aktuelle Gefahrensituationen (sowohl zwischen Auto-Fahrrad als auch Fahrrad-Fußgänger) können entschärft werden.- Der öffentliche Nahverkehr wird zu Stoßzeiten für Pendler von außerhalb interessanter da die Bahnen nicht mehr so überfüllt sind.- Ich denke die Vorteile lassen sich noch beliebig erweitern, bei Bedarf bitte kommentieren.			beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.
84	5286	Durchgehendes Radwegenetz	Ein durchgehendes Radwegenetz könnte Radfahren in der Stadt attraktiver und sicherer machen. Durch eine begleitende Kampagne könnte ein rücksichtsvollerer und freundlicherer Umgang zwischen Fußgängern, Rad- und Autofahrern gefördert werden.	600 (SPD)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.
85	3728	Aula für das Johannes-Kepler-Gymnasium (JKG) in Bad-Cannstatt	Die pädagogischen Anforderungen, die heute an eine Schule gestellt werden, haben sich deutlich verändert. Wie können wir den veränderten Lernanforderungen gerecht werden und angemessene Arbeitsbedingungen für Lehrer und Schüler schaffen? Wie muss unser JKG künftig räumlich organisiert und ausgestattet werden? Dieser Aufgabe widmet sich die Schulentwicklungsgruppe, in der Eltern, Schüler und Lehrer vertreten sind. Eine Schule braucht einen gemeinsamen Ort für die Schulgemeinde. Eine Aula bietet diesen Ort, an dem sich die		Vom GR nicht beantragt	Dem Schulverwaltungsamt liegt ein Antrag des Johannes-Kepler-Gymnasiums vor, den Dachboden des Schulgebäudes dieser Schule für Schulzwecke auszubauen. Zwischenzeitlich ist das Hochbauamt beauftragt, diesen Antrag unter verschiedenen Gesichtspunkten zu prüfen. Insbesondere sind Statik, baurechtliche, brandschutzrechtliche und

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Schulgemeinde zum gemeinsamen Gedankenaustausch, zu Vorträgen, zu kulturellen Veranstaltungen treffen kann. Unserem 100-jährigen Schulgebäude fehlt ein solcher Raum. Doch im Dachstuhl findet sich ein bisher ungenutzter Raum, der so umgebaut werden könnte, dass ein großer Raum entstünde, der nicht nur als Aula, sondern durch geschickte Aufteilung auch vielfältig zur täglichen schulischen Arbeit genutzt werden könnte. Wir benötigen von der Stadt Stuttgart Unterstützung um unseren Umbau planen und durchführen zu können. Durch den Ausbau des Dachs wird auch kein zusätzlicher Bauplatz benötigt. Wir wollen unsere Schule verändern. Bitte unterstützen Sie uns!			denkmalschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen. Sobald ein Ergebnis vorliegt, kann über dieses Thema erneut berichtet werden.
86	3020	Vermüllung im Umfeld von Fast-Food- und To-Go-Gastronomie	Anlass: Bei einem nächtlichen Stadtbummel mit Kongressteilnehmern fiel diesen in der Marienstraße die dortige starke Vermüllung auf. Einer der Gäste fasste dies wenig galant aber treffend so zusammen: "Von wegen sauberste Großstadt - Dreckscaff". Lage: Insbesondere im Umfeld von Fast-Food und To-Go-Anbietern mangelt es häufig an Mülleimern, oder falls solche vorhanden sind, haben diese ein zu geringes Fassungsvermögen. Wie u.a. in der Marienstraße oder am Schlossplatz an den überquellenden Müllkübeln oder der Müllablage um Bäume herum ersichtlich, wären viele Besucher bereit, ihren Abfall adäquat zu entsorgen, wenn sie wüssten wo sie dies könnten, und wenn die Müllkübel nicht bereits überfüllt wären. Vorschläge: (1) Die Anbieter von Fast-Food oder To-Go-Speisen werden verpflichtet, auf eigene Kosten ausreichend dimensionierte Abfallbehälter gut sichtbar und gut erreichbar bereit zustellen und die Abfälle ggf. zwischenzulagern. (2) Die Stadt sollte vorhandene aber zu klein dimensionierte Müllbehälter gegen volumenreichere		GR stimmt teilweise zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit vorgelegt. Für die Umsetzung der den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart betreffenden Maßnahmen hat der Gemeinderat zusätzliche Mittel beschlossen, die im städtischen Haushalt ab 2014 bzw. ab 2015 zur Verfügung gestellt und dem Eigenbetrieb AWS künftig als erhöhte Leistungsentgelte zufließen werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			austauschen. Die Außenflächen der Behälter könnten für Eigenwerbung der Stadt oder für sonstige Werbezwecke genutzt werden. (Vgl. dazu z.B.: die sehr gelungene Hamburger Lösung oder die Situation in Saarbrücken)			
87	3026	"Casino Boom" - Glücksspiel stärker besteuern	Seit Jahren schießen immer mehr Glücksspielhallen ("Casinos") wie Pilze aus dem Boden, oftmals sogar in den Zentren der Stadtteile, sehr zum Ärger der Anwohner. Auf die vielen Probleme, die die "Casinos" mit sich bringen, wie z.B. durch Spielsucht zerstörte Familien, Kriminalität etc. möchte ich in diesem Rahmen nicht eingehen. Mein Vorschlag ist, dass die Stadt den Unterhalt von Glücksspielhallen und -Automaten etc. so sehr verteuert, dass sie zumindest aus den Zentren der Stadtteile verschwinden. Damit würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Der unerwünschte und gefährliche Glücksspiel-Boom würde eingedämmt und dabei sogar noch die Stadtkasse gefüllt.		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
88	3386	Nutzung des Marienplatzes für Flohmärkte	Ich würde mich über einen "echten Flohmarkt" einmal oder auch mehrmals im Jahr auf dem Marienplatz freuen! Der Platz ist immer noch die meiste Zeit im Jahr leer und die zwei großen Flohmärkte in der Innenstadt sind derart stark frequentiert, dass längst nicht jeder Bürger der möchte, einen Platz ergattern kann! Zusätzlich finde ich es schade, dass nicht darauf geachtet wird, wer bei einem Flohmarkt mitmacht, bzw. was er veräußert! Diverse Stände mit billigen Asia-Importen oder neuen Sonnenbrillen stören das Gesamtbild und nehmen uns die Plätze weg!		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
89	2697	Wiedereröffnung Café im Treffpunkt Rotebühlplatz	Übergabe an sozialen Betreiber (z.B. Caritas, Diakonie) zur Wiedereröffnung gekoppelt mit nicht zu hohen Pachtkosten in Verbindung mit fairen		vorher bereits umgesetzt	Der Zuschlag ging mietfrei an den sozialen Betreiber (Rudolf-Sophien-Stift). Die Eröffnung mit dem Namen "Rudolfs" war am

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			günstigen Preisen.			04.11.2013.
90	2936	Grünflächen frei von Hundescheiße halten!	<p>Entschuldigen Sie die Wortwahl, aber ich habe sie passend zum Zustand des Schlossparks und mag auch nicht schönreden, denn es ist so wie es sich anhört: Ekelhaft! Letzten Sommer war ich mehrmals täglich in meiner Freizeit im Schlosspark zwischen Hauptbahnhof und Schloss.</p> <p>Es war nicht möglich sich unbeschwert auf der Wiese zu bewegen, weil einfach alles voller Hundescheiße war! Es gab zwei bis drei größere Gruppen (10-20 Leute), die sich völlig verantwortungslos benahmen und ihre Hunde unbeschwert auf die Wiese kacken und pissen ließen! Diese Gruppen waren immer die gleichen und den ganzen Sommer über regelmäßig dort! Ich wünsche mir - von Herzen - dass hier hart durchgegriffen wird und im nächsten Sommer wieder unbeschwert auf den Wiese geschlendert werden kann. Keine Wischiwaschi-Verwarnungen, sondern Platzverweise und Ordnungsgelder! Es kann nicht sein, dass sich tausende von Parkbesuchern, von dreißig solchen unverantwortlichen Menschen auf der Nase herumtrampeln lassen müssen.</p>		Vom GR nicht beantragt	<p>Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen. Die Schlossanlagen sind im Besitz und der Unterhaltung des Landes Baden-Württemberg. Der städtische Vollzugsdienst überwacht im Rahmen seiner Streifentätigkeit das Beseitigen von Hundekot auch in den Schlossanlagen.</p>
91	4210	ZOB (Zentraler Omnibusbahnhof) anstatt jwdOB (janz weit draußen Omnibusbahnhof)	<p>Wie die Bezeichnung schon ausdrückt, gehört der Omnibusbahnhof zentral in die Stadt - meist in Hauptbahnhofsnahe - wie es weltweit usus ist - und nicht an den Rand ins Nirgendwo. Es ist unverständlich, weshalb Stuttgart eine Ausnahme bilden muss. Wer sich damit nicht auskennt, weiß nicht, wo welcher Bus abfährt und die Touristeninformation schließt meistens viel zu früh, so dass man dort auch nicht nachfragen kann. In Bahnhofsnahe gibt es keine Hinweistafeln, wie es eigentlich zum guten Ton gehören würde. Deshalb ist es an der Zeit, dass</p>		Vom GR nicht beantragt	<p>Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen. Ende 2015 soll der Stuttgarter Airport Busterminal (SAB), der auf dem Gelände des Flughafen Stuttgart GmbH gebaut wird, eröffnet werden. Ein entsprechender Beschluss des Gemeinderats der LHS Stuttgart liegt vor.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			der Zentrale Omnibusbahnhof wieder zurück in die Innenstadt und in Bahnhofsnähe kommt, wo der beste Anschluss zum anderen öffentlichen Nahverkehr gewährleistet ist und die Touristen gleich mitten im Geschehen sind und nicht außen vor gelassen werden.			
92	3087	Wilhelmsplatz begrünen	Der Cannstatter Wilhelmsplatz ist kein Platz, sondern ein schäbige Durchgangsstation ohne Aufenthaltsqualität. Mit ein wenig Begrünung, wäre der Platz zwar noch immer nicht attraktiv, doch erträglicher für diejenigen, die den Platz zu Fuß überqueren müssen.		Vom GR nicht beantragt	Nach aktuellem Stand ist kein Potenzial für weitere Begrünungsmaßnahmen am Wilhelmsplatz in Bad Cannstatt gegeben. Der Wilhelmsplatz ist mehr ein Verkehrsknotenpunkt als ein städtischer Platz. Eine Überprüfung der gegenwärtigen Verkehrsströme in einer Microsimulation hat ergeben, dass keine Spielräume hinsichtlich einer Verringerung der Fahrbahntrassen zugunsten von z.B. Baumpflanzungen bestehen.
93	6111	Erzieherinnen und Erzieher für Kitas ausbilden	Um eine gute pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen gewährleisten und um mehr Plätze schaffen zu können, müssen mehr pädagogische Fachkräfte ausgebildet werden. Die Träger sollen bei dieser Aufgabe unterstützt werden, bsp. dadurch, dass die Auszubildenden nicht auf den Stellenschlüssel angerechnet werden.	467 (CDU)	GR stimmt teilweise zu	Um den Ausbau der Kinderbetreuung mit pädagogischen Fachkräften voranzubringen, hat die Stadt im September 2012 und 2013 jeweils 50 zusätzliche Ausbildungsplätze für praxisintegrierte Erzieher/innen geschaffen, für 2014 nochmals 80 Ausbildungsplätze. Eine Anrechnung auf den Stellenschlüssel von 12 % (2012) bzw. von 25 % ab 2013 bewegt sich in einem relativ zurückhaltenden, vertretbaren Rahmen.
94	2946	Hoppenlau-Friedhof erhalten	Der Hoppenlau-Friedhof, insbesondere die Grabmale und der jüdische Teil, muß unbedingt	571 (CDU), 602 (SPD),	GR stimmt zu	Für die Restaurierung der Grabmale wurden insg. 345.000

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			erhalten werden.	763 (FDP)		EUR bereitgestellt.
95	5608	Kostenloser oder reduzierte ÖPNV für Stuttgarter - Bürgerkarte	Stuttgarter Bürger können mit einer Bürgerkarte (vor der Stadt auf Antrag ausgegeben) den ÖPNV kostenlos oder mit reduziertem Preis nutzen. Damit wird der ÖPNV wesentlich attraktiver und mit aus den Steuern, die die Stadt erhebt, kann durch Umlage mehr Verkehr von der Straße auf den ÖPNV verlagert werden (Beispiel Hauptstadt einer der baltischen Staaten!). Schonung der Umwelt, Erreichen des Feinstaubkriteriums, reduzierte Kosten für Straßenbau und Infrastruktur, Steigerung der Attraktivität der Stuttgarter Innenstadt, Vorbildfunktion.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
96	3427	Hundekot auf den Grünflächen in Vaihingen: Hundehalter zur Kasse bitten	Die Grünflächen in und um Vaihingen sollte man besser nicht betreten. Kinder muss man hier an die Leine nehmen, damit sie nicht aus Versehen in einer "Tretbombe" landen. Ich denke hier an das Rosental sowie den Feldweg parallel zur Honigwiesenstraße. Im Sommer stinkt es hier zum Himmel, Kinder können hier aufgrund der Hundesch****dichte nicht spielen. Ich frage mich: wenn nicht hier, wo sonst? Hundehalter sollten die Hinterlassenschaften ihrer Hunde beseitigen. In Großbritannien (ein wahrhaftig hundeliebes Land), erhalten Hundehalter bei Nichtbeseitigung der Kothaufen eine saftige Geldstrafe. Mit dem Ergebnis, dass man dort keine vollgekackten Gehwege und Grünstreifen vorfindet. Ich fordere eine Geldbuße für Hundehalter bei Nichtbeseitigung der Hinterlassenschaften ihrer vierbeinigen Freunde.		wird umgesetzt	Der Städtische Vollzugsdienst überwacht weiterhin während der Streifentätigkeit die Anleinplicht von Hunden und das Beseitigen von Hundekot.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
97	4305	Gesunde Schulverpflegung nach Qualitätsstandard	Alle Eltern möchten, dass ihr Kind in der Schule ein gutes und bezahlbares Mittagessen bekommt. Dies ist für die gesunde Entwicklung der Kinder unerlässlich, insbesondere wenn Kinder von 7 bis 17 Uhr in der Schule sind. Für eine gesunde Verpflegung im „Lebensraum Schule“ gibt es einen sehr gut ausgearbeiteten Qualitätsstandard. Vorschlag: Die Stadt Stuttgart stellt sicher, dass die Verpflegung an allen Stuttgarter Schulen diesem Standard entspricht. Hier findet man den Qualitätsstandard: http://www.dge-mv.de/PDF/DGE-Qualitaetsstandard_fuer_die_Schulverpflegung_3_Auflage.pdf Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. ist finanziert aus Mitteln des Bundes - also keine Firma, die daran verdienen will! Für Baden-Württemberg gibt es einen Ansprechpartner, die Vernetzungsstelle Schulverpflegung.		wird umgesetzt	Für die Stuttgarter Ganztagschulen hat der Stuttgarter Gemeinderat entsprechende finanzielle Mittel für die Mittagessenorganisation bereit gestellt. Ein Bestandteil des Leistungsverzeichnisses ist die Vorgabe, dass die Caterer die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Schulverpflegung einhalten und die Speisepläne dem entsprechend gestaltet werden. Dies ist ein mit entscheidendes Kriterium bei der Auswahl des Caterers und der letztendlichen Zuschlagserteilung. Die Verwaltung prüft regelmäßig, ob die DGE-Qualitätsstandards für die Schulverpflegung im laufenden Betrieb eingehalten werden. Zudem wurde beschlossen, den Anteil an Biolebensmitteln und regionalen Produkten bei der Schülerverpflegung zu erhöhen.
98	5824	Stadt am Fluss	Städtebauliche (Architektur und Grünflächen) Planung des Neckargebietes, Verbindung von der Stuttgarter und Canstatter Seite, menschengerecht und nicht in erster Linie autogerecht.	432 (B90/Grüne), 532 (CDU), 746 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Zur Weiterplanung von Maßnahmen "Landschaftspark Neckar" wurden 190.000 EUR bereitgestellt.
99	2709	Polizeieinsatz bei Fußballspielen soll der Verein zahlen	Die Vereine sollen die Kosten tragen, die bei Polizeieinsätzen bei einem Fußballspiel anfallen. Das gesparte Geld soll zum Ausbau der Kindertagesstätten genutzt werden.		Stadt ist nicht zuständig	Auf mögliche Kostenersatzforderungen hat die Stadtverwaltung mangels Zuständigkeit keinen Einfluss. Zuständig ist hier das Land Baden-Württemberg.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
100	2932	Friedrichsbau-Varieté erhalten	Alles nur denkbar Mögliche tun, um den Fortbestand des Friedrichsbau-Varietes zu erhalten.		GR stimmt zu	Für das Varieté Friedrichsbau wurde einmalig ein Investitionszuschuss in 2014 von bis zu 450.000 EUR bewilligt. Außerdem übernimmt die Stadt eine Bürgschaft in Höhe von 1 Mio. EUR und stellt ein städtisches Grundstück für die Dauer von zunächst 5 Jahren unentgeltlich zur Verfügung. Die Kosten der Erschließung trägt ebenfalls die Stadt.
101	3337	ÖPNV Flatrate	Stuttgart könnte zusammen mit der VVS den ÖPNV durch eine Flatrate für jeden Stuttgarter Bürger den Nahverkehr interessanter machen. Die Verkehrsbelastung würde rapide abnehmen. Interessant wäre da ein Preis von maximal 20 Euro pro Person und Monat, Kinder und Schüler frei. So könnte man unkompliziert in die Bahn einsteigen, und es wäre keine Überlegung des Geldes mehr ob man mit Auto oder Bahn in die Stadt fährt. Für Nicht-Stuttgarter könnte es eine Tages-flat geben. Der Autoverkehr kostet Stuttgart soviel und schmälert so sehr die Lebensqualität, dass eine ÖPNV Flatrate sicher kostenneutral zu verwirklichen wäre.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
102	5940	Mehr Straßenbäume im Stuttgarter Westen	Der Stuttgarter Westen ist besonders dicht besiedelt. Zudem ist die Luft aufgrund seiner besonderen Kessellage enorm schlecht. Eine umfangreiche Begrünung der Straßen durch Bäume (Straßenbegleitgrün) bringt hier viele Vorteile – nicht nur für das Stadtbild, sondern vor allem auch für das Klima und die Luftreinheit des Stadtbezirks. So reduzieren Bäume CO2, filtern Luftschadstoffe aus der Umgebungsluft (Feinstaub) und helfen	512 (CDU), 607 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Für das Nachpflanzen von 300 Bäumen wurden 300.000 € in den Doppelhaushalt eingestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			durch die Verschattung, dass sich Straßenzüge weniger aufheizen. Überdies nimmt die unversiegelte Fläche um die Bäume herum Regenwasser auf, wodurch sie vor allem die Kanalisation bei Starkniederschlägen entlastet. Im Stuttgarter Westen gibt es noch genügend Straßen, an denen Bäume fehlen. Zum Beispiel die Silberburgstraße, Senefelderstraße, Breitscheidstraße, Reinsburgstraße etc.			
103	3420	Mehr Lebensqualität - Casinos, Glücksspielhallen begrenzen in Zuffenhausen	Die vielen Casinos und fragwürdigen Kneipen in Zuffenhausen bewirken, dass man sich insbesondere als Frau abends in diesen Straßen nicht sehr sicher fühlt. Es sollte unbedingt eine Quote geben, wie im Weilimdorfer Beispiel, dass es nur eine begrenzte Anzahl von Casinos geben darf. Das wäre auch für den Jugendschutz wichtig, und gleichzeitig eine gute Präventivmaßnahme in Bezug auf die in Zuffenhausen recht verbreitete Spielsucht.		Vom GR nicht beantragt	Die Stadt ist dabei für jeden Stadtbezirk einen gesonderter "Bebauungsplan Vergnügungsstätten u.a. Einrichtungen" zu erstellen. Diese haben das Ziel, die zulässigen Gebiete für Casinos, Wettbüros, Spielhallen und ähnlichen Einrichtungen auszuweisen und damit deren Ausbreitung zu begrenzen.
104	6361	U14 soll bis Vaihingen fahren	Wäre super, wenn die U14 auch bis Vaihingen fahren würde, da die U1 sehr oft unglaublich überfüllt ist		Vom GR nicht beantragt	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
105	3289	Feuerbacher-Tal-Straße: Parallel verlaufenden Weg für Radfahrer ausbauen (Feuerbach / Botnang)	Im Abschnitt zwischen dem Gasthaus „Im schönsten Wiesengrund“ und dem Schützenhaus Botnang den Waldweg so ausbauen, dass er ein gut befahrbarer Radweg wird. Dazu die Treppe am Botnanger Ende durch eine befahrbare Strecke ersetzen. Nutzer/in Gehrard Ruf ergänzt: Beim Ausbau ist zu beachten, dass die gesamte Strecke zwischen Botnang und Feuerbach berücksichtigt wird und nicht nur der Teil "Vom Wiesengrund" bis "Schützenhaus".		wird geprüft	Der parallel zur Feuerbacher Talstraße zwischen Schützenhaus Botnang und der Gaststätte "Im schönsten Wiesengrund" verlaufende Weg ist deshalb für Radfahrer nicht oder nur eingeschränkt nutzbar, weil im Bereich des Schützenhauses eine Treppe zu überwinden ist. Das Tiefbauamt hat eine ausgearbeitete Planung zum Umbau dieser Treppe in eine befahrbare Rampe erarbeitet. Die Realisierung der Planung wird derzeit in

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Abstimmung mit dem für das Waldgebiet zuständigen Garten-, Friedhofs- und Forstamt geprüft.
106	2903	Stuttgarter Amtsblatt online stellen	Stuttgarter Amtsblatt online stellen, kostet nicht mehr und alle Bürgerinnen haben die Möglichkeit sich zu informieren.		wird nicht umgesetzt	Bei allen Varianten entstehen Kosten für die Ersteinrichtung (mit und ohne Schnittstelle zu SAP), hinzu kommen laufende jährliche Kosten für Wartung und Pflege. Zu den Kosten für die technische Umsetzung kommen jährliche Kosten für Urheberrechte hinzu. Dennoch ist das Stuttgarter Amtsblatt durch das crossmediale Arbeiten der Abteilung Kommunikation im Internet präsent: Fast alle Inhalte des Amtsblatts sind auf www.stuttgart.de zu finden – nur eben nicht in der gewohnten gebündelten Zeitungsform, sondern Mediumgerecht für die Internetnutzung aufbereitet.
107	2799	Gehälter von Erzieherinnen in Kitas auf TVÖD S8 anheben	Der Anspruch, der an die Fachkräfte in Kindertagesstätten gerichtet wird, steigt stetig. Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind die prägendsten für die gesamte Bildungsbiografie. Um diesen Anspruch auch angemessen weiterzugeben, bedarf es einer besseren Bezahlung von Erzieherinnen.	467 (CDU), 647 (FW), 885 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Anstelle einer tarifwidrigen Höhergruppierung für KinderpflegerInnen, ErzieherInnen im Gruppendienst und von LeiterInnen kleiner Einrichtungen wurde vom GR das Modell Tarif+ beschlossen. Für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen wird eine tarifkonforme Arbeitsmarktzulage in Höhe von zunächst 100 EUR gewährt.
108	4240	Gleiche Förderung von allen Kita-Trägern	Private Träger von Kindertagesstätten sollten bei gleicher Leistung auch die gleichen Zuschüsse wie städtische Einrichtungen erhalten. Im Moment werden nur 90 % der Kosten von der Stadt		GR stimmt teilweise zu	Vorschlag wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen. Für die Verbesserung der Förderung freier Kindergartenträger wurden im

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			bezuschusst. Die restlichen 10 % können die privaten Träger nur über Elternbeiträge schließen. Die monatliche Belastung ist somit für die Eltern deutlich höher. Warum aber müssen wir als Eltern, die ihre Kinder in Einrichtungen von privaten Trägern haben, höhere Gebühren bezahlen? In der momentanen Situation haben Eltern kein Wunsch- oder Wahlrecht, sie müssen froh sein, wenn sie überhaupt einen Krippen- oder Kindergartenplatz ergattern. Die unterschiedlichen Gebühren in privaten und städtischen Kindertagesstätten fördern eine Zwei-Klassen-Gesellschaft.			Haushaltsentwurf zusätzlich 3,76 Mio. EUR bereitgestellt.
109	5468	Weniger Spielhallen in Zuffenhausen	Als Anwohner in Zuffenhausen hat man immer mehr den Eindruck, daß dieser Stadtteil verkommt, da steckt man viel Geld in den "Umbau" der Straßenbahn und versprach u.a. die Unterländerstraße werde attraktiver - stattdessen entstanden und entstehen immer mehr Spielhallen und Dönerbuden und was richtig schlimm ist : Zuffenhausen gehört neben einigen anderen Bezirken ja zu den belastbaren Bezirken, so eine Formulierung tut uns Bürgern richtig gut - warum? Sind wir hier schon abgeschrieben? Kann man nicht einen Gesetzentwurf kreieren und einbringen, die Anzahl der Spielhallen zu reduzieren!Und zwar nicht nur in Stuttgart. Schrecken höhere Steuern ab?		Vom GR nicht beantragt	Die Stadt ist dabei für jeden Stadtbezirk einen gesonderter "Bebauungsplan Vergnügungsstätten u.a. Einrichtungen" zu erstellen. Diese haben das Ziel, die zulässigen Gebiete für Casinos, Wettbüros, Spielhallen und ähnlichen Einrichtungen auszuweisen und damit deren Ausbreitung zu begrenzen.
110	6176	Flexible Start- und Endezeiten für die Freibadsaison	Die Freibadsaison soll nicht an festen Terminen beginnen und enden, sondern ja nach Wetterlage in einem flexiblen Zeitraum von einer Woche. Die maximale Dauer der Freibadsaison soll dabei im Besten Fall um eine Woche länger sein als aktuell. Im schlechtesten Fall ist die Freibadsaison um eine Woche gekürzt. Es gibt sozusagen eine "Kernöffnungszeit" und zwei flexible Wochen pro Jahr. Zur weiteren	720 (FDP)	GR lehnt ab	Der Vorschlag fand keine Mehrheit im Gemeinderat. Der Beginn der Freibadsaison in den einzelnen Bädern wird von den Bäderbetrieben Stuttgart jeweils in Abhängigkeit des Sommerferienendes und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit festgelegt. Dabei

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Erläuterung ein Beispiel mit den Daten des Freibades Vaihingen von diesem Jahr:Die "feste"Freibadsaison in Vaihingen beginnt am am 18.05 und endet am 1.9. In der Woche vom 11.5 bis 18.5 ist das Freibad nur geöffnet, wenn das Wetter entsprechend gut ist, und daher viele Besucher erwartet werden können. Ist das Wetter schlecht, so ist in diesem Zeitraum noch geschlossen, und die Saison beginnt am 18.5.Am Ende der Saison, im Zeitraum vom 1.9 bis 8.9. bleibt das Freibad nur geöffnet, wenn das Wetter gut ist, ansonsten wird das Freibad geschlossen.Die Freibadsaison wurde ja, wie bekannt, vor einiger Zeit um eine Woche reduziert, damit die Bäderbetriebe einen Teil zur Einsparung am städtischen Haushalt beitragen. Beim Freibad hängt der Umsatz fast ausschließlich vom Wetter ab. Bei schlechtem Wetter sind fast ausschließlich Badegäste mit Dauerkarte da. Es wird also nicht viel verdient. Bei gutem Wetter ist das Freibad voll, und daher der Umsatz hoch. Die flexiblen Saisonzeiten bringen bei schlechtem Wetter mehr Einsparung und bei gutem Wetter größere Mehreinnahmen.Und potentiell längere Öffnungszeiten für die Freibadgäste.</p>			ist eine Flexibilität nur bedingt (wenige Tage) und nur in einzelnen Bädern möglich.
113	5976	Mehr Konzertflächen in Stuttgart schaffen / Schutz der verbleibenden Konzertflächen	<p>In den letzten 2 Jahren sind mit der Röhre, dem alten Rocker33, dem Landespavillon und nun auch dem Zapata bereits einige Konzertflächen in Stuttgart ersatzlos verschwunden. Spielstätten für 300-1000 Zuschauer sind daher leider kaum noch vorhanden. Die Stadt sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die verbleibenden Spielstätten wie unter anderem das LKA und die Wagenhallen geschützt werden. 2. Bestehende Flächen wie das Zapata wieder genutzt werden können. 	570 (CDU), 613 (SPD), 692 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, die Wagenhallen auch künftig als Raum für die Kunst bestehen zu lassen. Für die Umsetzung eines Nutzungskonzepts und für Instandsetzungsmaßnahmen wurden 5,5 Millionen Euro eingestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			3. Verlorene Konzertflächen an anderer Stelle wieder hergestellt werden. Beispielsweise muss es einen Ersatz für den Landespavillon geben.			
118	3477	Öffentliches Grün in öffentliches Bunt verwandeln - Hilfe für unsre Honigbienen	In dem Winter 2012/2013 sind eine erschreckend hohe Zahl an Bienenvölkern eingegangen. Die Gründe sind vielfältig: Akuter Nahrungsmangel durch intensive Landwirtschaft, Einsatz von Pestiziden - auch in Schrebergärten und Vorgärten - und Vorschädigung durch die Varroa-Milbe. In der Stadt können Bienen leben, wenn wir ihre Lebensbedingungen verbessern: Das kann durch insektenfreundliche, blühende Bepflanzung an Strassenrändern, Grünflächen, Kreisverkehren, Hausgärten und Balkonen geschehen. Bienenkästen auf öffentlichen Gebäuden stehen schon in Hamburg und Berlin. Bienen sind friedliche Insekten und stürzen sich nicht - anders als Wespen - auf Speisen und Getränke. In China gibt es Regionen, in welchen die Obstblüte von Hand bestäubt wird - die Bienen sind dort ausgestorben. Zitat Albert Einstein: Nach der Biene stirbt der Mensch"... Stuttgart kann hier ganz viel zur Verbesserung unserer Honiglieferanten tun!	426 (B90/Grüne)	wird umgesetzt	Die Stadt verfolgt die Förderung von Insekten und Kleinlebewesen durch Heuwiesen mit blütenreichen Flächen, die erst ab Juni gemäht und zeitlich verzögert abgeräumt werden. Während der Trocknung fällt der Samen aus dem Heu und kann im Folgejahr wieder zu blütenreichen Wiesen heranwachsen.
119	4207	Kein finanzielle Beteiligung für die Gefährdung von Menschenleben - Kein S(chrägbahnhof) 21	Die Stadt Stuttgart soll sich nicht am Bau des Schrägbahnhofs beteiligen, der mit einem Gefälle von 15 Promille zwar einzigartig in der ganzen Welt sein würde, aber ungeahnte Folgen mit sich bringt. Die Technik ist nicht vollkommen und die Menschen machen Fehler und wie aus Köln zu lesen ist, setzen sich dort des öfteren Mal Züge in Bewegung. Das Beispiel aus Stuttgart im vergangenen Jahr sollte Mahnung genug sein und wir können von Glück sagen, dass bei der Zugentgleisung in Feuerbach nicht mehr passiert ist. Jeder der in Physik aufgepasst hat, weiß über die Gefahren im	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat mit großer Mehrheit zum Ausdruck gebracht, dass er das Projekt Stuttgart 21 verwirklicht sehen möchte. Auf dieser Grundlage hat die Stadt sich vertraglich verpflichtet, einen bestimmten Teil der Projektkosten zu tragen. Dem beantragten Rückzug aus dem Projekt Stuttgart 21 kann daher nicht entsprochen werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Gefälle Bescheid. Einen Bahnhof zu bauen ist Aufgabe der Deutsche Bahn AG und die Stadt Stuttgart soll keinen Cent dafür bezahlen, dass die Sicherheit ihrer Bürger nicht gewährleistet ist.			
126	4429	Bahnhof, Bahn­hofsunterführung und Bahn­hofs­vorplatz Untertürkheim erneuern	Bahnhof, Bahn­hofs­vorplatz und Bahn­hofs­unterführung werden täglich von zahlreichen Schülern (Lindenschulzentrum), Daimlermitarbeitern, Bürger aus den Oberen Neckarvororten und Touristen benutzt. Der Zustand dieser Örtlichkeiten ist untragbar. Die Attraktivität muss dringend verbessert werden. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG muss die Bahn­hofs­unterführung saniert werden. Die Denkmalschutzbehörde wird aufgefordert die denkmalschutzrechtlichen Belange am historischen Bahnhof zu überprüfen, ggfs. einen Rückbau zu erreichen. Das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung soll Vorschläge zur Aufwertung des Leonhard-Schmidt-Platz erarbeiten. Im Jetzigen Umfeld ist attraktiver Einzelhandel und eine Nahversorgung undenkbar.	799 (FDP), 898 SÖS)	Stadt ist nicht zuständig	Die Fußgängerunterführung Untertürkheim befindet sich im Eigentum und in der Unterhaltung der Deutschen Bahn. Am 05.09.2013 fand ein Ortstermin zum Punkt „Sanierung und Aufwertung der Bahn­hofs­unterführung“ mit der DB Station und Service AG statt. Der Leiter des Bahn­hofs­managements Stuttgart ist offen für Ideen zur Verschönerung der Wandflächen - auch Graffiti­kunst ist denkbar. Eine bauliche Umgestaltung der Unterführung ist nicht geplant, da der Zustand funktionsgerecht ist.
127	2960	Gestaltung Feuersee	Renovierung der bestehenden Anlage Feuersee. Die große Lösung ist zwar aus Gründen des Denkmalschutzes nicht möglich. Aber zumindest die Zaunanlage und Sitzbänke sind stark sanierungsbedürftig. Und das Gestrüpp könnte man auch beseitigen. Ein erhöhter Wasserdurchfluss ist aus Gründen der Reinheit wohl schon vorgeschlagen worden. Ziel wäre aus meiner Sicht, dem Westen einen schönen Bereich zum Verweilen zu geben.	528 (CDU)	GR stimmt teilweise zu	Mittel der Stadtentwicklungspauschale in Höhe von 250.000 EUR stehen für Aufwertungen des Ufers auf der Seite Rotebühlstraße bereit.
129	2706	JES! Wachstum braucht Zuwendung	Seit zehn Jahren bereichert das Junge Ensemble Stuttgart (JES) die Kulturlandschaft in einer Stadt, die Kinderfreundlichkeit als Ziel ausgerufen hat. Hier wird jungen und junggebliebenen Theaterzuschauern generationenübergreifend die Möglichkeit geboten, interessante	451 (B90/Grüne), 569 (CDU), 572 (CDU), 615 (SPD), 695 (FW)	GR stimmt zu	Das Junge Ensemble Stuttgart (JES) erhielt bislang einen städtischen Zuschuss von rd. 1,24 Mio. EUR pro Jahr. Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung erhält das JES

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Theaterproduktionen zu sehen oder selbst unter Anleitung professioneller Theaterpädagogen zu spielen. Zusätzlich holt das JES alle zwei Jahre für das Festival „Schöne Aussicht“ herausragende und innovative Produktionen aus aller Welt in die Stadt Stuttgart. Das JES platzt aber zehn Jahre nach seiner Gründung und einem seitdem nahezu unveränderten Zuschuss aus allen Nähten: Die Theaterkurse sind überfüllt und viele Vorstellungen oft schon Monate im Voraus ausverkauft. Das JES benötigt dringend einen Ausbau und muss räumlich und personell wachsen, um die größere Nachfrage weiterhin in der hohen Qualität befriedigen zu können, an der sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene seit zehn Jahren erfreuen und die mittlerweile ein Aushängeschild der Stadt Stuttgart geworden ist. Das JES muss weiter unterstützt werden, das JES muss wachsen können!			künftig jeweils 190.000 EUR jährlich zusätzlich.
131	2909	Freibadöffnungszeiten sollten auf Mitte April bis mindestens Mitte September verlängert werden	Die Freibadöffnungszeiten in Vaihingen sollten auf Mitte April bis mindestens Mitte September verlängert werden. Dies wird mehr Leute zum Besuch im Freibad bewegen. Schwimmen ist gesund und sollte, auch wenn längere Öffnungszeiten Geld kosten, mehr gefördert werden. Die Ausrede, dass dafür kein Geld vorhanden sein soll, ist nicht akzeptabel, denn an anderen Stellen wird sinnlos Geld verschwendet. Auch die angebliche Alternative Freibad Möhringen ist keine gute Idee, denn dort wird das Schwimmvergnügen durch die Leine zwischen Schwimmer- und Nichtschwimmerbereich erheblich gestört.	720 (FDP)	GR lehnt ab	Der Vorschlag fand keine Mehrheit im Gemeinderat. Der Beginn der Freibadsaison in den einzelnen Bädern wird von den Bäderbetrieben Stuttgart jeweils in Abhängigkeit des Sommerferienendes und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit festgelegt. Dabei ist eine Flexibilität nur bedingt (wenige Tage) und nur in einzelnen Bädern möglich.
132	3997	Urban Gardening auf brach liegenden Grundstücken	Stuttgart als „Stadt zwischen Wald und Reben“ wird immer grauer. Durch Umstrukturierungen und brach liegende Großprojekte entstandene Leerflächen können als (Zwischen)-Nutzung für	693 (FW)	GR stimmt zu	Es wird ein Projektmittelbudget „Stadtbegrünung“ einschließlich Urban Gardening in den Jahren 2014/2015 mit insg. p.a. 200.000

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Bürgerinnengärten genutzt werden, Beispiel: „Prinzessinnengärten“ in Berlin. Statt Plätzen, die immer mehr zumüllen und brach liegen, könnten grüne Oasen als interkultureller Treffpunkt und Naturraum entstehen. Die umliegenden Grundstücke werden dadurch ebenfalls aufgewertet, Imagegewinn für die Stadt. Die Stadt fungiert als Zwischenmieter und stellt die Flächen Vereinen bzw. Bürgerinitiativen zur Verfügung.			EUR bereitgestellt.
143	4236	Parken Radwege ahnden	Das Parken auf Fahrradwegen soll nicht länger toleriert werden.	600 (SPD), 812 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Um dem Problem entgegen zu wirken hat der Gemeinderat den Vorschlag der Verwaltung zur Einrichtung einer schnellen Sondereingreiftruppe im ruhenden Verkehr mit 2 Überwachungstrupps zugestimmt.
146	5517	Mehr Radwege in Stuttgart	Im gesamten Raum Stuttgart sollten mehr Fahrradwege geschaffen werden. Die Anzahl der Fahrradfahrer hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt. In der Automobilstadt Stuttgart, wo Autofahrer keinerlei Rücksicht auf Radfahrer nehmen, ist es daher umso wichtiger, Radfahrern ein sicheres Fahren zu ermöglichen. Aus diesen Gründen sollten mehr Radwege geschaffen werden. In vielen Fällen handelt es sich um die Einzeichnung von Radwegen, in anderen Fällen, wo es keinen Platz für Radwege gibt, könnten Ausweichrouten entsprechend ausgeschildert werden. Diese Kosten für diesen Vorschlag könnten deutlich reduziert werden, indem die Stadt Stuttgart bspw. "nur" die Planung (Freigabe) übernimmt und für das Machen also die Umsetzung die Fahrradfahrer als Ehrenamt rekrutiert. Ich wäre alle mal dazu bereit mir meinen Radweg selbst einzuzichnen. Selbst die Farbe dafür würde ich kaufen. Es fehlt also nur an	600 (SPD), 732 (FDP)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			der Legitimation.			
154	4606	Anstrengungen gegen die Taubenplage nicht vernachlässigen	In den letzten Jahren wurde gegen die Taubenplage in Stuttgart-Mitte schon einiges unternommen. So wurde im Dach der Leonhardskriche ein Taubenschlag eingerichtet, in dem die Tauben brüten können, ihre Eier jedoch ausgetauscht werden, so dass sie brüten ohne Nachwuchs zu erzeugen und so die Anzahl der Tauben langfristig zumindest reduziert wird. Es macht derzeit den Eindruck, als ob die Stadt sich auf den bereits erzielten Erfolgen ausruht und keine weiteren Maßnahmen bestreitet. Hier soll dringend mehr unternommen werden, vor allem sollte es mehr von diesen Taubenschlägen, in denen die Eier entfernt werden geben sowie Möglichkeiten für zusätzliche Vergrämungsmaßnahmen überprüft werden und diese auch durchgeführt werden – hier ist jede Taube weniger ein Erfolg!	431 (B90/Grüne), 762 (FW)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für neue Taubenobjekte in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 60.000 EUR zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden dort eingesetzt, wo sich ein geeigneter Standort für ein Taubenobjekt findet.
156	6074	Fahrradwege in der Stadt Stuttgart ausbauen	Die Fahrradwege der Stuttgart sind dringend risikoärmer auszubauen z.B. am Rothe-Bühl- Zentrum der Übergang vom RB Platz kommend ist sehr gefährlich für alle Verkehrsteilnehmer	600 (SPD)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.
163	5617	Unterstützung des „urban gardening“ im ganzen Stadtgebiet	Unbebaute Liegenschaften im Besitz der Stadt sowie verwahrloste städtische Grünflächen und heruntergekommenes Straßenbegleitgrün (wie zum Beispiel an der Schloßstraße oder der Johannesstraße) sollen für die Bürger freigegeben werden, so dass diese sie nach eigenen Ideen bepflanzen und pflegen können - und zwar ohne jegliche Auflagen und	693 (FW)	GR stimmt zu	Es wird ein Projektmittelbudget „Stadt Begrünung“ einschließlich Urban Gardening in den Jahren 2014/2015 mit insg. p.a. 200.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Vorschriften.			
170	4952	Stäffele instandhalten	Die Stäffele in Stuttgart sind wichtig für die Mobilität der Fußgänger, außerdem prägen sie das Stadtbild Stuttgarts. Sie sollten dort instandgesetzt werden, wo sie baufällig oder zugewachsen sind, und sie sollten regelmäßig auf ihren guten Zustand hin überprüft werden.	526 (CDU), 600 (SPD)	GR stimmt zu	Für die Unterhaltung und Erneuerung der Stuttgarter Stäffele wurden je 200.000 EUR in 2014 und 2015 bereitgestellt.
176	6114	In den Kindertageseinrichtungen gute pädagogische Arbeit sichern	Ein großer Teil der Kindertageseinrichtungen ist in freier Trägerschaft. Die Förderung soll so gestaltet sein, dass eine gute Bildung, Erziehung und Betreuung mit genügend pädagogischem Fachpersonal möglich ist. Das bedeutet, dass in der Förderung die steigenden Kosten in den Kitas, aber auch die Großstadtsituation bei den Gehältern berücksichtigt werden müssen.	441 (B90/Grüne), 466 (CDU), 588 (SPD), 646 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Für die Verbesserung der Förderung freier Kindergartenträger einschließlich der privaten Träger wurden im Haushaltsentwurf zusätzlich 3,76 Mio. EUR bereitgestellt.
187	4681	Stadt am Fluss - Landschaftspark Neckar-Hafengebiet Obere Neckarvororte	Im Bereich der Oberen Neckarvororte, im Hafengebiet, haben die AnwohnerInnen keine Möglichkeit an den Neckar zu gelangen und ihn als Fluss wahrzunehmen oder erleben zu können. Bei einem gemeinsam mit den Bürgern veranstalteten Neckar-Workshop wurden konkrete Vorschläge erarbeitet die überplant und umgesetzt werden sollen. In der ersten Priorität soll auf der Gemarkung Hedelfingen entlang des Neckars zwischen Otto-Hirsch- und den Hedelfinger Brücken ein Fußweg mit attraktiven Aufenthaltsbereichen hergestellt werden. Weitere von den Bürgern vorgeschlagene Maßnahmen wie ein Aussichtspunkt/Cafe an den Hafenbecken, die Durchgängigkeit der Radwegeverbindungen, sowie die Nachnutzung der Fläche des Interim - Busbahnhofes müssen konkretisiert werden.	432 (B90/Grüne), 532 (CDU), 603 SPD), 604 (SPD), 666 (FW), 746 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Zur Weiterplanung von Maßnahmen "Landschaftspark Neckar" wurden 190.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
188	4067	Verbesserung des Tierschutzes: Unterstützung der Katzenhilfe	Die Stadt soll das ehrenamtliche Engagement der Katzenhilfe Stuttgart e. V. unterstützen. Die Katzenhilfe übernimmt seit Jahren Aufgaben, für die eigentlich die Stadt zuständig wäre. Oberstes Ziel des Vereins ist es, Katzenelend in und um Stuttgart zu verhindern oder zu lindern. Der Verein fängt und kastriert freilebende Katzen, um deren ungezügelte Vermehrung einzuschränken. Er versorgt kastrierte Wildlinge an Futterstellen in ganz Stuttgart - ein Katzenleben lang! Er ist Anlaufstelle für kranke, misshandelte und heimatlose Katzen und vermittelt ausgesetzte und herrenlose Katzen an verantwortungsvolle Menschen, die ihnen ein gutes Zuhause geben. Die Katzenhilfe erledigt diese Aufgaben nur mit ehrenamtlichen Helfern, sie finanziert sich ausschließlich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Da die Flut an herrenlosen Katzen und wegen finanzieller Notlagen abgegebenen Katzen immer mehr zunimmt, gerät die Katzenhilfe zunehmend an ihre finanziellen Grenzen. Da Tierschutz eine gesellschaftliche Aufgabe ist und die Betreuung von Fundkatzen städtische Aufgabe, scheint es mir angemessen, wenn die Stadt die Katzenhilfe Stuttgart e. V. mit jährlich 30.000 Euro unterstützt.	431 (B90/Grüne), 794 (FDP)	GR stimmt zu	Die Arbeit der Katzenhilfe Stuttgart e.V. wird in den Jahren 2014 und 2015 jeweils mit 30.000 Euro unterstützt.
191	5908	Kontinuierliche und verlässliche Förderung freier kultureller Einrichtungen	Kontinuierliche und verlässliche Förderung freier kultureller Einrichtungen Kulturelle Einrichtungen, wie die Rosenau oder das Merlin, bereichern den Westen. Sie tragen zur Vielfalt und zur Lebendigkeit sowie zur Attraktivität des Stadtbezirks bei. Im Gegensatz zu den großen Häusern werden sie jedoch nicht oder nicht dauerhaft bzw. ausreichend öffentlich gefördert. Die Fördergelder sind überdies zu gering. Meist ist ein Überleben derartiger Kulturbetriebe nur durch viele ehrenamtliche Mitarbeiter möglich.	451 (B90/Grüne), 572 (CDU), 569 (CDU), 615 (SPD), 697 (FDP), 929 (REP)	GR stimmt teilweise zu	Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung werden zum Ausgleich der strukturellen Unterfinanzierung sowie für neue Projekte jeweils 1,4 Mio. EUR jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt. Daraus erhalten künftig beispielsweise das Theater der Altstadt im Westen 40.000 EUR und die Rosenau 125.000 EUR pro Jahr

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Daher muss die Kulturförderung der Stadt gerechter und auch für kleine kulturelle Einrichtungen kontinuierlich und verlässlich erfolgen.			zusätzlich.
192	3206	Mehr Grüne Pfeile in Stuttgart	Um unnötige Wartezeiten an Ampeln zu vermeiden, könnten grüne Pfeile für Rechtsabbieger angebracht werden. Mögliche Einsatzorte gibt es sicher viele in Stuttgart. Ein Beispiel: an der Kreuzung Oskar-Schlemmer-Straße/Stresemannstraße. Bevor dort eine Ampel installiert wurde, durfte man auch nach rechts abbiegen. Jetzt wartet man oft, obwohl kein Auto von links kommt. Das kostet Zeit und Sprit.	702 (FDP)	wird umgesetzt	Die Verwaltung prüft stetig die Anbringung von Grünpfeilen an den dafür geeigneten Ampelkreuzungen. Zusätzliche Mittel wurden im Doppelhaushalt 2014/2015 nicht bereitgestellt.
197	4496	Ein gesundes kostenloses Mittagessen für alle Schul- und Kindergartenkinder	In Stuttgart sind ca. 16 600 Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. 12 700 müssen von SGB II (Hartz IV) Leistungen leben 200 bekommen Leistungen nach dem SGB XII 3 700 haben Eltern mit geringem Einkommen (Quelle: Gemeinderatsdrucksache 1337/2011 Bildungs- und Teilhabepaket, Umsetzung in Stuttgart) Ihre Familien sind Arbeitslosengeld II-Bezieher oder in prekärer Beschäftigung, d.h. die Eltern verdienen nicht genug zum Lebensunterhalt. Kinder von Alleinerziehenden sind besonders armutsgefährdet. Der zuletzt erschienene Sozialdatenatlas vom 31.12.2009 nennt einen Anteil von 34,8 % bei ca. 11 000 Haushalten Alleinerziehender. Vieles, was für Kinder aus Familien mit ausreichendem Einkommen selbstverständlich ist, gesteht die Politik ihnen nicht zu. So wird Kindergeld voll als Einkommen auf den Regelbedarf angerechnet und in vielen Fällen auch das Erziehungsgeld. Besonders problematisch ist aber der Anteil an	970(SÖS/LINKE), 835 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Die Übernahme des Ein-Euro-Anteils für Mittagessen von Kindern mit Bonuscard wurde in den Haushaltsberatungen abgelehnt, weil nur ein Euro für zumutbar erachtet wurde. Die Bemessung der Hartz IV-Sätze ist darüber hinaus Angelegenheit des Bundes.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>täglichem Geld für Essen und Trinken, den die Regelsatzleistungen vorsehen.</p> <p>Einem Kind im Alter zwischen 6 und 13 Jahren stehen 3,37 Euro am Tag für die Ernährung zu, bei einem Jugendlichen von 14 bis 17 Jahren sind es 4,31 Euro. Laut dem Dortmunder "Forschungsinstitut für Kinderernährung" benötigte bereits 2009 ein 14-Jähriger für eine ausgewogene Ernährung am Tag 7,46 Euro, wenn man mittlere Supermarktpreise zugrunde legt. (Beim Discounter wurden 5,68 Euro ermittelt).</p> <p>In Stuttgart müssen diese Kinder und Jugendlichen in der Kita und Schule 1 € pro Mittagessen bezahlen. Das bedeutet, dass z.B. für ein 12-jähriges Kind 2,37 Euro für Frühstück, Abendessen, Zwischenmahlzeiten und sämtliche Getränke übrig bleiben.</p> <p>Die Stadt Stuttgart soll deshalb für diese Kinder und Jugendlichen sofort im kommenden Haushalt Mittel für ein kostenloses Mittagessen an allen Schulen und Kitas bereit stellen. In einem weiteren Schritt soll das für alle Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden, als Beitrag der Stadt für ein gesundes Aufwachsen und Teil des Bildungsauftrags.</p>			
201	3163	Mehr Gehalt für soziale Berufe	<p>Ich würde mir wünschen, wenn mehr Geld in fundamentale Arbeit als in irgendwelche unnötige Bauarbeiten oder andere Machenschaften hineingesteckt wird. Einerseits sollen ständig neue Bildungspläne aufgrund irgendwelchen Studien her aber andererseits bleibt der Job (z.B. als Erzieher/In) finanziell so unattraktiv, dass die Motivation hierfür kaum noch reicht....Schade, dass man seine Energie, Motivation und sein Interesse irgendwann nicht mehr auf eine eigene Familie übertragen kann, weil man in Stuttgart zwischen Wohnung/Auto/Kind entscheiden</p>	467 (CDU), 647 (FW), 885 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	<p>Anstelle einer tarifwidrigen Höhergruppierung für KinderpflegerInnen, ErzieherInnen im Gruppendienst und von LeiterInnen kleiner Einrichtungen wurde vom GR das Modell Tarif+ beschlossen. Für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen wird eine tarifkonforme Arbeitsmarktzulage in Höhe von zunächst 100 EUR</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			muss.....			gewährt.
211	2781	82er: Rückkehr zum 10-Minuten-Takt	Seit einigen Jahren fährt der 82er statt im 10-Minuten nur noch im völlig unzureichenden 20-Minuten Takt. Eine Rückkehr zum 10- oder zumindest 15-Minuten-Takt ist überfällig. Insbesondere im Berufsverkehr und vor Ladenschluss ist der Bus oft so voll dass man nichtmal mehr einen Stehplatz findet.	721 (FDP)	wird geprüft	Der Haushaltsantrag, der diesen Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt aufgegriffen hatte, wurde zurückgezogen (Zuständigkeit liegt bei der SSB). Ein Beschluss wurde in den Haushaltsplanberatungen nicht gefasst.
212	4498	Bezahlbaren Wohnraum (modernisiert und energetisch saniert) erhalten und neu schaffen	Laut Aussage des Leiters des städtischen Wohnungsamtes haben ca. 50 000 Haushalte in Stuttgart Anspruch auf eine Sozialwohnung (StZ. vom 09.01.2013), und das bei ständiger Abnahme des Bestands an Sozialwohnungen (von 33 000 in den 80er Jahren auf 16 500 Sozialwohnungen in 2011) 2012 wurden sogar nur 43 neue Sozialwohnungen errichtet! Etwa 3 300 Haushalte von Hilfebedürftigen stehen auf der Warteliste des Amtes für Liegenschaften und Wohnen. Es müssen mindestens jährlich 1 000 preisgünstige neue Wohnungen gefördert werden. - Die Stadt steht in der Pflicht, für ihre Bürger mit geringem Einkommen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. - Bezahlbarer Wohnraum kann aber nicht bedeuten: schlechter Standard. Auch Sozialwohnungen sollen den Ansprüchen der energetischen und modernen Wohnbauweise gerecht werden, ohne dass dadurch Mietpreissteigerungen entstehen.	582 (CDU), 810 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Das Wohnungsbaukonzept der Landeshauptstadt Stuttgart für die Jahre 2014 bis 2017 enthält Investitionen in den Wohnungsbau in Höhe von insgesamt 19,5 Millionen Euro. Davon entfallen u. a. 8,5 Millionen Euro auf die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus (insgesamt 500 Wohneinheiten bis 2017) und das Familienbauprogramm (insgesamt 200 Wohneinheiten bis 2017).
218	6138	Eine Vorhabenliste, wie sie die Stadt Heidelberg führt, wünschen wir uns für Stuttgart auch	Die Vorhabenliste dient vor allem dazu, „frühzeitig über die städtischen Vorhaben und Projekte zu informieren, bei denen das Interesse vieler Einwohnerinnen und Einwohner angenommen werden kann.“, „Frühzeitigkeit bedeutet dabei, dass eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung grundsätzlich noch möglich	808 (SÖS/LINKE)	wird teilweise umgesetzt	Mit einem Grundsatzbeschluss zur Bürgerbeteiligung am 5.12.2013 wurde auch folgendes Vorhaben beschlossen: "Die Verwaltung legt dem Gemeinderat frühzeitig eine Liste mit konkreten Maßnahmen und Projekten vor, bei denen ein

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>sein soll.“Die Vorhabenliste liegt Rathaus und in allen Bezirksrathäusern aus.Der Stuttgarter Gemeinderat kann eine solche Liste der Vorhaben auf der Grundlage der baden-württembergischen Gemeindeordnung § 20 beschließen. Gemeindeordnung BW § 20 Unterrichtung der Einwohner(1) Der Gemeinderat unterrichtet die Einwohner durch den Bürgermeister über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde und sorgt für die Förderung des allgemeinen Interesses an der Verwaltung der Gemeinde.(2) Bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berühren, sollen die Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie die Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden. Sofern dafür ein besonderes Bedürfnis besteht, soll den Einwohnern allgemein Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden. Vorschriften über eine förmliche Beteiligung oder Anhörung bleiben unberührt.Vorhabenliste Heidelberg:http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1224737/12_pdf_Buergerbeteiligung_A06_Musterentwurf_Vorhabenliste.pdfLeitlinien Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg:http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1230033/12_pdf_StadtHD_Brosch%FCre_B%FCrgerbeteiligung.pdf</p>			Interesse oder die Betroffenheit einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern unterstellt werden kann. Der Gemeinderat beschließt die Maßnahmen, die in ein Bürgerbeteiligungsverfahren münden. Für haushaltsrelevante Maßnahmen, die im Doppelhaushalt abgebildet sind, erfolgt zukünftig der Beschluss zur Bürgerbeteiligung bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen."
220	6025	Bessere Entlohnung und Sozialwohnungen für Erzieherinnen und Erzieher	Kitaplätze sind in Stuttgart eine absolute Mangelware - unter anderem, weil es zu wenige Erzieherinnen und Erzieher gibt. Einer der Gründe dafür ist ihr geringer Verdienst und die gleichzeitig sehr hohen Lebenshaltungskosten in der	467 (CDU), 647 (FW), 885 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Anstelle einer tarifwidrigen Höhergruppierung für KinderpflegerInnen, ErzieherInnen im Gruppendienst und von LeiterInnen kleiner Einrichtungen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Landeshauptstadt, vor allem die hohen Mieten. Erzieher und Erzieherinnen tragen eine enorm hohe Verantwortung und müssen wesentlich besser und dieser Verantwortung entsprechend bezahlt werden, zum Beispiel durch eine angemessene Stadtzulage. Eine weitere Möglichkeit, ihnen die Lebensumstände zu verbessern, besteht darin, ihnen günstige städtische Wohnungen zur Verfügung zu stellen.			wurde vom GR das Modell Tarif+ beschlossen. Für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen wird eine tarifkonforme Arbeitsmarktzulage in Höhe von zunächst 100 EUR gewährt. Ein Konzept für weitere Wohnheimplätze wird im Jahr 2014 erstellt, soweit dies aus dem Budget zu finanzieren ist.
225	3236	Mehr Radwege	Wir sollten die Radwege weiter ausbauen, dass es auch so zu weniger Konflikten zwischen den Radfahrern, den Fußgänger und den Autofahrern kommt. Die Zahl der Radfahrer wird in den nächsten Jahren weiter kräftig ansteigen, eine moderne Stadt wie Stuttgart sollte diesen wichtigen Anforderungen nachkommen. Eine gute Alternative finde ich auch die Lösung wie in der Eberhardstraße, nämlich dass die Radfahrer Vorfahrt haben, solche Straßen sollte es in der Innenstadt viel mehr geben.	600 (SPD), 732 (FDP)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.
232	3705	Alte Weinberge in Rohracker für den Weinanbau erhalten	Rohracker muss Weingärtnerort bleiben. Damit der Weinbau dort weiterhin möglich ist, sind eingefallene Trockenmauern wieder aufzubauen und die Wegeerschließung zu verbessern. Begründung: Die landschaftlich einmalig gelegenen Weinberge, in der Jaiserklinge / Hohe Halde in Rohracker (gut sichtbar vom Speidelweg aus) sind die ältesten beurkundeten Trockenmauer-Weinberge in diesem Weingärtnerort. Sie befinden sich zu einem großen Teil im Eigentum der Stadt. Wegen teilweise schlechter und falscher Bewirtschaftung sind diese uralten und ökologisch wertvollen Weinberge und damit ein Teil der Stuttgarter	429 (B90/Grüne), 606 (SPD)	GR stimmt zu	Für ein Förderungsprogramm zum Erhalt des Weinbaus, der Wege und Trockenmauern wurden ab 2014 jährlich 600.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Kulturlandschaft akut bedroht. Die Weinbergmauern verfallen zusehends, und werden durch Gestrüpp überwuchert. Die Bewirtschaftung durch die Weingärtner ist durch die völlig unzureichende Erschließung stark erschwert. Notwendige Voraussetzung für die Reaktivierung dieser Weinberge ist deshalb die wenigstens teilweise Rekonstruktion eingefallener Trockenmauern und der angemessene Ausbau des vorhandenen Weinbergweges.			
233	4824	Bahnhofsmission Stuttgart - Fördern, damit eine Nachtöffnung wieder möglich ist	Seit Januar 2013 ist die Bahnhofsmission Stuttgart nur noch zwischen 6:30 Uhr bis 22:00 Uhr geöffnet. Das bedeutet, dass die jahrzehntelange Nachtöffnung nicht mehr angeboten wird. Dies ist sehr bedauerlich, da die Bahnhofsmission Stuttgart für viele Menschen, nicht nur für Reisende der einzige Ort war, an dem ihnen auch nachts Hilfe angeboten wurde. Leider fehlt jetzt ein wichtiges Angebot im sozialen Netz in Stuttgart. Aus finanziellen Gründen kann derzeit nur noch die Tagöffnung angeboten werden und dies auch nur durch die tatkräftige Mithilfe zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter. Mit eigenen finanziellen Mitteln der Trägervereine kann eine durchgehende Öffnungszeit der Bahnhofsmission nicht mehr realisiert werden. Es wäre daher geboten, dass die Stadt Stuttgart den Finanzierungsanteil den derzeitigen Anforderungen und künftigen Aufgaben anpasst.	452 (B90/Grüne), 546 (CDU), 625 (SPD), 760 (FDP), 869 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Die Erhöhung der Förderung für die Bahnhofsmission Stuttgart um jährlich 29.000 EUR zur Wiederaufnahme der Nachtöffnung wurde in den Haushaltsplanberatungen beschlossen.
241	4975	Sinnvolles Mobilitätskonzept für Radfahrer erstellen	Radwege sinnvoll konzipieren, dass Mensch gefahrlos und zügig von Punkt A zu B gelangen kann. Die bestehenden, aber verwahrlosten Wege bitte richten, auch entlang von großen Straßen. Das Radfahren muss auch in Stuttgart endlich eine adäquate Alternative zum Auto werden. Wo sollen	600 (SPD)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			denn die ganzen Pedelecs fahren? Radwege kennzeichnen als solche, dass die ewige Feindschaft zwischen Fußgänger und Radfahrer ein Ende hat.			stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.
243	6174	Rücknahme der Zuschusskürzung für Bildung und Kultur	Die vor vier Jahren (im Dezember 2009) vom Gemeinderat beschlossene Kürzung der städtischen Zuschüsse für die vhs stuttgart muss zurück genommen werden. Die ab 2010 umgesetzte Kürzung des institutionellen Zuschusses um 5% (jährlich 180.000 Euro) hat die vhs als Bildungsinstitution schwer getroffen, um so mehr als sie sich zum damaligen Zeitpunkt in einer Existenz bedrohenden Finanzkrise befand. Aufgrund eines umfassenden Haushalts- und Restrukturierungskonzepts konnte sie in den letzten vier Jahren auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden und trägt heute selbst einen hohen Anteil (ca. 62%) zu ihrer Finanzierung bei. Der städtische Zuschuss bewegt sich auf demselben Niveau wie Anfang der 2000er Jahre. Um auch in Zukunft die gesamte Breite des Programms aufrecht erhalten zu können, benötigt die vhs zusätzliche Mittel der Stadt. Nur so können weiterhin Angebote zu sozialverträglichen Preisen und mit der gewohnten und von den Teilnehmenden sehr geschätzten Qualität bereitgestellt werden. Mit einer Erhöhung des städtischen Zuschusses können vor allem Bildungsangebote für Kinder & Familien, Migranten, bildungsungewohntere Zielgruppen oder den zweiten Bildungsweg (Nachholen von Schulabschlüssen) ausgebaut werden.	451 (B90/Grüne), 597 (SPD)	GR stimmt zu	Die Volkshochschule (VHS) erhielt bislang einen städtischen Zuschuss - ohne Sondermittel - in Höhe von rd. 3,57 Mio. EUR pro Jahr, der künftig um 200.000 EUR pro Jahr erhöht wird.
247	5930	Grundsätzlich Tempo 30 vor Schulen und Kindergärten	Grundsätzlich Tempo 30 vor Schulen und Kindergärten zum Schutz unsere Kinder.	502 (CDU), 600 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat beschlossen in den Jahren 2014 und 2015 für insgesamt 425.000 Euro die Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen mit Schildern und

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Geschwindigkeitsanzeigegeräten voran zu bringen.
251	4056	Filmbüro Baden-Württemberg	<p>Das Filmbüro Baden-Württemberg mit seinen Filmfestivals gehört zu Stuttgart wie Daimler und der Fernsehturm! Als Landeshauptstadt will Stuttgart nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Film- und Medienmetropole sein und als solche anerkannt werden. Um sich als Medienstandort profilieren zu können, braucht Stuttgart Leuchtturmprojekte mit besonderer Strahlkraft auf nationaler und internationaler Ebene. Diese Projekte müssen entsprechend auf- bzw. ausgebaut und gefördert werden! Das Filmbüro Baden-Württemberg gehört zu den wichtigsten Institutionen, die den Standort mit erfolgreichen Projekten bereichern. Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Indisches Filmfestival Stuttgart • Filmschau Baden-Württemberg • Wettbewerb um den Jugendfilmpreis Mit seinen ausgewählten Filmprogrammen, der Möglichkeit zum Kulturaustausch, dem Dialog mit Filmprofis und Experten, Vorträgen und Workshops, schafft das Filmbüro den Rahmen für außergewöhnliche Erlebnisse – offen für alle, zu familienfreundlichen Preisen. Gleichzeitig bieten die Festivals Filmemachern und jungen Talenten eine einzigartige Plattform zur Präsentation und Auszeichnung ihrer Werke. Neben dem einmal im Monat stattfindenden Schulkino unter dem Titel MorgenFlimmern steht das Filmbüro Jugendlichen im Rahmen des First Contact Programmes für kostenlose Beratung zu Praktika, Ausbildungsmöglichkeiten und Berufschancen im Medienbereich zur Verfügung. Das Filmbüro engagiert sich in den Bereichen Film, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Es macht sich stark für Nachwuchsförderung und Integration und schafft wichtige Arbeitsplätze für Berufseinsteiger. Seit 	740 (FDP)	GR lehnt ab	Der Haushaltsantrag, der diesen Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt aufgegriffen hatte, wurde abgelehnt. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			nahezu 20 Jahren ist der Etat des Filmbüros Baden-Württemberg trotz Wachstums seiner Festivals und Angebote nicht erhöht worden. Um seinen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung des Medienstandorts Stuttgart und der Film- und Medienindustrie zu sichern sowie einen Ausbau seiner Leistungen und wertvollen Arbeit zu ermöglichen, ist es höchste Zeit für eine fest im Haushalt verankerte Förderung!			
260	4805	Barrierefreier Stadtplan für Menschen mit Behinderung	Stuttgart hat keinen Stadtführer für Menschen mit Behinderung. Von einem solchen Stadtführer würden auch ältere Menschen und Menschen mit Kinderwägen profitieren. Es gibt keine Übersicht über barrierefreie: - Arzt- oder Physiotherapiepraxen- Zugänge zu Ämtern und Behörden- Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, wie Restaurants, Kinos, Theater, Museen und so weiter. Menschen mit Behinderung müssen bei all diesen Angeboten erst anrufen und nach barrierefreien Zugängen fragen. Und selbst nach telefonischer Auskunft können sie nicht sicher sein, ob wirklich die erforderliche Barrierefreiheit gewährleistet ist, wie zum Beispiel eine Rollstuhltoilette. Auch ist nirgends vermerkt, wo im öffentlichen Raum Blindenleitsysteme oder visuelle Informationen für gehörlose Menschen vorhanden sind. Die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ist für Menschen mit Behinderungen spätestens seit Ratifizierung der UN Behindertenrechtskonvention als Menschenrecht zu betrachten. Diese Teilhabe wird durch nicht barrierefreie Angebote eingeschränkt und durch die aufwändige Suche nach Informationen über barrierefreie oder zumindest zugängliche Angebote zusätzlich erschwert. Deshalb appellieren wir an die Stadt Stuttgart ihrer Verantwortung gegenüber Menschen mit Behinderungen gerecht zu werden und eine neue	624 (SPD), 761 (FDP), 854 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat diesen Antrag unter Hinweis auf bereits vorhandene Informationsmöglichkeiten (insbes. Internetangebote und diverse Handy-Apps) abgelehnt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Ausgabe zu erarbeiten. Der Stadtführer selbst muss barrierefrei und auch in leichter Sprache erhältlich sein. Das Zentrum für selbstbestimmtes Leben in Stuttgart ist eine Beratungsstelle von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung und unterstützt diese Forderung.			
279	3635	Renaturierung des Neckarufers in Münster	Für die Renaturierung des Neckarufers auf Gemarkung Münster sollten Planungsmittel bereitgestellt werden. Ohne Planung sind auch keine Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutzbereich auf Gemarkung Münster möglich.	670 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Zur Weiterplanung von Maßnahmen "Landschaftspark Neckar" wurden 190.000 EUR bereitgestellt.
293	2833	Fahrscheinloser, kostenloser ÖPNV (Busse und Bahnen)	Umstellung des öffentlichen Nahverkehrs in der Region Stuttgart (VVS) auf ein fahrscheinloses Konzept. Der Kostenanteil, der bislang über Tickets bestritten worden ist, soll in Hinkunft über eine einkommensabhängige Umlage finanziert werden. Der Fremdenverkehr wird über entsprechende Pauschalen ebenfalls angemessen an den Kosten beteiligt. Diese Maßnahme wird die Popularität des ÖPNV deutlich steigern, sodass im Zuge der Einführung eine Kapazitätssteigerung erforderlich sein wird. Diese Maßnahme sorgt daher nicht nur für eine Beruhigung des Straßenverkehrs in Stuttgart, sondern wird dadurch auch die Feinstaubbelastung im Kessel signifikant reduzieren. Für Finanzierungsmodelle kann auf die Berechnungen der Piratenpartei für den VVS aufgebaut werden.		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.
297	3652	Voruntersuchungen zum fahrscheinlosen ÖPNV	Ein fahrscheinloser ÖPNV liegt außerhalb der Vorstellungskraft mancher Politiker und Fachleute (vielleicht auch der Online-Moderation und mir). Deshalb wird vorgeschlagen in folgenden Stufen den fahrscheinlosen ÖPNV zu entwickeln: 1. Beschreibung der realisierten Beispiele (Hasselt, Tallin und ?)		Vom GR nicht beantragt	Zu den Themen "Tarif-/Zonenstruktur im VVS", "Reduzierung von Fahrpreisen bzw. kostenloser ÖPNV" und ähnlichen Anreizen für eine verstärkte Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart gab es eine ganze Reihe

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>2. Die Region Stuttgart beauftragt drei konkurrierende Institute, Ökoinstitut Freiburg, Wuppertalinstitut, Potsdaminstitut usw. die Vor- und Nachteile eines Verzichts auf Fahrscheine abzuschätzen.</p> <p>3. Die Gutachten sind so aufzuarbeiten, dass sie einem Bürger- oder einem Stadtrats-Entscheid unterworfen werden können.</p> <p>4. Bürger- oder Stadtrats-Entscheid.</p>			<p>von Vorschlägen im Bürgerhaushalt, die aber vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden.</p> <p>Die Tarifstrukturen werden vom VVS im Vergleich zu anderen Nahverkehrsverbänden laufend überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. optimiert.</p>
301	2767	Begrünung Gleiskörper der U-Bahn in Schlossstraße und Bebelstraße	Begrünung des separaten Gleiskörpers im Verlauf der Schlossstraße und Bebelstraße. Damit würde bewirkt, dass die durch den Gleiskörper geschaffene triste Schneise freundlicher wirkt und der in diesem Bereich nicht gerade grüne Westen an Atmosphäre gewinnt. Ein gutes Beispiel ist die U-Bahnlinie von Mühlhausen nach Remseck, wo die Strecke allerdings eh schon durchs Grüne führt.	745 (FDP)	GR lehnt ab	Die Begrünung der Gleise ist Aufgabe der SSB. Daher wurde hierzu kein Beschluss gefasst.
302	3618	Carl-Zeiss-Planetarium wieder zum TOR ZUM UNIVERSUM machen!	<p>Bereits im letzten Haushalt waren umfangreiche Mittel für die Sanierung des Planetariums im Schlossgarten eingestellt, die jedoch nicht genutzt wurden, da OB Schuster auf die Idee kam, dass man das Planetarium nach Cannstatt wegverpflanzen könne. Von dieser Idee ist man inzwischen abgerückt, so dass das Carl-Zeiss-Planetarium dort bleibt, wo es hingehört: Im Mittleren Schlossgarten! Unser Planetarium war einmal eines der Besten, die es gab, und ist inzwischen in die Jahre gekommen. Auch die unschlagbare Projektionstechnik mit dem großen optischen Projektor ZEISS Mark IX UNIVERSARIUM, für den es zur Darstellung des Sternenhimmels wohl noch nicht viel Besseres gibt, braucht inzwischen eine Begleitung durch moderne Techniken, die, vor allem jüngeren Zuschauern Filme und Darstellungen über unser Universum nahebringen kann. Hierzu muss eine</p>	569 (CDU), 695 (FW)	GR stimmt zu	<p>Einschließlich der Mittelbereitstellung für zwingende bauliche Maßnahmen wurden insgesamt 2,15 Mio. EUR im Doppelhaushalt bereitgestellt, davon 500.000 EUR im Jahr 2014 und weitere 1.650.000 EUR im Jahr 2015. Vorgesehen sind beispielsweise die komplette Aufarbeitung und Restaurierung der Bestuhlung (einschließlich Begleitmaßnahmen), die Erneuerung der Kühl- und Lüftungsanlage, die Erneuerung der Brandschutzklappen in den Bestandslüftungsleitungen des Kuppelsaals sowie eine Erneuerung der WC-Anlagen und der Beleuchtungsanlage.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Menge Geld in die Technik, aber auch die Ausstattung der großen Kuppel und des Keplersaals gesteckt werden. Dadurch kann das Carl-Zeiss-Planetarium wieder für uns Stuttgarter und alle anderen „DAS TOR ZUM UNIVERSUM“ werden, das es schon mal war.			
310	4993	Sanierung der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren	<p>Sehr geehrter Oberbürgermeister Herr Kuhn, hiermit möchte ich Sie persönlich anschreiben und sprechen. Als ehemaliges Mitglied der Berufsfeuerwehr (BF) Stuttgart und Betreuer einer Freiwilligen Feuerwehr (FF), habe ich folgende Bitte. Alle Kollegen ob BF oder FF sind für die Stadt Stuttgart Tag für Tag, und das 24 Stunden, im Einsatz. Viele Kollegen riskieren oft Kopf und Kragen, um Unheil von der Bevölkerung und der Stadt abzuhalten. Wenn ich aber sehen muss, in was für Wachen und Gerätehäuser diese untergebracht sind, kommt mir das Grauen. Wenn man sich in der Presse mit den Mädels und Junges präsentieren kann, kommt das gut bei der Bevölkerung an, doch wenn es um die Belange der Kollegen geht, will man damit nicht mehr viel zu tun haben. Wenn ich das Drama um die Feuerwache 5 mit ansehe, kommt mir die Galle hoch, was der Gemeinderat sich dabei wohl denkt? Ich könnte so weiter machen, denn auf den anderen Feuerwachen sieht es nicht viel besser aus. Wenn etwas gemacht wird, dann nur Stückwerk und nichts Ganzes. Ob das im privat Leben der Gemeinderatsmitglieder und dem Ihnen auch so ist? Die Stadt hat hier eine gewisse Pflicht den Kollegen gegenüber, die ihr Leben für eine gute Sache einsetzen. Wäre die Stadt Stuttgart ihren Pflichten nachgekommen, in dem man die Objekte rechtzeitig gewartet und saniert hätte, wären die Kosten nicht so hoch, wie sie jetzt leider sind! Lieber OB unterstützen Sie die</p>	538 (CDU), 539 (CDU), 620 (SPD), 657 (FW), 791 (FDP), 790 (FDP), 792 (FDP), 793 (FDP), 806 (FDP)	GR stimmt zu	Die Erstellung eines Konzeptes zum Sanierungsbedarf in den Gebäuden der Berufsfeuerwehr und den Aus- und Neubaustand der Häuser der Freiwilligen Feuerwehren ist für 2014 geplant. Des Weiteren ist im Laufe der nächsten Jahre eine sukzessive Nachrüstung der Feuerwehrgebäude mit Abgasabsauganlagen vorgesehen, die über Budgetmittel finanziert wird. Darüber hinaus wurden in den Haushaltsplanberatungen 2014/2015 folgende Mittel konkret beschlossen: Bereitstellung von Planungsmitteln für den Gebäudeanbau an das Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr in Hedelfingen in Höhe von 30.000 EUR / Sanierung der Feuerwache 1 in Stuttgart-Mitte in Höhe von 2 Mio. EUR / Planungsmittel für den Anbau an das bestehende Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr in Münster in Höhe von 280.000 EUR / Planungsmittel für den Neubau der Feuerwache 5 in Degerloch in Höhe von 1,13 Mio. EUR

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Kollegen und lassen Sie diese nicht im Regen stehen.			
311	3996	Städtische Kinderbetreuung ausbauen	Frauen mit Kindern haben in Stuttgart zu wenige Möglichkeiten, ihre Kinder so betreuen lassen zu können, dass eine existenzsichernde, eigenständige (Vollzeit)Berufstätigkeit möglich ist. Natürlich sind das Kosten, die für die Stadt entstehen – aber langfristig spart die Stadt sogar. Weniger Sozialleistungen (für Arbeitslosigkeit bzw. „Aufstocker“ bei Geringverdienerinnen), mehr Steuereinnahmen. Kinderbetreuung muss ganztags, wohnortnah und finanzierbar für alle möglich sein! Hier ist die Stadt in der Pflicht.	465 (CDU), 588 (SPD), 643 (FW)	GR stimmt zu	Die Schaffung von insgesamt 2.270 neuen Betreuungsplätzen, davon 1.200 für unter 3-jährige wurde beschlossen. Damit würde sich der Versorgungsgrad bei der Kleinkindbetreuung auf ca. 62% verbessern. Hierfür wurden Investitionsmittel von insgesamt 96,7 Mio. EUR für die Jahre 2014-2018 im Haushalt bereitgestellt.
314	3406	Mehr Kita Plätze für 0-3 jährige Kinder!	Es sollten viel mehr Plätze für 0-3 jährige Kinder geschaffen werden, da viele Eltern finanziell gezwungen sind nach dem Elterngeld wieder berufstätig zu sein und eine Betreuungsmöglichkeit benötigen. Zudem gibt es ab August 2013 einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem 1. Lebensjahr auf einen Platz.	465 (CDU), 588 (SPD), 643 (FW)	GR stimmt zu	Die Schaffung von insgesamt 2.270 neuen Betreuungsplätzen, davon 1.200 für unter 3-jährige, wurde beschlossen. Damit verbessert sich der Versorgungsgrad bei der Kleinkindbetreuung auf ca. 62%. Hierfür wurden Investitionsmittel von insgesamt 96,7 Mio. EUR für die Jahre 2014-2018 im Haushalt bereitgestellt.
315	5330	Hortbetreuung für Kinder weiterführender Schulen erhalten	Durch die Abschaffung der Schülerhorte und schrittweisen Einführung der Ganztagsgrundschulen fällt die Betreuung von Kindern weiterführender Schulen weg. Diese konnten bisher über die Grundschulzeit hinaus bis zum 14. Lebensjahr an dem Hort bleiben, den sie als Grundschüler besucht hatten. Das ist übersehen worden. Was machen die berufstätigen Eltern, deren Kinder ab der 5. Klasse dann womöglich um 13 Uhr vor der Haustür stehen? Hier besteht dringender Änderungsbedarf für mehr Betreuungssicherheit.	488 (CDU), 648 (FW), 876 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Umstellung auf Schülerhäuser erfolgt sukzessive als „sanfter Übergang“, dabei werden jeweils die örtlichen Gegebenheiten besonders berücksichtigt. Die zuständigen Ausschüsse des Gemeinderats werden laufend über den Umstellungsprozess unterrichtet.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
319	4068	Instandsetzung des Hoppenlau-Friedhofs	Ich wünsche mir das der Hoppenlauer Friedhof wieder Instand gesetzt wird und das man ihn nicht weiter verrotten lässt!	571 (CDU), 602 (SPD), 763 (FDP)	GR stimmt zu	Für die Restaurierung der Grabmale wurden insg. 345.000 EUR bereitgestellt.
320	4190	Protokolle der Bezirksbeiratssitzungen ins Internet	Die Bezirksvorsteher veröffentlichen die Protokolle der öffentlichen Sitzungen zeitnah im Internet. Berufstätige haben nicht immer die Möglichkeit an den Sitzungen teilzunehmen und auch nicht die Möglichkeiten bei den benutzerunfreundlichen Öffnungszeiten die Protokolle im Bezirksrathaus einzusehen. Der laufende Aufwand ist geringfügig. Es müsste einmalig die entsprechende Internetseite der Landeshauptstadt Stuttgart angepasst werden, wo die Protokolle von Gemeinderat und Verwaltungsausschuss ja schon veröffentlicht werden. Dort wäre ebenfalls eine Erweiterung auf die anderen Ausschüsse incl. Schulbeirat erforderlich. Dies wird eigentlich in §20 Gemeindeordnung gefordert: "Der Gemeinderat unterrichtet die Einwohner durch den Bürgermeister über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde..." die wichtigsten Planungen und Vorhaben sollten den Einwohnern "möglichst frühzeitig" mitgeteilt werden. Und das Wahlversprechen von mehr Bürgernähe von OB Kuhn klingt uns auch noch im Ohr.	808 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	Im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses zur Bürgerbeteiligung sollen weitere Verbesserungen zur Informationspolitik der Stadt entwickelt und umgesetzt werden. Es ist geplant, in den kommenden Jahren ein neues Ratsinformationssystem zu entwickeln. Hierfür wird die Verwaltung Anfang 2014 mit Vertretern des Gemeinderates einen Workshop durchführen. Erst danach kann ein Anforderungsprofil an das neue System erstellt und weitere Schritte veranlasst werden.
328	3147	Radweg am Kräherwald vom Feuerbacher Weg bis Doggenburg	Seit einigen Monaten fahre ich fast täglich mit dem Rad die Strecke Am Kochenhof bis Botnanger Sattel am Kräherwald entlang. Als besonders gefährlich gilt der Abschnitt Feuerbacher Weg bis zur Doggenburg. (Kurz vor der Doggenburg beginnt dann ein Radweg). Der kombinierte Rad- und Fußgängerweg ist teilweise nur 1 Meter breit und grenzt an die viel befahrene Straße „Am Kräherwald“. Dieser Radweg wird nicht selten von Berufspendlern und Schülern (zur	675 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Waldorfschule oder „Schule am sonnigen Winkel“) genutzt. Allerdings ist der Radweg so schmal, dass einem entgegenkommenden Radfahrer nur mit Mut und Geschick ausgewichen werden kann. Ein Wunder, dass noch nichts Ernsthafteres passiert ist. Mein Vorschlag zur Entschärfung der Lage ist folgender: Verbreiterung des Radweges Auf dem ganzen Weg von Feuerbacher Weg (fast) bis zur Doggenburg kann der Radweg verbreitert oder an den Waldrand versetzt werden, was durchaus möglich wäre und ein Abstand zur Fahrstraße erreicht werden würde. Der sich dadurch ergebende Flächenverbrauch kann durch den Rückbau des Parkplatzes am Feuerbacher Weg kompensiert werden. Dieser Parkplatz wird kaum genutzt und ist ein Relikt der ehemaligen Messe. Selbst beim letzten Tennisturnier am Weissenhof war der Platz nur an 3 Tagen belegt. Der Tennisclub hat sich sowieso schon einiges an öffentlicher Fläche zur Tenniszwecken angeeignet. Der Ausbau des sicheren Radweges (etwa 1 Kilometer) hätte folgende positive Effekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • geringere Unfallgefahr durch die räumliche Trennung von Straße und Radweg • noch mehr Radfahrer, vor allem Kinder, würden den (Schul-) Weg nutzen. • der Verkehr des „Elterntaxis“ geht zurück • geringere Umweltbelastung durch erhöhten Radverkehr. 			
329	3987	Aufstockung von pflegerischen Kräften an Sonderschulen für geistig und körperlich behinderte Kinder, aber auch an Regelschulen, die behinderte Kinder aufnehmen	<p>Wir halten es für dringend notwendig, dass sowohl an Sonderschulen als auch an entsprechenden Regelschulen mehr festes Personal angestellt wird (Krankenschwestern, Kinderpflegerinnen). Die anstehende Inklusion macht einen schrittweisen Ausbau in diesem Bereich dringend erforderlich.</p>	455 (B90/Grüne), 836 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Es wurden 3,65 Stellen für pflegerische Kräfte an der Schule für Körperbehinderte neu geschaffen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
330	4796	Angebot von flexiblen Betreuungszeiten für Kindergarten- und Schulkinder	Unterstützung von berufstätigen Eltern durch ein zur Arbeitswelt konformes Betreuungsangebot für Kindergarten- und Schulkinder. Das beinhaltet ein Angebot von flexiblen Betreuungszeiten von 7-19 Uhr. Nur dann haben beide Elternteile die Möglichkeit zur Ausübung einer qualifizierten Vollzeitstätigkeit, hierbei sind auch Fahrtzeiten von der Arbeitsstelle zum Betreuungsplatz zu berücksichtigen. Diese sind insbesondere in Stuttgart aufgrund der Verkehrssituation nur schwer kalkulierbar und ein zusätzlicher Stressfaktor für berufstätige Eltern.	441 (B90/Grüne), 465 (CDU), 466 (CDU), 588 (SPD), 643 (FW), 645 (FW)	wird geprüft	Der Gemeinderat hat die Sozialverwaltung beauftragt, eine Konzeption einschließlich Bedarfserhebung zur Flexibilisierung der Kindertagesbetreuungszeiten vorzulegen. Eine Entscheidung über die Ausweitung der Angebote erfolgt nach Vorlage der Konzeption.
331	4321	Mehrgenerationenhaus Hallschlag – Neubau Am Römerkastell 69	Im Hallschlag fehlen Räume für vielfältige Angebote für alle Generationen. Mit viel Engagement wurde in der Bürgerbeteiligung der Sozialen Stadt – Zukunft Hallschlag ein Raumkonzept entwickelt, das durch einen 4-geschossigen Neubau realisiert werden soll. Dort werden bestehende Angebote zusammengeführt und fehlende Angebote ergänzt. Als Ort der Begegnung und Bildung kann das Stadtteil- und Familienzentrum im Herzen des Hallschlags zur nachhaltigen Stabilisierung des Stadtteils beitragen. Raumkonzept Die Nutzungen im Neubau werden eng mit dem Nachbarschaftszentrum daneben verknüpft. Im EG finden alle Angebote für das Gemeinwesen Platz. Der offen gestaltete Eingangsbereich liegt zentral am Übergang von Hallschlagsiedlung und Römerkastell. Ein Café und eine Infotheke (incl. Büro und Personalstelle) dienen als Treffpunkt und Drehscheibe für die vielen Ehrenamtlichen im Stadtteil, für Institutionen, Vereine und für das gesamte Zentrum. Das Begegnungs- und Servicezentrum der AWO für Senioren mit Mittagstisch - bisher im Alten Waschhaus - wird barrierefrei und mit dem bestehenden Mittagstisch	629 (SPD)	wird später entschieden	Für das Mehrgenerationenhaus Hallschlag wird derzeit ein nichtoffener Planungswettbewerb durchgeführt. Als Ergebnis dieses nichtoffenen Planungswettbewerbs erwartet die Verwaltung einen entwicklungsfähigen Vorentwurf für das Gebäude einschließlich Kostenschätzung. Bauherr wird die Stuttgarter Wohnungsbaugesellschaft sein. Die derzeitige Zeitplanung geht von einem Baubeginn des Mehrgenerationenhauses Mitte 2015 aus. Städtische Investitionszuschüsse werden deshalb erst zum Doppelhaushalt 2016/2017 erforderlich sein.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>aus dem Café nachbar zusammengeführt. Die internationale Bücherecke für Kinder - bisher im Stadtteilbüro - bekommt mehr Raum und wird zur Stadtteilbibliothek mit Medienraum für alle. Im 1. OG sind Räume für eine ambulant betreute Pflegewohngemeinschaft geplant, im 2. und 3. OG 10 altengerechte Wohnungen. Für beide Wohnformen gibt es dringenden Bedarf. In den Nachbargebäuden, die unter Denkmalschutz stehen, wird das Kinderhaus zum Familienzentrum weiterentwickelt. Die Nutzungen im Neubau sind auch dafür entscheidend. Mehr Infos auf www.zukunft-hallschlag.de. Finanzierung Für den Neubau wird ein Wohnungsbauunternehmen als Investor gesucht. Um die Miethöhe zu begrenzen, ist u. a. aus Fördermitteln der Sozialen Stadt ein Zuschuss zu den Baukosten aus dem städt. Haushalt nötig. Auch für den Betrieb der Angebote werden Mittel aus dem Haushalt benötigt (Zuschüssen an die Träger).</p>			
336	5572	Rückabwicklung des Kaufs nutzloser Grundstücke auf dem Dach des zukünftigen Bahnhofs, sowie entlang der Gäubahn.	Unter der Regentschaft von OB Schuster hat die Stadt für viel Geld auch die Grundstücke der Bahn, wo in Zukunft der Tiefbahnhof liegen soll, gekauft, die als Bauland unbrauchbar sind. Im Schlichterspruch hieß es, dass die Gäubahn erhalten bleiben muss. Wenn die Stadt diese unsinnigen Grundstückskäufe rückabwickelt, würde ihr unmittelbar dringend benötigte Einnahmen zufließen.	459 (B90/Grüne)	GR lehnt ab	Die Rückabwicklung des Grundstücksgeschäftes für Teile der Gäubahn bedarf einer vertraglichen Einigung mit der Bahn. Diese liegt nicht vor.
353	2857	Stuttgart muss Vorreiter bei der Begrenzung der Mieterhöhung werden!	Die Stadtverwaltung muss die Bundesvorgabe, höchstens 15% Mietsteigerung innerhalb von 3 Jahren, offensiv durchsetzen, nicht behindern!	810 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Vorschlag hat im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
361	3063	Tempo 30 vor Schulen	Jeglicher Straßenverkehr im Umkreis von 500 Meter einer jeden Schule sollte auf höchstens 30km/h begrenzt werden.	502 (CDU), 600 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat beschlossen in den Jahren 2014 und 2015 für insgesamt 425.000 Euro die Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen mit Schildern und Geschwindigkeitsanzeigeräten voran zu bringen.
363	5907	Artenschutzprogramme für bedrohte Tierarten	<p>Auf Stuttgarter Stadtgebiet kommen stark bedrohte Tierarten vor und auch Arten, für die die Stadt aufgrund ihres hohen Anteils am Baden-Württembergischen oder sogar deutschen Bestand besondere Verantwortung trägt. Eine Erhöhung bzw. Stabilisierung der Bestände erfordert jedoch spezielle Artenschutzprogramme, die ein Monitoring beinhalten. Hier seien vor allem genannt:</p> <p>1. Gebäudebrüter und Fledermäuse: Mehlschwalben, Mauersegler und Fledermäuse finden immer weniger natürliche Brutmöglichkeiten. Künstliche Nisthilfen können hier helfen. Ein entsprechendes Artenschutzprogramm muss die Förderung dieser Nisthilfen an Privathäusern und an öffentlichen Gebäuden (Schulen, Kindergärten, Ämter) mit entsprechender Beratung beinhalten.</p> <p>2. Halsbandschnäpper und Gartenrotschwanz: Beide Arten brüten u.a. in Streuobstwiesen. Im Rahmen eines Artenschutzprogramms sind geeignete Streuobstwiesen Nachpflanzungsmöglichkeiten von Obstbäumen und entsprechende Nisthilfen zu finanzieren. Mit 60-80 Brutpaaren brüten rund anderthalb Prozent des deutschen Halsbandschnäpperbestandes in Stuttgart, die aber durch die Überalterung und das Zusammenbrechen alter Obstbäume sowie der Verlust weiterer Streuobstflächen durch Bebauung bedroht sind. Das Gleiche gilt für den Gartenrotschwanz mit über 400 Brutpaaren.</p>	425 (B90/Grüne), 607 (SPD)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat in den Haushaltsplanberatungen beschlossen, dass für die Erstellung eines Artenschutzkonzepts im Doppelhaushalt 2014/2015 pro Jahr 50.000 EUR bereitgestellt werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Hiermit werden auch weitere bedrohte Arten wie Steinkauz und Feldsperling gefördert. Beispielgebiet: Greutterwald in Feuerbach/Weilimdorf 3. Feldbrüter wie Feldlerche, Rebhuhn und Schafstelze: Ackerrandstreifenprogramme, die Schaffung von "Lerchenfenstern" müssen auf die gesamte Stuttgarter landwirtschaftliche Nutzfläche ausgedehnt werden, um die Situation dieser auch in Stuttgart zurückgehenden bzw. bedrohten Arten zu verbessern. Hierzu sind Informationsmaßnahmen bei den Landwirten und ggf. Kompensationsmaßnahmen für eventuelle Ertragsminderungen vorzusehen. Beispielgebiete: Stammheim, Zazenhausen/Mühlhausen, Fildern</p>			
365	6105	Neubau Sporthallenbad NeckarPark	<p>Situation:1. Das Stadtbad Cannstatt wird derzeit von Schulen und Vereinen für die Ausbildung, das Breitenschwimmen, den Schulsport, den Gesundheitssport, für Schwimmkurse für Kinder usw. genutzt. Schon seit Jahren ist bekannt, dass eine Sanierung für mindestens 6-8 Mio € dringend nötig ist. 2. In Stuttgart stehen überdachte 50m Bahnen für den Leistungsschwimmbereich aller Stuttgarter Vereine nur in der Traglufthalle im Inselbad (und nur im Winter) zur Verfügung. Die Traglufthalle hat die durchschnittliche Lebensdauer von 10 Jahren bereits um 7 Jahre überschritten und wird Jahr für Jahr notdürftig repariert (Kosten für neue Traglufthalle ca. 1 - 1,5 Mio €, aber energetisch bedenklich).Vorschlag:Die Traglufthalle Inselbad sowie das Stadtbad Cannstatt werden durch ein neues Sporthallenbad NeckarPark mit 50m-Becken und 25m-Becken mit Sprunganlage ersetzt. Dies dient sowohl dem Schulsport, dem Breitensport und Kinderschwimmkursen für den Stadtbezirk Cannstatt / Untertürkheim als auch dem Leistungsschwimmsport sowie dem</p>	581 (CDU)	GR stimmt teilweise zu	Für die weitere Detailplanung eines Sporthallenbades als Ersatz für das sanierungsbedürftige Hallenbad Cannstatt und die abgängige Traglufthalle wurden Planungskosten in Höhe von insgesamt 3.500.000 EUR in den Doppelhaushalt 2014/2015 aufgenommen. Ab Anfang 2014 kann die Grundstücksfrage endgültig geklärt und anschließend auf dieser Basis die weitere Planung in die Wege geleitet werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Olympiastützpunkt Wasserball.Für die Landeshauptstadt ist ein solches Sportbad schon seit Jahrzehnten überfällig, zumal es entsprechende Bäder in Ulm, Freiburg, Karlsruhe usw. schon seit Jahren gibt.Der Gemeinderat hat Planungskosten in Höhe von 1,1 Mio € bereits im derzeitigen Haushalt eingestellt. Die Mittel für den Bau sollen im Haushalt 2014/2015 ff bereitgestellt werden.			
374	5367	Mehr Radwege und mehr Abstellflächen für Räder in Stuttgart-West	Mir würde es sehr gefallen, wenn es mehr Radwege geben würde, von mir aus auch gemeinsam genutzte mit Fussgängern und Autos, wie in der Tübingerstraße. Das wäre im Westen genial.	600 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.
376	4970	Rohrer See sanieren	Seit längerem befindet sich der Rohrer See, der eigentlich eine Oase in Rohr sein sollte in einem bejammernswerten Zustand. Grund ist, dass die Zufluss-Quelle immer mal wieder versiegt und der Abfluss nicht vorhanden ist, so dass die umliegenden Wiesen versumpft sind. Die ganze Anlage sollte gründlich saniert werden, so dass das Gebiet um den Rohrer See wieder zum attraktiven Treffpunkt für alle Bürger wird.	713 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Erstellung eines Gutachtens wurden 30.000 EUR bereitgestellt.
377	4130	Erweiterungsbau der Freiwillige Feuerwehr Abteilung Münster	Dringende Erweiterung des Feuerwehrmagazins der Abteilung Münster.Es gibt keine Umkleide - bei Einsätzen müssen sich die Kameraden in der Halle neben den Fahrzeugen umziehen.Es gibt keine Duschen.Es gibt kein Büro - der Schriftverkehr ist auf mehrere Privathaushalte verteilt.Die Jugendfeuerwehr hat Ihre Utensilien in einem Verschlag untergebracht.	538 (CDU), 657 (FW), 792 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für den Anbau an das bestehende Feuerwehrhaus in Münster wurden Planungsmittel für 2014/2015 in Höhe 280.000 EUR beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
386	5827	Ökologische Bewirtschaftung der Stuttgarter Wälder (FSC-Zertifizierung)	<p>Die FSC-Zertifizierung (Forest Stuarship Council) erfordert und fördert eine stärker ökologisch orientierte Wirtschaftsweise, z.B. durch die Stärkung des Alt- und Totholzanteils und die Schaffung gänzlich unbewirtschafteter Flächen. Dadurch werden z.B. Vogel- und Käferarten gefördert, für die Stuttgart aufgrund der Bestandssituation eine besondere Verantwortung trägt. Einige Arten sind aufgrund ihrer Bestandssituation sogar europaweit geschützt. Dies betrifft z.B. Mittel-, Grau- und Schwarzspecht, Halsbandschnäpper und Juchtenkäfer. Wälder mit einer gesunden Altersstruktur tragen zudem zu einer stärkeren Bindung von Kohlendioxid bei und haben einen hohen Erholungswert.</p> <p>Für die Landeswälder hat das Land Baden-Württemberg bereits beschlossen, dass diese die ökologisch höchstwertige Zertifizierung nach FSC erwerben sollen. Damit sind Änderungen der Bewirtschaftung sowie Dokumentationen verbunden, die zusätzliche personelle Ressourcen in der Forstverwaltung erfordern. Für die Waldgebiete in Landesbesitz hat der Gemeinderat die entsprechenden Mittel bewilligt. Für die Wälder in Stadtbesitz wurde bisher aufgrund fehlender Mittel der Erwerb der FSC-Zertifizierung verschoben. Durch die Bereitstellung der notwendigen Mittel und Personalausstattung kann die FSC-Zertifizierung zügig für die städtischen Wälder angeschoben werden.</p> <p>Die erforderliche weitere Stelle in der Forstverwaltung könnte sich über die Aufgaben im Rahmen der FSC-Zertifizierung hinaus, um eine stärkere Förderung der Bildungsarbeit rund um unsere Wälder kümmern.</p>	428 (B90/Grüne)	GR stimmt zu	Es wird eine halbe Stelle beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt für die FSC-Zertifizierung sowie die Umsetzung eines Alt- und Totholzkonzeptes geschaffen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
392	4786	Mehr Finanzmittel für Bildung etc.	Es sollten mehr Mittel für Bildung etc. bereitgestellt werden, für Krankheitsvertretungen, pädagogische Assistenten, Schulsozialarbeiter und Hausmeister, die auch ein Auge auf Schulaus- und -umbauten haben sollten.	814 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Für die Schulsozialarbeit wurden insgesamt 16 Stellen beschlossen (vgl. Nr. 29). Zudem wurden 6 neue Stellen für Schulhausmeister beschlossen. Darüber hinaus wird ein Projekt "Organisationsuntersuchung Schulhausbetreuungssystem" durchgeführt, um den erforderlichen Stellenbedarf zu erheben. Die Bereitstellung von pädagogischem Personal (einschließlich Krankheitsvertretungen) ist Aufgabe des Landes.
396	5554	Übergangsregelung für Horte	Bei Einführung von Ganztageschulen sollten die bestehenden Horte nicht unmittelbar abgeschafft werden. Die Horte haben ein anderes Erziehungskonzept als die Ganztageschulen. Für die Kinder, die bisher den Hort besuchen, wäre es pädagogisch fatal, wenn sie aus dieser Umgebung herausgerissen und einfach in eine Ganztageschule gesteckt würden.	465 (CDU), 488 (CDU), 648 (FW), 876 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Umstellung auf Schülerhäuser erfolgt sukzessive als „sanfter Übergang“, dabei werden jeweils die örtlichen Gegebenheiten besonders berücksichtigt. Die zuständigen Ausschüsse des Gemeinderats werden laufend über den Umstellungsprozess unterrichtet.
397	2865	Fehlende Kindergartenplätze - Krippenplätze - Hortplätze - Ganztageschulen!	Es fehlen grundsätzlich in der gesamten Stadt bezahlbare Kitaplätze! Viele Mütter und Väter können nicht arbeiten gehen, weil sie keinen Platz bekommen - oder er bei privaten Trägern unbezahlbar ist. Dafür muss die Stadt Kindertagesstätten bauen, und den Bedarf an Ganztageschulen mit günstigem Mittagessen noch mehr ausbauen. Kinder sind doch die Zukunft einer Stadt.	484 (CDU), 593 (SPD), 588 (SPD), 651 (FW), 643 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Die Schaffung von insgesamt 2.270 neuen Betreuungsplätzen, davon 1.200 für unter 3-jährige wurde beschlossen. Damit würde sich der Versorgungsgrad bei der Kleinkindbetreuung auf ca. 62% verbessern. Hierfür wurden Investitionsmittel von insgesamt 96,7 Mio. EUR für die Jahre 2014-2018 im Haushalt bereitgestellt.
406	3064	Ganztageschulen versus Hortbetreuung - Abschaffung der Hortbetreuung an	Aktuell ist eigentlich jede Grundschule in der Diskussion eine Ganztageschule zu werden. Wir haben in Bad Cannstatt 2014 wahrscheinlich das Problem, dass beide für uns in Frage kommende	488 (CDU), 648 (FW), 876 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Umstellung auf Schülerhäuser erfolgt sukzessive als „sanfter Übergang“, dabei werden jeweils die örtlichen Gegebenheiten

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
		Grundschulen rückgängig zu machen	Grundschulen Ganztagesesschulen sein werden. Wir möchten aber unser Kind selber erziehen, mit ihm lernen, ihm die Möglichkeit geben sich nach der Schule mit Freunden zu treffen, in den Sport zu gehen, Musik zu machen, einfach Freizeit zu haben. Dies ist unserer Ansicht nach mit Ganztagesesschulen nicht gegeben, die Kinder kommen nach 16 Uhr nach Hause, die Schulaufgaben sind gemacht, ein Treffen mit Freunden zumindest für Erst- und Zweitklässler außerhalb der Schulräume bzw. mit Freunden die auf andere Schulen gehen kaum mehr möglich. Ganztagesesschulen werden gebraucht, keine Frage, aber nicht die Eltern vergessen, die es ermöglichen können, Ihre Kinder um 14 Uhr oder früher abzuholen, also "nur" eine Hortbetreuung benötigen und auch möchten! Es ist nicht richtig, was über die Kommunalpolitik bis in die Bundespolitik "verzapft" wird, dass nur noch Ganztageseinrichtungen zeitgemäß sind. Aus diesem Grund bitte beim Aufbau der Ganztagesesschulen auf ein ausgewogenes Verhältnis zu Schulen mit Hort achten und damit auch den Gemeinderatsbeschluss zur Abschaffung der Hortbetreuung an Grundschulen rückgängig zu machen!			besonders berücksichtigt. Die zuständigen Ausschüsse des Gemeinderats werden laufend über den Umstellungsprozess unterrichtet.
416	2874	Großflächige Verbreitung von Grünen Abbiegepfeilen an Ampelanlagen	Bringt endlich grüne Abbiegepfeile in Umlauf. Kurzfristig werden Wartezeiten minimiert und Langfristig die Umwelt geschont und der Feinstaub reduziert.	702 (FDP)	wird umgesetzt	Die Verwaltung prüft stetig die Anbringung von Grünpfeilen an den dafür geeigneten Ampelkreuzungen. Zusätzliche Mittel wurden im Doppelhaushalt 2014/2015 nicht bereitgestellt.
421	5474	Verkehrskonzept für Vaihingen	Ich fordere die Verantwortlichen auf, endlich ein Verkehrskonzept für den Stadtbezirk Vaihingen zu erstellen und umzusetzen. Man hat den Eindruck, dass die Entwicklung der Industriegebiete, Uni etc. ständig vorantgetrieben wurde. Allerdings	726 (FDP)	wird teilweise umgesetzt	Für den Stadtbezirk Vaihingen erarbeitet eine Arbeitsgruppe des Bezirksbeirats mit Unterstützung des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung einen neuen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>scheint hierbei die gleichzeitige Entwicklung des Verkehrskonzeptes vergessen worden zu sein. Diesen Eindruck hat man wenigstens als Laie. Es gibt zahlreiche Beiträge, die zeigen, dass in Vaihingen an allen Ecken und Enden verkehrstechnisches Chaos herrscht. (z.B. Katzenbachstraße, Kaltentaler Straße, Krehlstraße, Hauptstraße, Dachswald) Man könnte die Liste der "kleinen" Straßen, die zwischenzeitlich täglich den Verkehr einer Hauptverkehrsachse zu verkraften haben, beliebig erweitern. Hier müssen kurzfristige Lösungen her und gleichzeitig langfristige Lösungen vorbereitet werden: Möglich wären auch Lösungen über den Öffentlichen Nahverkehr, z.B. zusätzlich verbilligte Firmentickets für Firmen im Industriegebiet oder deutlich günstigere Jahreskarten / Monatskarten für Einwohner. Solange es billiger ist, mit dem (vorhanden) Auto in der Stadt unterwegs zu sein, als mit mehreren Personen Bus zu fahren, wird sich am Verkehrschaos wenig ändern.</p>			Verkehrsstrukturplan. Gleichzeitig ist ein Rahmenplan für die Ortsmitte Vaihingen in Bearbeitung.
424	5448	Brachliegende (Klein)Grünflächen für Bepflanzung durch den Bürger verpachten/Patenschaft	<p>Es gibt immer wieder den ein oder anderen Grünflächenbereich der seit Jahren völlig brach liegt und aussieht wie ein Häufchen Elend. Insbesondere den direkten Anliegern könnte man es ermöglichen, gegen eine kleine Kostenbeitrag / Pacht, diese Grünflächen zu pachten und mit entsprechender Bepflanzung zu verschönern oder in Form einer Patenschaft zu übernehmen. Zur Zeit wird man von der Stadtverwaltung abgebürstet, das so etwas nicht machbar ist und man das selber organisiert und da irgendwann sowieso was hinkommt. Nur passieren tut nicht viel. Vorteil wären (kleine) Einnahmen für die Stadt, ein schöneres Stadtbild und zufriedene Bürger!</p>	693 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Es wird ein Projektmittelbudget „Stadt Begrünung“ einschließlich Urban Gardening in den Jahren 2014/2015 mit insg. p.a. 200.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
437	4661	Menschenwürdige Wohnverhältnisse für Asylbewerber schaffen	Heute werden einem Asylbewerber oder auch einer anerkannten Asylantin in Stuttgart insgesamt 4,5 qm Wohnfläche zugestanden. Das ist menschenunwürdig, insbesondere wenn man als Vergleich heranzieht, dass für den Bau von Pkw-Stellplätzen eine Richtgröße von 25 qm (brutto) veranschlagt wird. Die zustehende Wohnfläche sollte wenigstens auf 12 qm pro Person angehoben werden.	858 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat diesen Antrag unter Hinweis auf die bestehenden landesgesetzlichen Regelungen (Flüchtlingsaufnahmegesetz) abgelehnt. Eine Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sieht ab 01.01.2016 eine Vergrößerung der Wohnfläche auf 7 qm je Unterbringungsplatz vor.
449	2933	Leerstand mit Gebühr entgegenwirken - Nichtbelegungsabgabe, Leerstandsabgabe	Trotz Platzmangels im Stuttgarter Kessel und exorbitanter Mietpreise sowohl bei gewerblichen Immobilien wie auch Wohnungen gibt es enormen und zunehmenden Leerstand. Warum? Investoren können die Kosten hierfür von der Steuer absetzen, daher ist es oft rentabler Mietobjekte leerstehen zu lassen anstatt (zu einem angemessenen und dementsprechend günstigen Preis) zu vermieten. Dem sollte mit einer nicht unerheblichen Leerstands-Gebühr, berechnet nach qm, entgegengewirkt werden. Guter Nebeneffekt, abgesehen von der Verschönerung der Stadt und sinkenden Mietpreisen: Eine neue Einnahmequelle für Stuttgart. Leerstand ist nicht im Sinne der Stuttgarter Einwohner.	810 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Vorschlag hat im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden.
458	3133	Kleinkindbetreuung kostengünstig ausbauen durch Flexibles Platz-Sharing	Um den dringend benötigten Ausbau von Kleinkindbetreuungsplätzen voranzubringen, sollte Platz-Sharing zugelassen werden. Viele Eltern benötigen nur an manchen Tagen einen Betreuungsplatz (75 % aller berufstätigen Mütter arbeiten in Teilzeit). Etwas Flexibilität der Träger würde hier eine grosse Wirkung erzielen - als Hilfe für die Eltern und Kinder (ein Platz an 2 Tagen die Woche ist besser als keiner!) und zudem viel Geld sparen.	441 (B90/Grüne), 466 (CDU), 645 (FW)	GR stimmt zu	Es ist vorgesehen, die Möglichkeit des Platzsharings auszubauen. Hierfür wurden im Haushaltsplan 2014/2015 jeweils 250.000 EUR zusätzlich zur Verfügung gestellt.
470	2721	Olgahospital unterstützen	Die Stadt Stuttgart soll auch im Haushalt 2014/2015 das Kinderkrankenhaus Olgahospital	447 (B90/Grüne), 621 (SPD),	GR stimmt teilweise	Das Klinikum Stuttgart erhielt bis einschließlich 2013 einen Zuschuss

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>finanziell unterstützen, damit der Pflegedienst den medizinischen Anforderungen entsprechend mit Personal ausgestattet werden kann. Durch die angemessene Personalausstattung soll erreicht werden, • dass die zur Behandlung eingewiesenen Kinder medizinisch und pflegerisch betreut werden können. • dass keine Kinder mehr wegen geschlossener Betten zurückgewiesen werden oder auf Kliniken mit geringeren Möglichkeiten verlegt werden. Begründung: Durch Berichte in der Presse wurde der Versorgungsnotstand im Olgahospital öffentlich bekannt. Das Olgahospital ist bekanntermaßen eine Kinderklinik, in der auch komplizierte Fälle medizinisch und pflegerisch hervorragend behandelt werden. Diese Qualität muss gehalten werden. Durch die ausreichende Ausstattung mit medizinischem und pflegerischem Personal muss sichergestellt werden, dass Patientenzahlen erreicht werden, mit denen sich die Einnahmen des Olgahospitals steigern lassen, um das Defizit der Klinik zu reduzieren. Dieser Antrag fordert eine Maßnahme unter dem Aspekt, dass die Finanzierung der Klinik durch die heutigen Fallpauschalen unzureichend ist. Auf höherer politischer Ebene sollte versucht werden, die Finanzierung der aufwendigen klinischen Versorgung von Kindern neu zu regeln.</p>	893(SÖS/LINKE), 816 (SÖS/LINKE)	zu	von 5 Mio. EUR jährlich für das Olgahospital. Der Gemeinderat hat in den Haushaltsplanberatungen beschlossen, dass der städtische Zuschuss noch für weitere 2 Jahre in dieser Höhe gewährt wird.
472	4086	Förderung von kleineren Schauspielbühnen	<p>Kleine Schauspielbühnen sollten unterstützt und gefördert werden, um eine Zentrierung in der Innenstadt zu vermeiden und eine größere Vielfalt zu gewährleisten.</p>	572 (CDU), 615 (SPD)	GR stimmt zu	Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung werden zum Ausgleich der strukturellen Unterfinanzierung sowie für neue Projekte jeweils 1,4 Mio. EUR jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt. Daraus erhalten künftig beispielsweise das studio theater stuttgart 60.000 EUR sowie das

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Forum-Theater und das Theater der Altstadt jeweils 40.000 EUR pro Jahr zusätzlich.
473	4281	Umgestaltung des Schulhofs der Österfeldschule in Stuttgart-Vaihingen	Der heutige Schulhof ist eintönig und bietet den Grundschulern bisher nur wenige Erlebnisspielräume. Einen Teil der nahezu durchgängig asphaltierten und ungegliederten Grundfläche nutzen die Kinder zum Fußball spielen. Fest installierte Bewegungsangebote wie Kletter- oder Spielgeräte fehlen gänzlich. Bänke unter Bäumen bieten keine echten Rückzugsmöglichkeiten. Um dem Bedürfnis der Kinder nach mehr Bewegung und Entspannung in den Pausen und im Nachmittagsbetrieb Rechnung zu tragen, soll mit professioneller planerischer Unterstützung ein zukunftsfähiges Konzept erstellt werden. Der Schwerpunkt der Umgestaltung des Schulhofs liegt dabei auf der Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der umfangreichen Aufwertung der Nutzungsmöglichkeiten für die Schüler und Schülerinnen. Aspekte wie die Entfaltung kindlicher Kreativität, Bewegungs- und Gesundheitsförderung, Entspannung und Regeneration, sozialer Interaktion und Natur- und Umweltbewusstsein sollte das Konzept berücksichtigen. Das Grundstück ist groß genug, um das Gelände neu zu modellieren. Es bestehen beispielsweise optimale Voraussetzungen zwischen zwei Schulgebäuden ein „Grünes Klassenzimmer“ entstehen zu lassen, das das Unterrichten unter freiem Himmel ermöglicht. Das Potenzial ist vorhanden: Es muss nur genutzt werden. Hierzu beantragen wir, Konzeption und Realisierung der nachhaltigen Umgestaltung des Schulhofs der Österfeldschule in Stuttgart-Vaihingen im Haushalt 2013/2014 einzuplanen.	722 (FDP)	wird später entschieden	Die Schule wird sich in absehbarer Zeit auf den Weg zur Ganztagschule begeben. In der durchschnittlichen Pauschale von 3,5 Mio. Euro für Investitionen von Ganztagesgrundschulen ist ein Anteil für eine entsprechende Gestaltung der Außenanlagen vorgesehen. Sobald die Schule das für einen Antrag auf Ganztagschule notwendige Pädagogische Konzept erarbeitet hat, können die darin zugrundegelegten Anforderungen an die Gestaltung der Außenfläche planerisch gezielt angegangen und dann zu gegebener Zeit auch umgesetzt werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
482	6036	Begrünung von Flachdächern	Flachdächer (ob bestehend oder neu) sind extensiv oder besser intensiv zu begrünen. Spart für die Bewohner / Nutzer Energie, da es wie eine Wärmedämmung wirkt.	427 (B90/Grüne)	GR stimmt teilweise zu	Es wird ein Projektmittelbudget „Stadtbegrünung“ einschließlich Urban Gardening in den Jahren 2014/2015 mit insg. p.a. 200.000 EUR bereitgestellt.
486	3904	Ein Mobilfunkvorsorgekonzept für Stuttgart	Die neuen Kommunikationstechnologien erfassen alle Bereiche des Lebens. Die Belastungen mit elektromagnetischen Feldern steigen dadurch enorm. LTE wird die Strahlenbelastung nochmals erhöhen. Die WHO hat im Mai 2011 diese Strahlen erstmals in die Kategorie „möglicherweise krebserregend“ eingeordnet. Die Mobilfunkmasten werden nicht nach Prinzipien der Minimierung der Belastung aufgestellt. Die Stadt Stuttgart kann hier mit einem Mobilfunk-Vorsorgekonzept regelnd eingreifen: 1. Die Stadt Stuttgart erstellt auf Grundlage der bestehenden Senderstandorte ein Strahlenkataster über die von Mobilfunksendeanlagen ausgehende Strahlenbelastung im Stadtgebiet. 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept zur Eindämmung der unkontrolliert zunehmenden Strahlenbelastung zu erstellen. 3. Die Stadtverwaltung initiiert ein Modellprojekt zur Testung neuer Prinzipien der Mobilfunkversorgung in Großstädten nach dem Prinzip der „Strahlenminimierung durch Vergleichmäßigung“. (Unter Hinzuziehung geeigneter Institute zur technischen, wissenschaftlichen und juristischen Begleitung durchzuführen. 4. Erstellung eines integrierten Netzplanes für alle bestehenden und noch zu erstellenden Mobilfunkanlagen. 5. Einbeziehung der betroffenen Einwohner und des entsprechenden Bezirksbeirats bei Erstellung neuer Anlagen oder Umrüstung alter Anlagen. Begründung: Das Europäische Parlament, der Europarat, die Europäische	457 (B90/Grüne)	GR lehnt ab	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde die Erstellung eines Strahlenkatasters und eines Mobilfunkvorsorgekonzepts beantragt. Der Vorschlag hat im Gemeinderat jedoch keine Mehrheit gefunden. Ein wesentlicher Grund hier für ist, dass ein Vorsorgekonzept weder für Mobilfunkbetreiber noch für private Grundstückseigentümern verpflichtend ist.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Umweltagentur, der BUND und die Versicherungsgesellschaften ordnen die Mobilfunk-Technologie als hohes Gesundheitsrisiko ein. Der Gemeinderat kann mit Hilfe eines Mobilfunk- Vorsorgekonzepts steuernd in die Versorgung eingreifen, einen Antennenwildwuchs und die hohe Strahlenbelastung verhindern.			
512	5853	Sanierung des Hoppenlau-Friedhofs	Der Hoppenlau- Friedhof in Stuttgart West sollte endlich saniert werden. Dazu gehört auch die Neuanlage der veralteten Wege und Flächen.	571 (CDU), 602 (SPD), 736 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Restaurierung der Grabmale wurden insg. 345.000 EUR bereitgestellt.
516	3422	Stuttgart soll inklusiv werden - Stuttgarter Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen	Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist im März 2009 in Kraft getreten und stellt seitdem geltendes Recht in Deutschland dar. Wie alle Menschenrechtskonventionen ist die UN-BRK kein spezielles Recht für Menschen mit Behinderungen, sondern beschreibt die bereits existierenden und allgemein anerkannten Menschenrechte aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen. Es gibt hierzu den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung. Auf baden-württembergischer Ebene hat der Landes-Behindertenbeirat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Handlungsfelder zur Gewährleistung einer unabhängigen Lebensführung von Menschen mit Behinderungen und der vollen Teilhabe in allen Lebensbereichen mit Blick auf die Ausstrahlung der UN-Konvention identifiziert. Die bayerische Landeshauptstadt München hat bereits einen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Bahn und dem „Bündnis Barrierefreies Stuttgart 21“ ist zu wenig. Die Landeshauptstadt erarbeitet derzeit nur einen lokalen Aktionsplan für die	624 (SPD)	wird umgesetzt	Derzeit wird von der Stadtverwaltung eine Bestandsaufnahme der städtischen Aktivitäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Diese Ist-Erhebung wird im 1. Quartal 2014 abgeschlossen sein. Auf Basis der Bestandsaufnahme werden im Rahmen eines verwaltungsinternen, referatsübergreifenden Projekts die konkreten weiteren Handlungsbedarfe identifiziert sowie entsprechende Maßnahmen einschließlich deren Finanzierungsbedarf abgeleitet. Dabei werden selbstverständlich auch Menschen mit Behinderung in geeigneter Form beteiligt. Im Anschluss an diese Bestandsaufnahme soll dann ein konkreter Aktionsplan erarbeitet werden, der auch eine klare

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Chancengleichheit von Frauen und Männern in Stuttgart, nicht aber für Menschen mit Behinderungen? Die Stadt Stuttgart möge sich auch um einen lokalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen bemühen und dazu Behindertenselbsthilfeverbände, Kirchen, Gewerkschaften usw. zu einer Ideenbörse und Mitarbeit einladen.			Priorisierung enthält.
518	2837	Behindertengerechte Bushaltestellen	Die Stuttgarter sind stolz auf ihre Stadtbahn. Das System ist zu fast 100% behindertengerecht. Viele Menschen mit persönlichen Handicap sind somit in der Lage ohne eigenes Auto mobil zu sein. Jedoch versagt das System in vielen Fällen beim Umsteigen oder Ein- und Aussteigen in Buslinien. Die SSB hat ihr früheres Versprechen gehalten, nur noch Niederflrbusse einzusetzen. Durch zusätzliches Neigen der Karosserie kann von der Bordsteinkante ebenerdig ein- und ausgestiegen werden. Voraussetzung ist aber eine Bordsteinhöhe an der Haltestelle von 18 cm. Die Stadtverwaltung soll den beschleunigten Ausbau der noch nicht behindertengerechten Haltestellen vorantreiben. Nach dem derzeitigen Tempo, müsste in den Außenbezirken sonst noch 400 Jahre gewartet werden, bis auch die letzte Bushaltestelle umgebaut ist. Als Finanzierungshilfe schlage ich vor, dass auch in den Außenbezirken das Parkraummanagement erweitert wird, weil dadurch erhebliche Einnahmen gewonnen werden können.	435 (B90/Grüne), 600 (SPD)	GR stimmt zu	Für Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußgängern im öffentlichen Straßenraum werden pauschal zusätzlich in den Jahren 2014/2015 je 400.000 EUR bereitgestellt. Damit werden Maßnahmen für die Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußgängern im öffentlichen Straßenraum, barrierefreie Bushaltestellen, Verbesserungen an Gleisüberwegen (Z-Überwege) und Querungshilfen an Straßen umgesetzt.
530	3215	Sauberkeit in Bad Cannstatt	Wir stellen mit Entsetzen fest, dass unser Stadtteil immer mehr vermüllt. Die Stadt muss etwas mehr Geld in die Hand nehmen. Abfallbehälter abbauen ist doch totaler Quatsch! Die Kinder muss man ansprechen über die Schulen und die Erwachsenen über die Presse! Die Aktion kann z. B. heißen: "Wir wollen in einer	612 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit vorgelegt. Für die Umsetzung der den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart betreffenden Maßnahmen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>sauberen Stadt wohnen". Die neue politische Richtung kann hier beweisen, ob sie etwas auf die Beine stellen kann und auch ihr Wahlversprechen einlösen! Man muss natürlich viele Bürger erreichen und deshalb muss eine solche Aktion immer wieder durchgeführt werden. Ich habe mir zu diesem Thema nichts vorzuwerfen. Wenn ich in der Stadt zu Fuß unterwegs bin, lese ich den herumliegenden Abfall laufend auf, aber dann kommt das nächste Problem, dass ich keinen Abfallbehälter finde!</p> <p>Mitbürger, die früher in Bad Cannstatt gelebt haben, sagen uns, dass Bad Cannstatt in Bezug auf Sauberkeit mit weitem Abstand Schlußlicht ist! Leider.</p> <p>Bad Cannstatt ist durch Volksfest, Frühlingsfest, Fußball, viele Veranstaltungen in Porsche-Arena und Schleyerhalle gegenüber den anderen Stadtteilen wahnsinnig belastet und dem sollte man beim Thema Sauberkeit unbedingt Rechnung tragen.</p>			hat der Gemeinderat zusätzliche Mittel beschlossen, die im städtischen Haushalt ab 2014 bzw. ab 2015 zur Verfügung gestellt und dem Eigenbetrieb AWS künftig als erhöhte Leistungsentgelte zufließen werden.
532	4024	Grünfläche am Bismarckplatz aufwerten	Die kleine Grünfläche am Bismarckplatz zwischen Schwab-, Vogelsang- und Bismarckstraße (dort, wo der Mammutbaum stand) könnte als zusätzliche Aufenthaltsfläche gestaltet werden. Dazu könnten einige Bänke und vielleicht ein paar Spielgeräte aufgestellt werden. Die Eisdiele sollte Tische aufstellen dürfen. Und die Hunde sollen ihr Geschäft künftig bitte woanders verrichten...	744 (FDP)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
533	4817	Buslinie 91 Sindelfingen-Botnang-Feuerbach - Takt erhöhen	Die Buslinie 91 fährt von Montag bis Freitag nur zweimal in der Stunde und wird gegen 21:30 Uhr eingestellt. Samstag und Sonntag fährt die Linie 91 nur einmal stündlich und endet gegen 18:30 Uhr. Der Fahrbetrieb soll entsprechend der U-Bahn-Zeiten verlängert werden und auch am Wochenende mindestens zweimal stündlich	751 (FDP)	wird geprüft	Der Haushaltsantrag, der diesen Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt aufgegriffen hatte, wurde zurückgezogen (Zuständigkeit liegt bei der SSB). Ein Beschluss wurde in den Haushaltsplanberatungen nicht gefasst.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			verkehren.			
535	3729	Hundekotbeutel - Mehr Tütenspender und Mülltonnen aufstellen	Es wäre schön, wenn nicht nur überall Schilder mit der Aufforderung zur Entsorgung des Hundekots stehen würden, sondern auch kombinierte Tütenspender und Mülleimer. Dies wäre z.B. auf dem Birkacher Feld und im Bereich Plieningen, Zillertal, Linde, Streuobstwiesen sehr sinnvoll!	742 (FDP)	GR lehnt ab	<p>Die Bereitstellung von Hundekotbeuteln ist eine Freiwilligkeitsleistung der Stadt, die aber zur Verbesserung der Sauberkeit auf öffentlichen Grün- und Freiflächen beiträgt. Insgesamt sind derzeit 102 Hundesets im Umfeld von Grünanlagen oder der freien Landschaft aufgestellt. Diese werden von ca. 150 registrierten Paten betreut, die die Hundetüten nachfüllen. Neue Sets werden bisher nur aufgestellt, wenn sich Paten bereiterklären, die Betreuung zu übernehmen. Der Kontakt zu den Paten wird von den Betrieben des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes und teilweise den Bezirksämtern gehalten.</p> <p>Die Kosten für einen Tütenspender mit Aufstellung belaufen sich auf ca. 200 EUR, wird gleichzeitig ein neuer Mülleimer aufgestellt, kommen Kosten von ca. 1.100 EUR hinzu. Jährlich werden insgesamt ca. 5.000 EUR für neue Tüten aufgewendet.</p> <p>In Stuttgart gibt es insgesamt 770 Grünanlagen unterschiedlichster Größe. Hinderungsgründe für die Bestückung aller Grünanlagen und geeigneten Freiflächen mit Hundesets sind nicht die Kosten der Aufstellung, sondern der Unterhaltungsaufwand und die</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Betreuung der Paten.
536	2995	Aufgrund des Rechts auf inklusive Bildung und der Umsetzung des integrativen Unterrichts an der GWRS-Stammheim sollten die Gebäude behindertengerecht ausgestattet werden	An der GWRS-Stammheim sollten Barrieren abgebaut und Aufzüge eingebaut werden, um behinderten SchülerInnen den Zugang zu allen Räumlichkeiten zu gewähren und einen gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern sicherzustellen.	836 (SÖS/LINKE)	wird später entschieden	Der Abbau von Barrieren zur Erleichterung von inklusiven oder integrativen Schulangeboten ist grundsätzlich an jedem Schulstandort wünschenswert. Aufgrund der Vielzahl von Vorhaben und des entsprechend hohen Investitionsbedarfs müssen Priorisierungen vorgenommen werden. Schulische Standortverbünde oder Campuslösungen sollen hierbei vorrangig Berücksichtigung finden. Für den Standort Stammheim sind darüber hinaus zunächst noch Klärungsschritte in Bezug auf die Weiterentwicklung des Schulstandortes nötig.
537	4869	Konzept für die Bäder der Stadt Stuttgart	Seit dem Jahr 2000 gibt es kein Bäderkonzept für die Stadt Stuttgart mehr. Dennoch scheint es fast so, als wolle die Stadtverwaltung nicht auf das geänderte Freizeitverhalten der Menschen konzeptionell reagieren und wolle lieber im Bäderbereich einen Jahresverlust in Millionenhöhe in Kauf nehmen. Damit „leistet“ sich der städtische Eigenbetrieb ein höheres Defizit als das gesamte Klinikum Stuttgart! Die Stadt muss reagieren und vor allem agieren! Darüber hinaus muss die Stadt sich auch tarifmässig an den Kunden anpassen, um die Attraktivität zu steigern. So sollte die Möglichkeit der Einführung von Bäderkarten als Dauerkarten geprüft werden - je eine Bäderkarte Mineralbäder, Bäderkarte Hallenbäder, Bäderkarte Freibäder quasi. Stuttgart als Bäderstadt und dank Berg und Bad	805 (FDP), 916 (SÖS)	GR lehnt ab	Der Haushaltsantrag, der diesen Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt aufgegriffen hatte, wurde abgelehnt. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt. Im Jahr 2010 wurde das bestehende Bäderkonzept zur Weiterentwicklung der Stuttgarter Bäder auf einen aktuellen Stand fortgeschrieben. Ein neues Konzept wird von der Verwaltung und der Mehrheit des Gemeinderats nicht für notwendig gehalten.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Cannstatt auch Kurstadt mit dem zweitweltgrößten Mineralwasseraufkommen nach Budapest, bietet beste und attraktive Voraussetzungen für die Naherholung - wenn man sich den zeitlichen Gegebenheiten anpasst. Die umliegenden Städte und Gemeinden haben dies durch den Umbau ihrer Bäder wie beispielsweise Filderstadt oder nun Fellbach getan. Sie haben für mehr Attraktivität gesorgt, sie haben agiert. Damit unsere Landeshauptstadt als ein touristisches Zentrum der Region nicht weiter ins Hintertreffen gerät, muss ein Bäderkonzept her.			
539	3636	Gewerbegebiete - Erst Leerstände nutzen	Neue Gewerbegebiete erst dann erschließen, wenn eine Überprüfung erfolgt ist welche Areale brach liegen. Bei der Erschließung von Gewerbeflächen berücksichtigen wie die Verkehrsinfrastruktur aussieht und ob eine schienengebundene Erschließung machbar ist. Leerstände sollten bevorzugt reaktiviert werden.	636 (FW)	wird später entschieden	Das Referat Städtebau und Umwelt erarbeitet in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wirtschaftsförderung und dem Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen derzeit eine Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen (Gewerbeflächenentwicklungskonzept). Dabei sollen die strategischen Grundlagen für die Sicherung, Mobilisierung und Entwicklung der Gewerbeflächen aufgearbeitet und Lösungsansätze dargestellt werden. Erst wenn entsprechende Ergebnisse vorliegen, sind qualifizierte Aussagen über den erforderlichen Mittelbedarf zur Umsetzung der darin erarbeiteten Maßnahmenvorschläge möglich.
545	6115	Erhalt der Kinderfilmtage	Jährlich findet durch das Engagement der Volkshochschule Stuttgart, dem Stadtmedienzentrum Stuttgart und dem Evangelischen Medienhaus das Festival „Kinderfilmtage“ statt.	451 (B90/Grüne), 615 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Zur Durchführung der Stuttgarter Kinderfilmtage hat die Stadt bisher einen Zuschuss in Höhe von 19.000 EUR pro Jahr gezahlt. Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Am 1. Dezember 2012 berichtete die Stuttgarter Zeitung von der großen Beliebtheit der jährlichen Kinderfilmtage. Allerdings sei die finanzielle Förderung durch die Stadt „sehr zurückhaltend“. Den Veranstaltern fehlen jährlich etwa 40.000 €, um die Veranstaltung weiterhin durchführen zu können. Ansonsten droht dem Festival das Aus! Nachdem Ex-OB Schuster hat das Ziel ausgerufen hat, Stuttgart zur „kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands“ zu machen, bitte ich Sie, diesen Vorschlag zu unterstützen, damit die Veranstalter dieses Festival auch zukünftig durchführen zu können.			die Kulturförderung wird dieser Zuschuss künftig um 15.000 EUR pro Jahr angehoben.
547	3622	Jugendtreff CAMP Feuerbach - sanieren und neu bauen	Ein großer Brandschaden und eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten des Jugendtreffs CAMP, auch aufgrund der Bauweise, erfordert eine umfassende Sanierung oder einen Neubau eines Jugendhauses in Feuerbach.	476 (CDU), 592 (SPD), 665 (FW), 777 (FDP), 896 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat in den Haushaltsplanberatungen 200.000 EUR Planungsmittel für die Sanierung oder einen Neubau des Jugendcamps Feuerbach beschlossen.
558	3883	„Mefju“ – Mentoren für Jugendliche fördern	Finanzielle Unterstützung des Projektes „Mefju“ auch im nächsten DoppelhaushaltBei dem Projekt „Mefju“ – Mentoren für Jugendliche – fördern ehrenamtliche Mentoren gezielt und individuell Jugendliche aus dem Stadtbezirk Sillenbuch im Alter von 12 bis 20 Jahren, deren Eltern wegen fehlender Deutschkenntnisse oder einer schwierigen sozialen Lage die Schulkarriere ihrer Kinder nicht begleiten können.Die Mentoren unterstützen die jungen Leute bei den Hausaufgaben, bei der Verbesserung der Deutschkenntnisse, bei der Suche nach einem Praktikums- bzw. Ausbildungsplatz oder nach einer weiterführenden Schule und helfen ihnen und oft auch ihren Familien im Leben zurechtzukommenDie Mentoren werden durch eine Sozialpädagogin unterstützt und begleitet. Sie führt zu Beginn jeder Patenschaft Gespräche	480 (CDU), 630 (SPD), 672 (FW), 719 (FDP), 874 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Die Unterstützung des Projekts "MefJu" ist im derzeitigen Umfang von 33.000 EUR in der Haushalts- und Finanzplanung berücksichtigt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			mit Eltern, Jugendlichen und Mentoren und hilft weiter, wenn es bei den Patenschaften Probleme gibt. Für die Mentoren organisiert sie Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung. Viele Jugendliche bekommen erst durch das Projekt die Chance einen Lebensweg einzuschlagen, der ihnen einen Platz in unserer Gesellschaft ermöglicht. Alle Beteiligten hoffen und wünschen, dass dieses Projekt fortgesetzt werden kann.			
559	4222	Flaschenbehälter an öffentlichen Mülleimern (Pfandkisten)	Nicht nur in Stuttgart sieht man oftmals Pfandflaschensammler, die in schmutzigen Mülleimern nach Verwertbarem suchen müssen. Diese Menschen sind auf diese Einnahmen angewiesen. Dabei gefährden sie ihre Gesundheit zusätzlich durch den Schmutz in den Behältern. Diese Tätigkeit ist entwürdigend, obwohl es etliche Leute gibt, welche die Flaschen loswerden wollen, diese teils auf Mülleimer stellen, um den Sammlern die Arbeit zu erleichtern. Früher oder später fallen sie herunter und die Stadtreinigung hat zusätzliche Arbeit und keiner profitiert von dem Pfand. Eine Lösung für dieses Problem könnte durch Vorrichtungen an den Mülleimern zur Aufnahme von Pfandflaschen, wie z.B. dem „Pfandringsystem“, in der Stadt gefunden werden. In diese können die Pfandflaschen getrennt vom übrigen Müll abgelegt werden, so dass ein Durchsuchen der Mülleimer an sich entfallen kann. Dies bedeutet: Weniger Glasbruch, weniger Reinigungskosten, weniger Materialverschwendung. Auch der Jugendrat hat dieses Thema unterstützt dieses System. Die Verwaltung muss endlich diese Pfandbehältersystem einführen, damit auch das Müllproblem der Stadt Stuttgart angegangen wird.	435 (B90/Grüne)	wird nicht umgesetzt	Der Vorschlag, versuchsweise ein Pfandsammelsystem an öffentlichen Mülleimern anzubringen, wurde bei den Haushaltsplanberatungen aufgegriffen. Allerdings werden diese Systeme gestalterisch eher kritisch bewertet und stellen einen zusätzlichen Aufwand bei der Leerung der Müllbehälter dar. Es ist kein größeres städt. Reinigungsunternehmen in Deutschland bekannt, das diese Pfandsysteme flächendeckend oder zumindest im Stadtzentrum (Einkaufszonen) eingeführt hat. Aus diesen Gründen wird der Vorschlag derzeit nicht weiterverfolgt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
565	3647	Tiefenbachschule Stuttgart-Rohracker braucht eine neue Küche	Die Tiefenbach-Grundschule in Rohracker bietet für die Schüler ein warmes Mittagessen und eine Hausaufgabenbetreuung bis 15.15 Uhr an. Da die Schule keine Ganztageseinrichtung ist, erbringt sie diese Leistungen in Eigenregie und nur mit Zuschüssen für die Hausaufgabenbetreuung. Die Küchenmöbel und -geräte sind über 20 Jahre alt und müssen dringend ausgetauscht werden. Die Tische und Stühle sind nicht mensagerecht. Schüler, Eltern und Lehrer wünschen sich eine neue Küche, neue Sitzmöbel und eine freundliche Gestaltung des ganzen Raumes. Zudem gehört die Grundschule zu den drei energetisch am schlechtesten ausgestatteten Schulen in Stuttgart. Die 40 Jahre alten Fenster müssen komplett erneuert werden. Alle Außenwände benötigen eine Wärmedämmung und neue Jalousien. Im Rahmen der Nutzung von erneuerbaren Energien schlagen wir auf der großen Dachfläche der Schule eine Fotovoltaikanlage vor. Nicht benötigter Strom kann ins Netz eingespeist werden und kommt somit der Allgemeinheit zugute. Die Aufwendungen für die Grundschule wurden in den letzten Doppelhaushalten immer wieder gestrichen. Wir wünschen uns jedoch endlich eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen. Für alle Eltern: Der Elternbeirat der Tiefenbach-Grundschule	667 (FW)	wird später entschieden	Entsprechend der Beschlusslage des Gemeinderates werden Küchen im Rahmen der Weiterentwicklung von Schulen zur Ganztagesgrundschule bzw. im Interim für die Einrichtung eines Schülerhauses modernisiert. Für Schulen, die sich auf diesen Weg begeben, sind ausreichend investive Haushaltsmittel vorhanden. Die Tiefenbachschule hat bisher noch kein Signal für ihre Weiterentwicklung gegeben.
571	5513	Autofreier (Sonn)Tag in der Innenstadt	In der Innenstadt sollten an einem (Sonn)Tag Autos keine Zufahrt haben. Das würde nicht nur die Schadstoffbelastung in der Innenstadt entschärfen, sondern auch die Einwohner und Touristen (Schaulaufenden) zufriedener stimmen. Durch anreizschaffende ÖPNV-Angebote könnten Autofahrer dazu motiviert werden, ihr Auto stehen zu lassen.	817 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat aufgegriffen. Die Verwaltung wird die Frage von autofreien Sonntagen prüfen und zu gegebener Zeit zu diesem Thema gegenüber dem Gemeinderat berichten.
572	3059	Einführung von autofreien	Zwischen April und Oktober jeweils 1 Sonntag pro	817 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	Der Vorschlag wurde vom

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
		Sonntagen im Stadtkern	<p>Monat im kompletten Innenstadtgebiet zur autofreien Zone erklären und somit zum einen die Schadstoffbelastung senken und zum anderen den Menschen einen Anreiz geben sich mit Fahrrad, Inliner oder zu Fuß auf den freigewordenen Straßen zu bewegen.- Sonntags sind die Geschäfte sowieso geschlossen- Wer in die Innenstadt möchte, kann dies per S- und U-Bahn oder eben per Fahrrad/Inliner- Möglich wären auch reduzierte VVS-Tickets für den Tag</p> <p>Nochmal kurz die Vorteile zusammengefasst:+ Schadstoffreduktion+ Lärmreduktion+ neue körperliche Bewegungsmöglichkeiten und damit auch Anreize für weniger sportlich aktive Leute+ Vermehrte Nutzung der ÖPNV</p> <p>Damit könnte der grüne OB gleich zeigen, wie grün er wirklich ist. :)</p>			Gemeinderat aufgegriffen. Die Verwaltung wird die Frage von autofreien Sonntagen prüfen und zu gegebener Zeit zu diesem Thema gegenüber dem Gemeinderat berichten.
578	3895	SG Weilimdorf Fußball - Umwandlung des alten Tennenplatzes in einen modernen Kunstrasenplatz	<p>Wir sind die Fußballabteilung der SG Weilimdorf – ein Mehrspartenverein mit mehr als 1.600 Mitgliedern in Stuttgart-Weilimdorf.</p> <p>Seitdem die Stadt Stuttgart die Tennen- in moderne Kunstrasenplätze umwandelt, haben wir gewartet, weil wir Priorität auf anderen Anlagen gesehen haben. Mittlerweile stoßen wir mit unserer Sportanlage jedoch an unsere Grenzen, vor allem in den Herbst- und Wintermonaten. Die Umwandlung des Hartplatzes in einen Kunstrasen ist von großer Bedeutung für uns, da Hartplätze nicht mehr zeitgemäß sind und vor allem ein erhöhtes Verletzungspotenzial für jung und alt darstellen.</p> <p>Die Fußballabteilung erfreut sich eines stetigen Zuwachses, entgegen dem Trend bei vielen Vereinen. Waren es 2010 noch 352 Fußballer, so verbuchen wir bei 30% Zuwachs insgesamt 501 Mitglieder in 2012, davon 353 Jugendliche – Tendenz weiterhin steigend. Über 40 ehrenamtliche Trainer unterstützen uns dabei.</p>	658 (FW), 708 (FDP)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten im Sanierungsprogramm für Tennenplätze andere Prioritäten gesetzt, so dass eine Umwandlung des Tennenplatzes des SG Weilimdorfs in einen Kunststoffrasenplatz im Doppelhaushalt 2014/2015 nicht beschlossen wurde.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Wir sind stolz, dass wir in diesem Jahr neben einer Aktiven, einer AH und einer Freizeitmannschaft, mit 4 Bambini, 6 F-, 6 E-, 3 D-, 2 C-, 2 B- und einer A-Jugend mehr Mannschaften melden konnten, als vergleichbare Vereine im näheren Umfeld – und das bei weniger Sportplätzen.</p> <p>Während die Anzahl der Kinder, die bei uns das Fußballspielen- und den sozialen Umgang auf und neben den Platz lernen, sowie der Mannschaften zunehmen, stoßen wir mit unserer Infrastruktur zunehmend an die Grenzen. Im Winter kommt erschwerend hinzu, dass ein Trainingsbetrieb nur auf dem Hartplatz und dem kleinen Kunstrasen möglich ist und dort dann bis zu 10 Mannschaften parallel aktiv sind.</p> <p>Trotz suboptimaler Platzbedingungen und zu wenig Hallenzeiten im Winter konnten nicht nur die Mitgliederzahlen gesteigert werden, auch sportlich geht es bergauf. Von der D- bis zur B-Jugend sind wir in der Leistungsstaffel vertreten. Unserer sozialen Verantwortung, speziell für Weilimdorf sind wir uns voll bewusst und hoffen daher auf Ihre Unterstützung, damit wir den eingeschlagenen Weg weitergehen können.</p>			
586	2823	Mehr Sauberkeit an öffentlichen Plätzen Stuttgarts	Sensibilisierung der Bevölkerung, besonders Jugendliche auch in der Schule auf die Notwendigkeit an Haltestellen, Plätzen, Spielplätzen usw. Strassen allgemein sauber zu halten. Mehr Abfallbehälter. Das Bild Stuttgarts hat sich in den letzten Jahren sehr verschlechtert.	505 (CDU), 612 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit vorgelegt. Für die Umsetzung der den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart betreffenden Maßnahmen hat der Gemeinderat zusätzliche Mittel beschlossen, die im städtischen Haushalt ab 2014 bzw. ab 2015 zur Verfügung gestellt und dem Eigenbetrieb AWS künftig als erhöhte Leistungsentgelte zufließen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						werden.
587	2705	Schuldenfreiheit	Die Stadt soll sich nicht weiter verschulden sondern Schulden abbauen. Zu jeder Massnahme sind die Folgekosten in den Folgejahren auszuweisen und in den Haushalt aufzunehmen.	809 (SÖS/LINKE)	wird nicht umgesetzt	Nachdem in den letzten 20 Jahren der Schuldenstand im städtischen Haushalt von rd. 1.147 Mio. EUR (1993) auf 103,6 Mio. EUR (Plan 2013) stark abgebaut werden konnte, steigt dieser im Doppelhaushalt 2014/2015 wieder an. Grund dafür sind v.a. die beschlossenen Programme zur Schulsanierung sowie der weitere Ausbau der Einrichtungen für die Kinderbetreuung. Im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushalts wurde aber besonders darauf geachtet, dass die gesetzlich vorgegebene Kreditobergrenze eingehalten wurde, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts durch die Rechtsaufsichtsbehörde nicht zu gefährden. Für Verwaltung und Gemeinderat sind auch in Zukunft solide Stadtfinanzen ein wichtiges Ziel.
590	5906	Baumschutzsatzung auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen	Mit der Baumschutzsatzung werden alle Bäume in diesen Gebieten mit mind. 80 cm Stammumfang, gemessen 100 cm über Erdboden, unter Schutz gestellt. Damit sind alle Handlungen verboten, durch die die Bäume beeinträchtigt werden, auch die Fällung, es sei denn, es liegt eine besondere Genehmigung der Naturschutzbehörde vor. Gleichzeitig kann die Naturschutzbehörde Ersatzpflanzungen verlangen, wenn Eingriffe, die zu Bestandsminderungen führen, stattgefunden haben. Die Stuttgarter Baumschutzsatzung gilt bislang nur für die Innenstadtbezirke und einen	426 (B90/Grüne)	wird nicht umgesetzt	Die Ausweitung der Baumschutzsatzung wurde im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen 2014/2015 zwar überarbeitet. Eine Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet wurde in diesem Zusammenhang vom Gemeinderat nicht mehrheitlich unterstützt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Teil von Bad Cannstatt. Wir fordern, dass der Geltungsbereich der Baumschutzsatzung auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt wird.			
599	6027	Sitz- und Unterstellmöglichkeiten sowie Barrierefreiheit an allen Bushaltestellen im Stadtgebiet	Es gibt viele Bushaltestellen, die den Fahrgästen weder Sitz- noch Unterstellmöglichkeiten bieten. Damit mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen, müssen sie attraktiver gestaltet werden – dazu gehören auch die Haltestellen. Alle Bushaltestellen müssen barrierefrei gestaltet und mit Wetterschutz, Sitzbänken, einer guten Beleuchtung und übersichtlichen Informationstafeln ausgestattet werden.	435 (B90/Grüne), 600 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Für Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußgängern im öffentlichen Straßenraum werden pauschal zusätzlich in den Jahren 2014/2015 je 400.000 EUR bereitgestellt. Damit werden Maßnahmen für die Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußgängern im öffentlichen Straßenraum, barrierefreie Bushaltestellen, Verbesserungen an Gleisüberwegen (Z-Überwege) und Querungshilfen an Straßen umgesetzt
606	3294	Sozialticket für den ÖPNV - Regelsatz von 20 Euro berücksichtigen	Die SSB (als städtisches Unternehmen) soll analog dem Studi-Ticket ein Sozialticket einführen. Für Hartz4-Empfänger beispielsweise sind im Regelsatz nichtmal 21 Euro monatlich für Mobilität (ob Auto, Fahrrad, ÖPNV, Bahn- oder Flugreisen...) angesetzt. Das reicht in Stuttgart selbst bei einem möglichst bescheidenen und sportlichen (viele Fußwege) Lebenswandel natürlich nicht, geschweige für einen Ausflug. Es gibt zwar bereits die Möglichkeit mit der Bonuscard ein vergünstigtes Monatsticket zu bekommen, allerdings ausschließlich das sogenannte "9-Uhr-Umweltticket", das ist natürlich kontraproduktiv was mögliches ehrenamtliche Engagement und eigenhändige Stellensuche angeht. Desweiteren ist selbst dieses vergünstigte 9-Uhr-Ticket deutlich teurer als der Hartz-4-Satz, bei zwei Zonen mit über 40 Euro sogar bereits doppelt so teuer. Ich plädiere für ein für die Einführung eines günstigen, bestenfalls kostenlosem, Sozialticket für 2 Zonen.	971(SÖS/LINKE), 817 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	In den Haushaltsplanberatungen wurde folgender Zielbeschluss gefasst: Ein Sozialticket mit einer Selbstbeteiligung der Nutzer (Inhaber der Bonuscard) von monatlich 30 EUR für das "2-Zonen-Jedermannticket" soll ab 01.01.2015 eingeführt werden. Ein Konzept hierfür soll bis spätestens Mai 2014 erarbeitet werden und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
608	2695	Direkte Wahl der Bezirksbeiräte und Bezirksvorsteher	Keine Entsendung / Bestimmung durch Parteien wie bisher. Sondern mehr bürgernahe und demokratischer ist die direkte Wahl wie die Gemeinderäte. Dafür mehr Kompetenz und mehr Mittel direkt vor Ort im Stadtbezirk.	808 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Die Direktwahl der Stuttgarter Bezirksbeiräte wurde zuletzt am 26. Juni 2003 vom Gemeinderat zurückgestellt. Bisher gab es vom Gemeinderat keinen weiteren Vorstoß hierzu.
613	3097	Bürgerhaus oder Bürgerzentrum für Stammheim	Stammheim hat eine lebhafte und aktive Bürgerschaft, fehlend sind aber Räumlichkeiten. Bereits die heutigen Aktivitäten können räumlich nicht alle untergebracht werden, eine Ausdehnung der Vereinsarbeit und sonstigen bürgerlichen Engagements ist kaum möglich. Für Versammlungen und Veranstaltungen mit mehr als 20 Personen fehlen Räume. Der Saal und die weiteren Räume im Obergeschoss der Freiwilligen Feuerwehr sind aufgrund brandschutzrechtlicher Probleme nicht mehr oder nur eingeschränkt nutzbar. Ergo: Die verbliebenen Lokalitäten in Stammheim, in denen Veranstaltungen für Kinder, Jugendliche, Bürger/innen, Senior/innen sowie Versammlungen und Sitzungen von Vereinen, Organisationen, Parteien etc. abgehalten werden können, sind vollkommen ausgebucht.	610 (SPD), 673 (FW), 796 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Planung eines Bürger- und Familienzentrums in Stammheim wurden Mittel in Höhe von 180.000 EUR bereitgestellt.
616	5333	Fahrradwege endlich ausbauen wegen Elektro-Rädern!	Mit dem E-Bike spätestens hat die Stunde Stuttgarts als Fahrradstadt geschlagen. Steigungen sind kein großes Problem mehr. Und: immer mehr Berufstätige wollen das Fahrrad generell mehr nutzen, tun dies aber nicht: zu gefährlich, zu auto-orientiert. Das Radwegenetz in der Stadt ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die es nutzen wollen. Daher: Bitte mehr Radwege, auch auf Kosten der Fahrstraßen für Autos. Es müssen mehr Zeichen für ökologisch verträgliche Mobilität gegeben werden.	600 (SPD)	GR stimmt zu	Für den Ausbau des Radwegenetzes wurden zusätzlich 2 Mio. EUR in den Doppelhaushalt eingestellt. Die einzelnen Projekte und deren Reihenfolge werden im Fachausschuss beraten und beschlossen. Darüber hinaus stehen noch 715.000 EUR pro Jahr Pauschalmittel zur Verfügung.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
629	2693	Kronprinzstraße aufwerten	<p>Die Kronprinzstraße ist alles andere als schön. Das könnte sie aber leicht werden durch neue Bodenplatten, Entrümpelung, bessere Verkehrsführung, mehr Bäume und Sitzgelegenheiten.</p> <p>Bisher ist die Kronprinzstraße nur der "Hinterhof" der Königstraße und die Verbindung zur Calwer Straße.</p> <p>Das könnte auch Eigentümer von Gebäuden in dieser Straße dazu ermutigen in ihre Fassaden zu investieren. Läden an der Königstraße könnten sich auch zur Rückseite hin öffnen. Die Innenstadt würde eine breite, großstädtische Straße in zentraler Lage endlich nutzen und die City aufwerten.</p>	526 (CDU), 603 (SPD), 733 (FDP)	GR stimmt zu	Für die Instandsetzung und Umgestaltung Kronprinzstraße von Gymnasium- bis Kienestraße werden 2.641.000 EUR bereitgestellt.
636	4178	Feierhalle Friedhof Birkach	Das momentane Provisorium (ohne Sitzmöglichkeiten und ohne echten Wetterschutz für alte Menschen eine Zumutung) auf dem Birkacher Friedhof sollte langfristig durch eine würdigere Konstruktion ersetzt werden.	511 (CDU), 715 (FDP)	wird nicht umgesetzt	Das Leichenhaus im Friedhof Birkach steht als Kulturdenkmal unter Denkmalschutz. Das im Jahr 2000 direkt davor errichtete offene Unterstdach konnte nur in enger Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden realisiert werden. Eine weitere Veränderung, insbesondere das seitliche Schließen, lehnt die Denkmalschutzbehörde ab.
637	4548	Sanitäre Anlagen in den "Baracken" der Pestalozzischule	<p>Seit Jahren sind die Holzbaracken der Pestalozzischule, in denen vor allem Grundschüler untergebracht sind, in desolatem Zustand. Saniert wird nicht, weil gegebenenfalls Abriss ansteht. Abgerissen wird nicht, weil seit Jahren unklar ist, wie es weiter gehen soll. Die Entscheidung, Planung und Umsetzung Schulcampus wird sicherlich noch 10 Jahre Zeit verschlingen.</p> <p>Nicht einmal die völlig maroden sanitären Anlagen werden einigermaßen modernisiert.</p>	481 (CDU), 593 (FDP), 649 (FW)	GR stimmt zu	Für die Pestalozzischule (Campus Vaihingen) wurde der Kauf von 14 Klassenräumen, 1 Verwaltungsraum, 1 WC in Mobilbauweise mit Gesamtkosten von 7,25 Mio. EUR beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Ich schlage daher vor, die Baracken wenigstens im Sanitärbereich auf den heutigen Stand zu bringen (keine "Pinkelrinnen" mehr bei den Jungs, funktionierende WCs bei den Mädchen. Es muss ja nicht der modernste Stand sein, aber der Zustand derzeit ist unhaltbar.</p> <p>Ich rege an, dass der Gemeinderat, bzw. Herr OB Kuhn sich die Zustände einmal persönlich vor Augen führt, um die Dringlichkeit zu erkennen.</p>			
642	5472	Kitas besser ausstatten und sanieren	<p>Die Kitas sollten innen und außen saniert und schöner werden.</p> <p>Vorbild sind dafür z.B Waldorfkindergärten.</p>	465 (CDU), 588 (SPD), 648 (FW), 881 (SÖS/LINKE)	wird teilweise umgesetzt	<p>Für die städtischen Kindertageseinrichtungen finden regelmäßig einmal pro Jahr Begehungen statt. Die dabei augenscheinlich erkennbaren Mängel werden dabei jährlich priorisiert und im Hinblick auf die Dringlichkeit abgearbeitet. Hierfür wurden im Jahr 2013 ca. 3,7 Mio. EUR aufgewendet.</p> <p>Für große Modernisierungen, Sanierungen, Erweiterungen und Instandsetzungsmaßnahmen werden separate Gemeinderatsbeschlüsse herbeigeführt und die zugehörigen Haushaltsmittel im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen bereitgestellt. Für die Jahre 2014/15 ff. wurden für diese Zwecke insgesamt 6,23 Mio. EUR bereitgestellt</p>
660	5550	Gestaltung des Bismarckplatzes	<p>Der Bismarckplatz ist derzeit vor allem eine Durchgangsstraße mit anschließenden Restflächen. Dieser zentrale Bereich für den Stuttgarter Westen soll als Freiraum / Platz herausgearbeitet werden. Hierbei sind die</p>	744 (FDP)	GR stimmt zu	<p>Der Bismarckplatz befindet sich im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet - Bismarckstraße -. Für 2014 ist geplant, für den Platz einen städtebaulichen Wettbewerb</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Gesamtheit der Nutzungen zu berücksichtigen: Fußgängerverkehr, Fahrzeugverkehr, Veranstaltungen, Wochenmarkt, Bewirtung im Freien, Kirche, Einkaufen usw. Für die Überfahrt des Fahrverkehrs gibt es in Europa viele gelungene Beispiele. Es ist also keine monofunktionale Gestaltung angestrebt. Die Herausarbeitung von gestalterischen Qualitäten schließt ein Ausräumen von störendem Mobiliar ein (Abstandsgrün, Klohäuschen etc.). Der Platz könnte ein Gegengewicht zu der verdichteten Bauweise im Stuttgarter Westen bilden und eine Initialzündung für die weitere Verbesserung des Wohnumfeldes sein. Ausgangspunkt für ein tragfähiges Konzept könnte ein Wettbewerb bilden, wobei der Schwerpunkt weniger in der originellen Bearbeitung von Einzelarchitekturen liegen sollte, sondern in einer Weiterentwicklung des Stadtgrundrisses mit seinen spezifischen Qualitäten an diesem Ort.			durchzuführen. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf rd. 80.000 EUR und stehen zur Verfügung.
662	2996	Stegverbindung vom Hallschlag (Zuckerfabrik) nach Stuttgart-Münster	Seit vielen Jahren ist eine Stegverbindung für Fußgänger und Radfahrer vom Gewerbegebiet Zuckerfabrik im Hallschlag über die Bahngleise nach Stuttgart-Münster geplant. Die Notwendigkeit - neben der besseren Anbindung des Gewerbegebietes für Beschäftigte (Haltepunkt Münster der Regionalbahnlinie R 11) - ergibt sich aus den neuen BIL-Schulen im Gebiet Zuckerfabrik und der Elise-von-König Schule - jetzt Gemeinschaftsschule, die Schulen werden von Kindern aus beiden Stadtbezirken besucht; eine zumutbare Alternative besteht nicht.	801 (FDP)	GR lehnt ab	Im Rahmen der Prioritätensetzung wurde dieses Vorhaben aufgrund der engen Finanzlage als nicht vordringlich eingestuft und zurückgestellt.
665	4856	Marktplatz Botnang - Neugestaltung	In Botnang wird nach über zwei Jahrzehnten endlich die Ortsmitte neu gestaltet. Im Rahmen eines Workshops wurden Vorschläge für die Neugestaltung des Marktplatzes gesammelt. Diese sollte unbedingt parallel zu den großen	661 (FW), 750 (FDP)	GR stimmt zu	Für die reduzierte Neugestaltung (ohne Brunnen und Ersatzpflanzungen) wurden 1.094.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Hochbaumaßnahmen anlaufen. Bislang liegt eine Kostenschätzung des Stadtplanungsamts über 710.000 EUR vor. Sie beinhaltet die Neugestaltung des Platzes einschl. Spielgeräte, Beleuchtung, Verlegung WC Gebäude und eine Wasseranlage. Bei der Kostenschätzung wurden Vorschläge der Vereinsvertreter leider nicht berücksichtigt. Sinnvollerweise ist bei der Neugestaltung gleich für multifunktionale Nutzungen auf dem Platz wie Wochenmarkt, Straßen- und Heimatfest, Weihnachtsmarkt etc. Vorsorge zu treffen. Dazu muss unter dem Platzbelag unbedingt ein Infrastrukturnetz vorgesehen werden, bestehend aus Strom-, Wasser- und Abwasseranschlüssen. Aus anderen Stadtbezirken ist bekannt, dass ein solches Infrastrukturnetz bei späterer Nachrüstung um ein Vielfaches teurer wird und jahrelang für unnötigen Verdross bei den Ehrenamtlichen sorgt. Diese Maßnahme wäre u.a. ein deutliches Signal "pro Ehrenamt". Der Botnanger Bürgerverein bittet die Verwaltung, die Marktplatzplanung um ein Infrastrukturnetz zu ergänzen und die Kostenschätzung auf mind. 910.000 EUR bzw. entsprechend anzupassen. Auch der Bezirksbeirat Botnang hat einstimmig in dieser Richtung argumentiert. Zitat: "Die Aufnahme von Mitteln für die Neugestaltung des Marktplatzes wird beantragt. In Anlehnung an die Kostenschätzung soll ergänzt werden, dass auch Planungs- und Ausführungsmittel sowie Kosten für einen Stromanschluss mit in die Vorplanung und Kostenkalkulation einfließen." Wasser- und Abwasseranschlüsse hat der Bezirksbeirat leider nicht erwähnt. Der Botnanger Bürgerverein ist bereit, die Einrichtungen zu betreuen.</p>			

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
691	5969	Wohnbauförderung für einkommensschwache Familien	-erschwinglichen Wohnraum bereitstellen für Familien, Geringverdiener -die SWSG sollte mehr geförderten Wohnbau machen, anstelle teurer Eigentumswohnungen -günstiges Bauen fördern und fordern	582 (CDU), 784 (FDP), 810(SÖS/LINKE), 905 (REP)	GR stimmt zu	Das Wohnungsbaukonzept der Landeshauptstadt Stuttgart für die Jahre 2014 bis 2017 enthält Investitionen in den Wohnungsbau in Höhe von insgesamt 19,5 Millionen Euro. Davon entfallen u. a. 8,5 Millionen Euro auf die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus (insgesamt 500 Wohneinheiten bis 2017) und das Familienbauprogramm (insgesamt 200 Wohneinheiten bis 2017).
695	4743	handiCaptions-Festival im Rahmen des Sommertheater im Bohnenviertel und Theaterarbeit mit Jugendlichen mit und ohne Behinderungen	Seit 2004 veranstaltet die Kulturinitiative Bohnenviertel regelmäßig das Sommertheater. Zunächst als Aufwertung des Quartiers gedacht, entwickelte sich ab 2006 die Theaterarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus dem sozialen Brennpunkt. Die bis heute inszenierten Stücke sind preisgekrönt und weit über Stuttgart hinaus bekannt. 2011 wurde das Sommertheater zum handiCaptions-Festival ausschließlich für junge Künstler mit Behinderungen. Im selben Jahr wurde die Theatergruppe die "Rapsoden" um Mitspieler mit Behinderungen erweitert. Die Umstellung ist erfolgreich gelungen, wie das 1. gemeinsame Stück im Theaterhaus unter Beweis stellte. Eine Beteiligung bei der mittlerweile äußerst homogenen Gruppe steht allen Jugendlichen mit und ohne Behinderungen, aber auch älteren Menschen kostenlos offen. Wie die Erfahrung der KIBeV zeigt, handelt es sich bei den beiden Projekten um vorbildliche Beispiele von Inklusion. Hinzu kommt, dass berühmte professionelle Künstler die Arbeit unterstützen und den Teilnehmern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dafür erhalten sie minimale Honorare. Um dem mittlerweile traditionellen Festival im Bohnenviertel eine Zukunft zu sichern und der	615 (SPD)	GR lehnt ab	Im Zuge der Erhöhung der laufenden Mittel für die Kulturförderung werden zum Ausgleich der strukturellen Unterfinanzierung sowie für neue Projekte jeweils 1,4 Mio. EUR jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Fraktionen jedoch andere Prioritäten gesetzt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>erfolgreichen Arbeit der KIBeV eine Planungssicherheit zu gewährleisten (das ist man den Jugendlichen schuldig), wäre ein fester Etat in Höhe von € 25 000 für beide Veranstaltungsreihen zusammen wünschenswert. Dem Verein würde dadurch Luft entstehen, die er nicht mit permanenter "Geldsuche" verschwenden müsste. Die gewonnene Zeit würde der Arbeit mit den Jugendlichen und einer noch sorgfältigeren Programmauswahl zu Gute kommen. Kompetenzschwierigkeiten zwischen städt. Ämtern, die zwar über Inklusion reden, bei denen sie aber noch nicht angekommen zu sein scheint, würden so aus dem Weg geräumt sein, was wiederum allen Beteiligten zu Gute kommt. Außerdem stünde es der Stadt und einem ihrer ältesten Stadtquartiere, dem Bohnenviertel, gut zu Gesicht. Ein vergleichbares Festival gibt es sonst nur in Reutlingen.</p>			
701	5265	Niedrigere Mieten bei der SWSG	<p>Die SWSG ist mit 18.000 Wohnungen die größte kommunale Wohnungsgesellschaft und der größte Vermieter in Stuttgart. Die SWSG soll "im Auftrag der Stadt Stuttgart lebenswerten und preisgünstigen Wohnraum bereitstellen". Das Gegenteil ist der Fall. Die SWSG zockt die Mieter gnadenlos ab. Die Durchschnittsmiete liegt bei 6,22 Euro pro Quadratmeter. Ab 1. Juli sollen die Mieten weiter erhöht werden, um durchschnittlich 6,2% und bis zu 10.%. Diese Mieterhöhung muss zurückgenommen werden. Die Mieten der SWSG müssen auf maximal 4 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter abgesenkt werden. Das hätte eine dämpfende Wirkung auf das gesamte Mietpreinsniveau in Stuttgart und den Mietspiegel. Es ist nicht einzusehen, dass die Mieter der SWSG jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag an Gewinne finanzieren (15,9 Millionen Euro z.B. im Jahr 2011). Es gibt jährlich einen riesigen</p>	582 (CDU), 810 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Vorschlag hat im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Geldtransfer von der SWSG an die Stadt. Allein für den Erbbaupachtzins bringen die Mieten der SWSG jährlich 6 Millionen Euro für die Stadt, während die Bahn für die der Stadt gehörenden Gleisflächen keinen Cent Erbbaupacht bezahlt. Ständig kauft die SWSG mit den Gelder aus den Mieten die bebauten Grundstücke von der Stadt und transferiert so jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag in die Stadtkasse. Diese Mittel werden nicht für den Bau von preisgünstigen städtischen Wohnungen eingesetzt, sondern u. a. für Stuttgart 21 oder den Rosensteintunnel sinnlos verbrannt.			
715	4297	Gleisfeldbegrünung in der Neckarstrasse (Sanierungsgebiet Stöckach)	Die Neckarstrasse zwischen Stöckachplatz und SWR-Gebäude wird sehr vom "steinernen" und grauen Gleisfeld der Stadtbahn dominert - es ist mehrere Meter breit. Zusammen mit den teilweise wenig ansprechenden Gebäudefassaden trägt es zum eher schlechten Ruf der Neckarstrasse bei. Solch einen Ruf hat dieser interessante, abwechslungsreiche, multikulturelle, urbane und kreative "Charakter-Stadtteil" nicht verdient! Eine Begrünung der Gleisflächen (wie in anderen Stadtteilen bereits umgesetzt) würde eine enorme gestalterische Aufwertung der Neckarstrasse bedeuten, zumal es kaum andere Strassenbegrünung in diesem Bereich gibt (ebensowenig in der Hackstrasse). Der Stöckach ist mittlerweile auch offizielles Sanierungsgebiet der Stadt Stuttgart. Die Bürgerbeteiligung hat bereits begonnen. Dieser Vorschlag wird auch beim Stöckach-Treff besprochen. http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/326354/83329.pdf	745 (FDP)	GR lehnt ab	Die Begrünung der Gleise ist Aufgabe der SSB. Daher wurde hierzu kein Beschluss gefasst.
718	5388	Inklusionsaktionsplan	Die Grundlage der Inklusion in Stuttgart muss sein: „Behindert ist man nicht, sondern behindert	624 (SPD)	wird umgesetzt	Derzeit wird von der Stadtverwaltung eine

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>wird man.“ Und es ist deshalb die Aufgabe der Stadtgesellschaft diese Behinderungen, wie zum Beispiel fehlende Barrierefreiheit oder fehlende Leitsystemen abzubauen.Die Stadt Stuttgart braucht dabei einen „Aktionsplan Inklusion“, in dem systematisch aufgelistet wird, was die Stadt in den nächsten Jahren anpacken möchte und in welchen Bereichen sie Anstöße geben will.Im Bereich der Inklusion in den Kitas ist schon einiges geschehen. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf Aufnahme in eine reguläre Kita. Im Schulbereich beteiligt sich die Stadt an einem Schulversuch des Landes. Aber im Alltag haben Sehbehinderte oft das Problem nicht zu den ÖPNV-Haltestellen zu kommen, da sie ohne Leitsysteme orientierungslos sind, und auf fremde Hilfe angewiesen sind. Vorallem an Baustellen braucht man Leitsysteme und der Durchfahrtsweg muss für Rollstuhlfahrer barrierefrei erreichbar sein, was wohl das größte Problem im Bezirk Mitte ist.Die Kosten werden sich in einem Aktionsplan aufteilen, d.h. es wird nachhaltig gebaut!</p>			<p>Bestandsaufnahme der städtischen Aktivitäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Diese Ist-Erhebung wird im 1. Quartal 2014 abgeschlossen sein.Auf Basis der Bestandsaufnahme werden im Rahmen eines verwaltungswirtschaftlichen, referatsübergreifenden Projekts die konkreten weiteren Handlungsbedarfe identifiziert sowie entsprechende Maßnahmen einschließlich deren Finanzierungsbedarf abgeleitet. Dabei werden selbstverständlich auch Menschen mit Behinderung in geeigneter Form beteiligt. Im Anschluss an diese Bestandsaufnahme soll dann ein konkreter Aktionsplan erarbeitet werden, der auch eine klare Priorisierung enthält.</p>
721	6026	Stadtweite barrierefreie Umgestaltung sämtlicher Gehwege, Unter- und Überführungen von Straßen und Stadtbahnen	<p>Es kommt nicht selten vor, dass Rollstuhlfahrer – vor allem Elektrorollis – nicht auf dem Gehsteig fahren können, weil sie mit ihrem Gefährt schlichtweg nicht auf den Bordstein kommen. Das schaffen übrigens häufig auch alte Menschen mit Rollatoren nicht. Alle Gehwege aber auch Unter- und Überführungen (Ampelanlagen) von Straßen und Stadtbahnen müssen barrierefrei und behindertengerecht (auch für Seh- und Hörbehinderte) umgestaltet werden.</p>	435 (B90/Grüne)	GR stimmt zu	<p>Für Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußgängern im öffentlichen Straßenraum werden pauschal zusätzlich in den Jahren 2014/2015 je 400.000 EUR bereitgestellt. Damit werden Maßnahmen für die Barrierefreiheit und Sicherheit von Fußgängern im öffentlichen Straßenraum, barrierefreie Bushaltestellen, Verbesserungen an Gleisüberwegen (Z-Überwege) und Querungshilfen an Straßen</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						umgesetzt
722	3011	Kinderspielplätze aufrüsten und auf dem Laufenden halten	Unsere Kinderspielplätze sind in Stuttgart stellenweise Uralt und verrottet. Diese sollte man wieder in Ordnung bringen und regelmäßig Kontrollieren (siehe Seestr. in Stuttgart Nord), dieser Spielplatz verdient nicht einmal seinen Namen. Kinder sind unser Kapital, besser auf dem Spielplatz zu sein als vor dem Computer.	512 (CDU), 513 (CDU), 605 (SPD), 895 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt stehen schon bisher im Budget jährlich 700.000 EUR als Investitionspauschale für Spielplätze zur Verfügung. Diese Mittel werden hauptsächlich für den Spielgerätereinsatz verwendet. Eine Erhöhung der Pauschalen um 300.000 EUR jährlich für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 wurde zusätzlich beschlossen und kann für einen erhöhten Bedarf beim Spielgerätereinsatz verwendet werden.
730	4380	Vertikale Gärten zur Feinstaubreduzierung und Maßnahme gegen den Klimawandel	Gerade in den Städten ist der Platz für Pflanzen knapp. Warum nicht die Fassaden nutzen um ein grünes Umfeld zu schaffen und aktiv gegen den Feinstaub und die steigenden Temperaturen in Stuttgart vorzugehen? Als vertikale Gärten dienen Häuserwände in urbanen Landschaften zudem als Lebensraum für verschiedenste Wild- und Kulturpflanzen. Ihr Vorteil ist minimaler Platzbedarf. Begrünbare Fassaden stehen in Stuttgart in großem Ausmaß zur Verfügung. Das Garten- Friedhofs- und Forstamt fördert bisher lediglich die Begrünung von Dächern. Die fachliche und finanzielle Förderung sollte auch auf die Fassadenbegrünung ausgeweitet werden.	427 (B90/Grüne)	GR stimmt zu	Es wird ein Projektmittelbudget „Stadtgrünung“ einschließlich Urban Gardening in den Jahren 2014/2015 mit insg. p.a. 200.000 EUR bereitgestellt.
754	4702	Bürgerhaushalt der Stadtteile oder Stadtbezirke	Bei über 2000 Vorschlägen zum Bürgerhaushalt haben sich viele Bürger Gedanken gemacht. Wenn davon nur 100 Vorschläge dem Gemeinderat vorgelegt werden, ist das eine Verschwendung von Potenzial. Außerdem kann man nicht jede gute Idee bewerten, da man die Gegebenheiten in vielen Stadtteilen nicht genau	808 (SÖS/LINKE)	wird später entschieden	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde die Bereitstellung eines Bezirksbudgets beantragt, das verbindlich über Bezirksbürgerhaushalte verteilt wird. Dieser Antrag hat im Gemeinderat keine Mehrheit

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>kennt. Mein Vorschlag: Die ersten z. B. 20 Plätze jedes Stadtteils oder Stadtbezirks (nach den 100 Gewinnern), sollen in den jeweiligen Bezirksversammlungen nochmals vorgestellt und besprochen werden.</p>			<p>gefunden. Das aktuelle Bürgerhaushaltsverfahren wurde nach einem intensiven Abstimmungsprozess durch den Gemeinderat festgelegt. Die Ausgestaltung des Verfahrens ist insbesondere dem in Baden-Württemberg geltenden kommunalen Haushaltsrecht geschuldet, das ausschließlich dem Gemeinderat das Recht zuspricht, den Haushaltsplan zu beschließen. Der Gemeinderat kann seine durch die Gemeindeordnung zugewiesene Entscheidungsbefugnis nicht ohne weiteres auf die Gremien der Stadtbezirke oder die Bürgerschaft übertragen. Ziel des Stuttgarter Bürgerhaushaltes ist es, dem Gemeinderat mit dem offenen Bewertungsverfahren eine Entscheidungshilfe für die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu fassenden Beschlüsse zu geben. Der Stuttgarter Bürgerhaushalt wird jedoch stetig weiter entwickelt. Im 1. Quartal 2014 ist erneut eine Evaluation des Bürgerhaushaltsverfahrens vorgesehen. In diesem Rahmen können Anpassungen und Änderungen am Verfahren erörtert werden.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
764	5941	Eisenbahnunterführung am Ende der Unterländerstraße	Das Objekt (Eisenbahnunterführung) ist in einem desolaten Zustand. Es ist immer verschmutzt und sehr dunkel. Oft ist es auch nass durch das Regenwasser und alles in allem eine Unzumutbarkeit für alle Fußgänger und Radfahrer. Das Objekt sollte dringend saniert, besser beleuchtet und gereinigt werden.	520 (CDU)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
766	5442	Gemeinde- und Bezirksbeiratssitzungen im Internet bereitstellen	Die öffentlich stattfindenden Sitzungen des Gemeinderats und die Bezirksbeiratssitzungen in den jeweiligen Bezirken sollten per Livestream ins Internet gestellt werden und als Podcast zu beliebigen Zeitpunkten durch Stuttgarter Bürger abrufbar sein.	808 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	Im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses zur Bürgerbeteiligung sollen weitere Verbesserungen zur Informationspolitik der Stadt entwickelt und umgesetzt werden. Es ist geplant, in den kommenden Jahren ein neues Ratsinformationssystem zu entwickeln. Hierfür wird die Verwaltung Anfang 2014 mit Vertretern des Gemeinderates einen Workshop durchführen. Erst danach kann ein Anforderungsprofil an das neue System erstellt und weitere Schritte veranlasst werden.
770	5889	Wir brauchen ein unabhängiges Zentrum für Erwerbslose und prekär Beschäftigte in Stuttgart	In der Landeshauptstadt brauchen wir eine Anlaufstelle für Menschen, die erwerbslos sind oder erwerbstätig mit so geringem Einkommen, dass sie auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Das betrifft insbesondere BezieherInnen von Grundsicherung für Arbeitsuchende (Alg2). Aufgrund der rechtlichen Konstruktion sind auch deren Kinder betroffen. Derzeit beziehen über 37.000 Menschen in Stuttgart Alg2, davon über 10.000 Kinder bis 15 Jahre. Die dem Gesetz folgende Verwaltungspraxis erschwert sowohl die Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche auf Seiten der Betroffenen, als auch diese Praxis für das Personal städtischer	871 (SÖS/LINKE)	wird nicht umgesetzt	Der Antrag, die Stadt möge geeignete Räumlichkeiten für ein Zentrum für Erwerbslose und Menschen mit wenig Geld zur Verfügung stellen, hat sich mit der Erklärung der Verwaltung, dass die Stadt über keine geeigneten Räumlichkeiten verfügt, erledigt. Im Rahmen der Prioritätensetzung wurde dieses Vorhaben aufgrund der engen Finanzlage als nicht vordringlich eingestuft und zurückgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Behörden einen organisatorischen Mehraufwand darstellt. Dies geht oft auf Kosten einer individuellen, lebensorientierten Beratung und Vermittlung auf den Arbeitsmarkt. Sinnvolles „Fördern“ wurde mit Einsparungen weitgehend beschränkt, „Fordern“ wird umgesetzt und hinterlässt bei vielen Betroffenen Ratlosigkeit sowie ein Gefühl der Entrechtung und Demütigung.</p> <p>Deshalb braucht es einen Ort, ein Zentrum, das professionelle Beratung und Unterstützung leistet und einen ganzheitlichen Lösungsansatz vertritt. Dadurch könnte auch ein Austausch der Betroffenen mit dem Jobcenter erleichtert und Probleme oder Missverständnisse schneller gelöst werden, was erfahrungsgemäß die Arbeit der Jobcenter-MitarbeiterInnen entlastet. Ebenso kann im Zentrum der gegenseitige Austausch von Betroffenen, die Wiedergabe und Reflexion eigener Erfahrungen stattfinden.</p> <p>Mit einem Zentrum erweitert die Stadt ihre kulturelle Vielfalt und bietet eine Plattform der Bürgerbeteiligung für Menschen an, die oft ausgegrenzt werden.</p> <p>Es besteht bereits ein Bündnis zur Realisierung des Projektes, potentiell in Form eines Trägervereines. Weiteren Kooperationspartnern steht die Mitarbeit offen.</p> <p>Ein Finanzierungsbedarf besteht für mind. 2 Teilzeitstellen für Fachkräfte sowie Raum- und Materialkosten. Ansprechpartner u.a.: Jörg Munder (DGB Region Nordwürttemberg) Franz Schürle (ver.di-Erwerbslosenausschuss)</p>			Die Thematik wird ggf. im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen.
781	4445	Müll-Bewusstsein schärfen	<p>Bewusstsein in der Bevölkerung schärfen für:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Müllvermeidung - Mülltrennung - Abfall nicht auf Straßen und Plätzen abladen 	505 (CDU), 612 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit vorgelegt. Für die Umsetzung der

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Bonus für Umweltbewusstsein verleihen.			den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart betreffenden Maßnahmen hat der Gemeinderat zusätzliche Mittel beschlossen, die im städtischen Haushalt ab 2014 bzw. ab 2015 zur Verfügung gestellt und dem Eigenbetrieb AWS künftig als erhöhte Leistungsentgelte zufließen werden.
791	4158	Neugestaltung Bahnunterführung Unterländer Straße	Umgestaltung des Durchlasses Unterländer Straße bis Abzweigung Stammheimer Straße durch:Verbesserung der Beleuchtungssituation und Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.Erneuerung des Straßenbelages mit Entfernung der alten Stadtbahngleise.Verbesserung der hygienischen Bedingungen durch Grundreinigung und Entfernung des Taubenkot.Optische Verbesserung der sehens- und erhaltenswerten Stahlkonstruktion durch Neuanstrich und setzen von Akzenten durch Lichtelemente.Aufwertung des Stadtbildes von Zuffenhausen am auslaufenden Ende einer Einkaufsstraße.Kostenbeteiligung der Bahn als Eigentümer der Unterführungen einfordern.	520 (CDU)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
795	5731	Die Bürger sollen im nächsten Bürgerhaushalt über ein BÜRGER-BUDGET verfügen und entscheiden können.	Wirkliche Mitgestaltung und Partizipation am Haushaltsplan der Kommune setzt eine vom Gemeinderat bereitgestellte Summe voraus, über die die Bürger in einem Beteiligungsverfahren verfügen können. Es gibt bereits Kommunen, die hinsichtlich der Mitwirkung der Bürger am Haushaltsplan andere Verfahren als die Stadt Stuttgart gefunden haben. Beispiele: Kleine Kommunen, z.B. Eberswalde : http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1048818 Große Kommunen, z.B. Berlin-Lichtenberg:	808(SÖS/LINKE), 975 (SÖS/LINKE)	wird später entschieden	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde die Bereitstellung eines Bezirksbudgets beantragt, das verbindlich über Bezirksbürgerhaushalte verteilt wird. Dieser Antrag hat im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden. Das aktuelle Bürgerhaushaltsverfahren wurde nach einem intensiven Abstimmungsprozess durch den

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/presse/archiv/20130220.1030.381567.html Ganz große Kommunen, z.B. New York City englisch: http://pbnyc.org/ deutsch: http://participedia.net/de/faelle/participatory-budgeting-new-york-new-york-b-rgerhaushalt-new-york			Gemeinderat festgelegt. Die Ausgestaltung des Verfahrens ist insbesondere dem in Baden-Württemberg geltenden kommunalen Haushaltsrecht geschuldet, das ausschließlich dem Gemeinderat das Recht zuspricht, den Haushaltsplan zu beschließen. Der Gemeinderat kann seine durch die Gemeindeordnung zugewiesene Entscheidungsbefugnis nicht ohne weiteres auf die Gremien der Stadtbezirke oder die Bürgerschaft übertragen. Ziel des Stuttgarter Bürgerhaushaltes ist es, dem Gemeinderat mit dem offenen Bewertungsverfahren eine Entscheidungshilfe für die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu fassenden Beschlüsse zu geben. Der Stuttgarter Bürgerhaushalt wird jedoch stetig weiter entwickelt. Im 1. Quartal 2014 ist erneut eine Evaluation des Bürgerhaushaltsverfahrens vorgesehen. In diesem Rahmen können Anpassungen und Änderungen am Verfahren erörtert werden.
804	2755	Sauberkeit - Mehr Müllbehälter, Informationen und Bürgerpatenschaften	Um die Vermüllung der Grünstreifen, z.B. Rotebühlstraße in der Umgebung von Schulen und Kiosken, zu reduzieren: Aufstellung weiterer Müllbehälter, Infoveranstaltung in Schulen und an Kiosken und Kneipen, eventuell Hinweis auf "Reinigungspflichten!" Bürgerpatenschaften und/oder gemeinsame Reinigungsaktivitäten der Schulen für bestimmte Bereiche, wie z.B.	505 (CDU), 612 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit vorgelegt. Für die Umsetzung der den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart betreffenden Maßnahmen hat der Gemeinderat zusätzliche

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Grünstreifen entlang der Rotebühlstraße, Johannesstraße usw.			Mittel beschlossen, die im städtischen Haushalt ab 2014 bzw. ab 2015 zur Verfügung gestellt und dem Eigenbetrieb AWS künftig als erhöhte Leistungsentgelte zufließen werden.
810	5931	Neutrale und kostenlose Informationspolitik der Stadt	<p>Die Informationspolitik der Stadt muss wesentlich verbessert werden. Sie muss absolut neutral sein. Informationen – etwa das Amtsblatt – müssen für alle kostenlos erhältlich sein.</p> <p>Die öffentliche Hand muss in ihren Informationsmedien ausgewogen und neutral berichten. Einseitige und irreführende Propaganda, etwa für Bauprojekte, darf nicht sein. Damit verbunden ist auch die sofortige Einstellung der städtischen Zahlungen zur Finanzierung des sogenannten Kommunikationsbüro Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V., der Mitfinanzierung der Werbeausstellung im Rathaus und der Finanzierung des Vereins Turmforum.</p> <p>Gemeinderatssitzungen, Ausschusssitzungen und Bezirksbeiratssitzungen müssen alle komplett öffentlich sein und per Videostream im Internet direkt übertragen werden. Diese Videos sowie auch Wortprotokolle müssen über das Internet von den Bürgern auch später noch abgerufen werden können.</p> <p>Das Amtsblatt muss für alle kostenlos erhältlich sein, es muss auch im Internet kostenlos abrufbar sein – auch sämtliche ältere Ausgaben.</p>	808 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	<p>Im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses zur Bürgerbeteiligung sollen auch weitere Verbesserungen zur Informationspolitik der Stadt entwickelt und umgesetzt werden. Die wesentlichen Inhalte des Amtsblattes sind bereits frei über das Internet abrufbar.</p> <p>Am Bahnprojekt S21 wird entsprechend der gemeinderätlichen Beschlussfassung weiterhin festgehalten und damit auch an der Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema. Die Stadt Stuttgart ist stets bemüht ausgewogen und neutral zu berichten.</p>
816	4073	Fahriengelände sanieren	Da ich in direkter Nachbarschaft wohne, schlage ich die Sanierung und Nutzung des Fahriengeländes im Sinne der AG Städtebauliche Entwicklung Feuerbach vor. Der Wildwuchs auf dem Gelände und die damit verbundene Lärm- und Geruchsbelästigung ist für die Anwohner nicht zumutbar. Mit dem Vorschlag der AG würde	603 (SPD), 664 (FW)	GR stimmt teilweise zu	Es wurde beschlossen, dass sofern sich ein Bedarf für städtebauliche Planungen in den Jahren 2014 und 2015 ergibt, die dann erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			sowohl dringend benötigtes Wohnen, Kleingewerbe und die dringend benötigten Sportanlagen nebst Schülermensa umgesetzt.			
822	3932	TREFFPUNKT Rotebühlplatz sanieren	Der TREFFPUNKT Rotebühlplatz braucht nach 20 Jahren der Nutzung umfangreiche Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen. In den mittlerweile 21 Jahren der Nutzung des TREFFPUNKT Rotebühlplatz wurden kaum Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen unternommen. Für das Prestige und die Beliebtheit des Hauses mit seinen anspruchsvollen und qualitativ hochwertigen Veranstaltungen und Kursangeboten wird dringend eine Überholung von Mobiliar, Technik und Fachräumen notwendig. Damit der TREFFPUNKT Rotebühlplatz ein lebendiger und einladender Ort der Begegnung, Bildung und Kultur bleibt.	597 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Für Brandschutzmaßnahmen im Treffpunkt Rotebühlplatz wurden 0,51 Mio. EUR bereitgestellt.
827	5712	Hörte können nur dann abgeschafft werden, wenn die ganztageschule die Qualität der ErzieherInnen mit einbindet!	Besonders für viele Geschwisterkinder im Kinderhaus St. Maria wird es dieses Schuljahr keine Hortplätze geben. Aber für eine Berufstätige Mutter wie mich, die davon ausging, dass die Schwester auch einen Hortplatz bekommen wird, ist diese Aussage ziemlich hart, denn man kann wegen des Gemeinderatsbeschlusses auch wenig bewegen. Sie sollten noch die bestehenden Horte beibehalten, denn der Bedarf ist da. Die Kernbetreuung an der Römerschule kann uns in der schulfreien Zeit auch nicht weiter behilflich sein! Bitte erlauben Sie, dass es für diese Kinder eine Sonderregelung gibt und schaffen Sie die Horte nicht all zu früh ab, denn weder die Schulen, das Personal noch die Familien und die außerschulischen Bildungseinrichtungen sind so weit!	488 (CDU), 648 (FW), 876 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Umstellung auf Schülerhäuser erfolgt sukzessive als „sanfter Übergang“, dabei werden jeweils die örtlichen Gegebenheiten besonders berücksichtigt. Die zuständigen Ausschüsse des Gemeinderats werden laufend über den Umstellungsprozess unterrichtet.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Lieber die Qualität der Ganztagschule vorbereiten und dann die Qualität und Existenz der Horte abschaffen!			
828	6061	Nachhaltige Instandsetzung der Straßen - kein minderwertiges Stopfen der witterungsbedingten Winterlöcher im Asphalt	Durch die nachhaltige Instandsetzung der Stuttgarter Straßen könnte sich die Stadt (aber auch der geplagte Autofahrer) jedes Jahr Unsummen an Geld sparen. Ein minderwertiges Stopfen der witterungsbedingten Winterlöcher im Asphalt ist keine Lösung, um langfristig sparen zu können. Dies zeigt sich jedes Jahr aufs neue durch das erneute Aufbrechen genau der gleichen, im Frühjahr zuvor gestopften Löcher. Wann nehmen das endlich die Entscheider wahr ?	500 (CDU), 705 (FDP)	GR stimmt zu	Der pauschalen Erhöhung der Mittel für Unterhaltung und Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen im Doppelhaushalt 2014/2015 um je 1.800.000 EUR pro Jahr wurde zugestimmt
832	2880	Stadtteilbiergarten Leipziger Platz	Der heutige Unterstand auf der oberen Seite des Leipziger Platzes verwaht auf Dauer. Um für die Bürger den Platz mit den Spielmöglichkeiten für Tischtennis, Bodga in der Attraktivität zu verbessern, könnte statt des Unterstandes eine kleine Wirtschaft (ähnlich Karlshöhe) errichtet werden. (Selbst im Winter könnte Glühwein oder Teeverkauf das mögliche Rodeln für Familien attraktiver machen.)	743 (FDP)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
836	5625	Straßen, Rad- und Gehwege ordentlich und langfristig sanieren	Wie überall in Stuttgart sind auch im Stuttgarter Westen nicht nur die Straßen, sondern auch die Geh- und Radwege in enorm schlechtem Zustand. Wenn sie saniert werden – dann gleichen sie lediglich einem notdürftigen Flickwerk. Das Budget für die Straßensanierung und -instandhaltung muss ausgeweitet werden, da schon kleine nicht ausgebesserte Schäden den Zustand der Straßen auf Dauer verschlimmern, was langfristig gesehen den Haushalt der Stadt deutlich stärker belastet als eine frühzeitige Vorbeugung weiterer Schäden.	500 (CDU), 601 (SPD), 642 (FW), 705 (FDP), 911 (REP)	GR stimmt zu	Der pauschalen Erhöhung der Mittel für Unterhaltung und Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen im Doppelhaushalt 2014/2015 um je 1.800.000 EUR/Jahr wurde zugestimmt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
837	5857	Stadttauben-Management	Wir vom Taubenteam Stuttgart haben in den letzten Jahren 3600 Taubeneier gegen Kunststoffeier ausgetauscht. Wir setzen uns aus ehrenamtlichen Taubenpaten, bezahlten Taubenwarten und dem Amt für öffentl. Ordnung zusammen. Um für Mensch und Tier eine spürbare Erleichterung zu finden brauchen wir für Stuttgart noch ca. 10 betreute Taubenschläge. Außerdem eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung für das moderne Stadttauben-Management. Dafür benötigen wir einen finanziellen Rahmen. Die Pflanzen und Bäume der Stadt werden sehr intensiv betreut. Warum die Tauben nicht? Sie sind die wenigen Tiere die unsere hektischen und lärmenden Stadtzentren besiedeln können und sind in vieler Hinsicht auch eine wertvolle Bereicherung. Kaum ein wildledernes Tier kann so aus der Nähe beobachtet werden und macht Jung und Alt besonderen Spaß. Gegen gelegentliches taubenfütterin ist nichts zu sagen (Prof. Haag-Wackernagel) hingegen muss vom systematischen taubenfütterin im großen Stil abgeraten werden. Wir bitten für unser zukunftsorientiertes Projekt um finanzielle Hilfe.	431 (B90/Grüne)	GR stimmt zu	Der Gemeinderat hat für neue Taubenobjekte in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 60.000 Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden dort eingesetzt, wo sich ein geeigneter Standort für ein Taubenobjekt findet.
843	5269	Mehr Schulsekretäre / Schulsekretärinnen und Verwaltungsassistenten / Verwaltungsassistentinnen wegen Zusatzaufgaben	Durch die Bonuscard-Regelung, Jugendbegleiter-Abrechnungen etc. sind die Schulsekretariate zusätzlich belastet. Wir fordern eine deutliche Aufstockung der Zuteilungszahlen für die Schulsekretariate. Zusätzlich muss jede Schule zur Entlastung der Schulleitung noch einen Verwaltungsassistenten/-in zugeteilt bekommen, um den erheblich gestiegenen Verwaltungsanforderungen des laufenden Betriebes gerecht zu werden.	497 (CDU), 632 (SPD), 653 (FW), 838 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Es wurden 3,25 neue Stellen zur Entlastung in den Schulsekretariaten geschaffen.
864	3722	Umbau der Kreuzung Waldburgstraße Robert-	Umbau der Kreuzung in einen Kreisverkehr. Dadurch würden die anliegenden Straßen vom	724 (FDP)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
		Koch-Straße in einen Kreisverkehr	Schleichverkehr befreit und die Buslinie 82 beschleunigt.			Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
871	2974	Takt 91-er Bus erhöhen	Der 91-er Bus fährt im unattraktiven halbstündigen Takt und endet abends zu früh. Bitte den Takt erhöhen, dann wird der Bus auch mehr genutzt.	751 (FDP)	wird geprüft	Der Haushaltsantrag, der diesen Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt aufgegriffen hatte, wurde zurückgezogen (Zuständigkeit liegt bei der SSB). Ein Beschluss wurde in den Haushaltsplanberatungen nicht gefasst.
873	3156	Rosensteintunnel / Leuzetunnel nicht bauen	Den Rosensteintunnel oder Leuzetunnel nicht bauen.	809 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Am 8. November 2012 hat der Gemeinderat dem grundsätzlichen Baubeschluss für die Tunnelbaumaßnahmen zugestimmt. Auf dieser Grundlage hat der Ausschuss für Umwelt und Technik die Vergabe der Rohbauarbeiten für die B 10/B 14 Verbindung am Leuze und weitere Beauftragungen für die Baufeldfreimachung beschlossen. Umfangreiche Leitungsverlegungen wurden bereits in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführt. Bis Ende des Jahres 2013 liegen die Ausgaben für das Projekt bei ca. 25 Mio. EUR. Über die erteilten Aufträge sind weitere Finanzmittel in Höhe von ca. 50 Mio. EUR gebunden. Eine Stornierung der Aufträge würde entsprechende Schadensersatzansprüche auslösen. Eine Beendigung des Projektes wurde durch den Gemeinderat abgelehnt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
903	5819	Aufstellung von Taubenhäusern	<p>'Feuerbach wird zunehmend von einer Taubenplage heimgesucht. In einigen Bereichen können z.B. die Balkone wg. völliger Verschmutzung durch den Taubenkot nicht mehr benutzt werden. Hier besteht eine aktive Gefahr der Bewohner durch Verschleppung von Bakterien, Viren und Parasiten, insbesondere auch bei den zweifellos notwendigen Reinigungsarbeiten.</p> <p>Durch Aufstellen von drei Taubenhäusern im Bereich Alter Friedhof, Ortsmitte und Bahnhof Feuerbach könnte diesem inakzeptablen Zustand abgeholfen werden.</p> <p>Eine Regulierung der Taubenpopulation durch Austausch der Eier durch Gipseier im Rythmus von ca. 2 Wochen durch z.B. 1-Euro-Jobber könnte hier Abhilfe schaffen.</p>	431 (B90/Grüne)	wird geprüft	<p>Der Gemeinderat hat für neue Taubenobjekte in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 60.000 Euro zur Verfügung gestellt.</p> <p>Diese Mittel werden dort eingesetzt, wo sich ein geeigneter Standort für ein Taubenobjekt findet.</p>
905	4260	Für ein sauberes Stuttgart - es ist unsere Stadt	<p>Stuttgart ist eine schöne und lebenswerte Stadt. Leider ist seit einiger Zeit zu beobachten, dass die Stuttgarter Innenstadt immer mehr zu einer "Müllhalde" verkommt. Normaler Alltagsmüll wird nicht in Abfalltonnen oder Mülleimern entsorgt, sondern vermehrt in Ausfallstraßen, Grünflächen oder am Wegesrand weggeworfen. Besonders möchten wir auf die Straßenschilder in der Innenstadt rund um den Hauptbahnhof und den Schlossplatz aufmerksam machen. Auf nahezu jedem Verkehrs- und Hinweisschild befindet sich eine Unmenge an Aufklebern, die dort nicht hingehören, die die Lesbarkeit der Schilder beeinträchtigen und in ihrer Fülle die Stadt schlicht und einfach verschandeln. Wir sehen es als nützlich und dringlich an, zusätzliche Mittel im Rahmen des Bürgerhaushalts für die Sauberkeit der Stadt Stuttgart zur Verfügung zu stellen. Die Gruppe "Es ist deine Stadt" setzt sich aktiv für ein sauberes und schönes Stuttgart ein.</p>	507 (CDU), 505 (CDU), 612 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	<p>Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde dem Gemeinderat ein 10-Punkte-Programm zur Sauberkeit vorgelegt. Für die Umsetzung der den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart betreffenden Maßnahmen hat der Gemeinderat zusätzliche Mittel beschlossen, die im städtischen Haushalt ab 2014 bzw. ab 2015 zur Verfügung gestellt und dem Eigenbetrieb AWS künftig als erhöhte Leistungsentgelte zufließen werden.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
922	2983	Sanierung / Neugestaltung Löwenmarkt	Der Löwenmarkt ist einfach kein schöner Platz an dem man sich in Weilimdorf treffen könnte. Er ist immer dreckig und schmutzig. Auch weil sich dort ja keiner aufhalten möchte. Mehr Bäume, Sauberkeit, alte Glaskästen weg.	683 (FW), 736 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Beauftragung weiterer Planungsleistungen bis zur baureifen Planung für den Platz (sogenanntes Kiesbett), den Kreisverkehr Solitude-/Pforzheimer/Rennstraße sowie die Einmündung im Bereich Solitude-/Glemsgaustraße werden ca. 150.000 EUR bereitgestellt.
933	5451	Bauvorhaben der Stadt und des Landes online allen Bürgern zur Verfügung stellen	Alle durch die Stadt / bzw. durch andere Personen nicht geschützte Bauvorhaben rechtzeitig im Internet allen Bürgern zugänglich machen und nicht durch komplizierte und eingeschränkte Zugänge in Behörden. Schaffung von mehr Transparenz bei den Entscheidungen der Stadt	808 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	Im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses zur Bürgerbeteiligung sollen weitere Verbesserungen zur Informationspolitik der Stadt entwickelt und umgesetzt werden.
936	6072	Biotop-Pflege am Wegrand in den Neckarvororten	Seit einigen Jahren werden in Uhlbach und Obertürkheim sowie in Zazenhausen und Mühlhausen in den Biotopverbundgebieten entlang von Feldwegen Böschungen mit besonders wertvollen Pflanzenbeständen und geschützten Biotopen durch die Stadt Stuttgart gepflegt. Die Durchführung erfolgte über Firmen des sozialen Arbeitsmarktes. Wie die Pflege weitergeführt werden kann, ist ungewiss, eine langfristige Sicherung besteht bis heute nicht. Ohne Pflege wachsen diese Wegraine aber zu. Ein dauerhafter Biotoppflegetat für das Amt für Umweltschutz würde hier Abhilfe schaffen. Das Vorhaben wird vom AK Biotopverbund Zazenhausen/Mühlhausen für den Bürgerhaushalt aufbereitet; auch Ober-/Untertürkheim soll einbezogen werden.	425 (B90/Grüne)	GR lehnt ab	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde der Vorschlag aufgegriffen, die Arbeiten im Biotopverbund weiterhin zu unterstützen und fortzuführen. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Fraktionen jedoch andere Prioritäten gesetzt.
966	5279	Straßenzustand verbessern	In Stuttgart haben wir im Gegensatz zu den 90-er Jahren einen Straßenzustand, der in Europa zu den schlechtesten zählt. Als Beispiel kann ich für Degerloch folgende Straßen nennen:	500 (CDU), 601 (SPD), 705 (FDP)	GR stimmt zu	Der pauschalen Erhöhung der Mittel für Unterhaltung und Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen im Doppelhaushalt 2014/2015 um je

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Reutlingerstraße, Epplerstraße, Löwenstraße, Königstraße. Wenn wir diese dringenden Sanierungsarbeiten nicht schnellstens durchführen, wird dies in den Folgejahren immer teurer für die Steuerzahler. Also kein Geld für Prestigeobjekte, sondern für Sanierungsarbeiten im Straßenbau.			1.800.000 EUR/Jahr wurde zugestimmt.
975	3592	Halbtags-Kindergärten um Nachmittagsgruppen erweitern	Es gibt Kindergärten, die sind nur halbtags belegt, z.B. bis ca. 13.00 Uhr. Den Rest des Tages stehen diese Einrichtungen leer. D.h. im Kindergarten gibt es eine Vormittagsgruppe hauptsächlich für Elternteile die vormittags arbeiten. Man könnte versuchen in diese Kindergärten auch noch eine Nachmittagsgruppe unterzubringen, für Elternteile, die nachmittags arbeiten. Selbstverständlich braucht man dazu das erforderliche Personal und eine ausgezeichnete Organisation.	465 (CDU), 588 (SPD), 643 (FW)	GR stimmt zu	Es ist vorgesehen, die Möglichkeit des Platzsharings auszubauen. Hierfür wurden im Haushaltsplan 2014/2015 jeweils 250.000 EUR zusätzlich zur Verfügung gestellt.
981	3714	Rückbau alter Straßenbahngleise in der Unterländerstraße / Stammheimer Straße	Die ehemaligen Straßenbahnschienen ab Kreisverkehr Burgunder-/Unterländer Straße bis Stammheimer Straße sollten dringend entfernt und die Fußgängerwege zu Lasten der Straße verbreitert werden. Ferner wäre es wünschenswert, wenn in diesem Bereich Bäume gepflanzt werden.	520 (CDU)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
991	5082	Toiletten im Stadtteil Vaihingen	Die Toiletten in Vaihingen entsprechen nicht der >Größe des Stadtteils.Die Toiletten vor dem heutigen Bülowcengter wurden vor Jahren beseizigt.Die Toiletten am Krehlplätzle sind seit Jahren stillgelegt und es gibt Pläne, diese zuzuschütten.Die Toilette hinter dem Rathaus gilt als unsauber und es gibt Gerüchte, dass diese auch stillgelegt wird.Die Toilette in der Unterführung Schillerplatz ist nicht behindertengerecht und die Unterführung wird von der Bevölkerung auch gemieden,zumal es	723 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Der Vorschlag, zusätzliche Mittel für öffentliche Toiletten zur Verfügung zu stellen, wurde bei den Haushaltsplanberatungen aufgegriffen. Im Doppelhaushalt 2014/2015 stehen dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart dafür insgesamt 110.000 EUR als zusätzliches Leistungsentgelt zur Verfügung. Der Stadtbezirk Vaihingen hat neben

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			inzwischen einen Überweg gibt und die Unterführung deshalb wenig begangen ist. Die einzige Toilette weithin befindet sich in der Garagenetage der Schwabengalerie. Somit für Leute, die nicht gerade dort einkaufen, weit vom Schuss. Überdies eine privatwirtschaftliche Institution. Bitte: die Toilette hinten im Rathaus besser führen und weiterhin betreiben. Außerdem: zusammen mit dem örtlichen Verband der Einzelhändler einen Weg suchen, wie z.B. im Scharr-Areal oder im Schillerzentrum mit Investitionsbeteiligung der Stadt leicht begehbare und findbare Toiletten eingerichtet werden.			Zuffenhausen die meisten öffentlichen Toiletten der Außenbezirke. Daher wird aufgrund höherer Priorität zunächst am Standort Jägerstraße für den Busgelegenheitsverkehr eine zusätzliche Automatikoilette errichtet. Die Rahmenbedingungen für weitere Toilettenanlagen im Stadtteil Vaihingen wären mit dem Bezirksbeirat zu erarbeiten und die Standortsuche mit dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung zu klären.
994	4316	Mehr Bildungs- und Kulturarbeit in den Stadtteilen durch die vhs stuttgart	In den äußeren Stuttgarter Stadtbezirken ist der Bedarf und die Nachfrage an Bildungs- und Kulturangeboten für die Bürgerinnen und Bürger sehr groß. Die vhs stuttgart könnte mit einer gezielten Stadtteilarbeit diese Nachfrage bedienen. Dazu müsste die dezentrale Stadtteilarbeit der vhs durch die Stadt bezuschusst werden. Eine Ausweitung der Angebote für die Interessen und Bedarfe von Bürgerinnen und Bürgern, die weniger mobil und zugleich an ihren Stadtteil gebunden sind, wird angestrebt. Dazu gehören unter anderem Kinder und Jugendliche, Senioren, eher bildungsbenachteiligte Gruppen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, mit einem für sie gezielt ausgearbeiteten Angebot in ihrem Stadtteil angesprochen zu werden. Dazu möchte die vhs gerne vor Ort mit ansässigen Institutionen und Vereinen kooperieren und eine Vernetzung der in den Stadtteilen aktiven Institutionen vorantreiben, um neue und gewinnbringende Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Für dieses Vorhaben – das auch eindeutig die	451 (B90/Grüne), 597 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Die Volkshochschule (VHS) erhielt bislang einen städtischen Zuschuss - ohne Sondermittel - in Höhe von rd. 3,57 Mio. EUR pro Jahr, der künftig um 200.000 EUR pro Jahr erhöht wird. Eine Zweckbindung, die Mittel beispielsweise für eine verstärkte Stadtteilarbeit zu verwenden, ist damit jedoch nicht verknüpft.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Attraktivität der äußeren Stuttgarter Bezirke positiv beeinflusst - braucht die vhs vor allem für eine enge personelle Betreuung der Angebote, die Miete von Räumlichkeiten, der Bereitstellung von Infrastruktur etc. städtische Gelder.			
997	5620	Mehr Mitbestimmung für Bezirksbeiräte	Bezirksbeiräte sollen künftig nicht nur direkt vom Bürger gewählt werden, sondern auch viel mehr mitbestimmen können. Die Ausschüsse des Gemeinderates und der Gemeinderat selbst sollen sich nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit über die Beschlüsse der Bezirksbeiräte hinwegsetzen dürfen.	808 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Die Direktwahl der Stuttgarter Bezirksbeiräte wurde zuletzt am 26. Juni 2003 vom Gemeinderat zurückgestellt. Bisher gab es vom Gemeinderat keinen weiteren Vorstoß hierzu.
1008	3634	Schlaglöcher auf Straßen und Plätzen erst instand setzen, bevor neue Straßen gebaut werden	Mehrere Stuttgarter Straßen und Plätze sind inzwischen in einem schlechten Zustand und sollten instandgesetzt werden, bevor immer wieder neue Straßen und Plätze gebaut werden.	500 (CDU), 705 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Der pauschalen Erhöhung der Mittel für Unterhaltung und Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen im Doppelhaushalt 2014/2015 um je 1.800.000 EUR/Jahr wurde zugestimmt.
1018	4559	Falsches Parken mehr kontrollieren	Widerrechtliches Parken, Parken an Kreuzungen ohne 5-Meter-Abstand, und und und. Durch das Ordnungsamt sollte viel mehr kontrolliert werden. Die Einnahmen durch die Bußgelder würden die Personalkosten weit übersteigen.	600 (SPD), 812 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Um dem Problem entgegen zu wirken hat der Gemeinderat den Vorschlag der Verwaltung zur Einrichtung einer schnellen Sondereingreiftruppe im ruhenden Verkehr mit 2 Überwachungsgruppen zugestimmt.
1041	4544	Internet-Streaming der Gemeinderatssitzungen: Ausschüsse und Plenum	Alle öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse werden öffentlich als Stream übertragen (= im Internet live übertragen sowie aufgezeichnet). Sowohl Plenums- als auch Ausschuss-Sitzungen, wie z.B. die Zusammenkünfte des Umwelt- und Technikausschusses (UTA), sollen den Bürgern zugänglich gemacht werden. - Insbesondere die häufigen UTA-Sitzungen am Dienstag von 8:30 bis 12:30 (maximal, öffentlicher Teil endet früher) sind für die meisten Interessierten wie Angestellte	808 (SÖS/LINKE)	wird geprüft	Voraussichtlich bis Ende 2014 wird sich eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Thema Bürgerbeteiligung befassen. Dabei wird auch das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, Sitzungen im Internet zu streamen geprüft.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			mit konventionellen Arbeitszeiten physisch weitgehend unzugänglich, obwohl sie besonders relevant und interessant sind. Kosten: Je nach Lösung zwischen 150 und 75.000 Euro, die Verwaltung muss auch deswegen Stellung beziehen, weil die Infrastruktur für so etwas im Rathaus bereits zum großen Teil existiert. Das wird die Kosten noch weiter senken. Anmerkung: das ist weniger als die Kosten dieses Verfahrens Bürgerhaushalt.			
1053	5368	Neugestaltung des Stuttgarter Bürgerhaushalts - wirkliche Mitbestimmung ermöglichen	Bürgerhaushalte mit beratender Funktion mögen ein erster Schritt hin zu tatsächlicher Bürgerbeteiligung sein. Andere Länder sind fortschrittlicher. Sie zeigen, daß das Verfahren den Bürgern und ihren Anliegen erst dann gerecht werden kann, wenn die Beteiligten auch entscheiden können. Es geht um nicht weniger als die Qualität von Demokratie. Mitbestimmung trägt dazu bei, Distanz zwischen (oft störrischen und betriebsblinden) Politikern und Wählenden zu minimieren. An Politik Desinteressierte und Skeptiker können so in die öffentliche Debatte integriert werden. Nicht zuletzt ist es absurd, viel Geld um der puren Information willen auszugeben, um dann zu erklären, es stehe kein Geld zur Verfügung.	808(SÖS/LINKE), 975 (SÖS/LINKE)	wird später entschieden	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde die Bereitstellung eines Bezirksbudgets beantragt, das verbindlich über Bezirksbürgerhaushalte verteilt wird. Dieser Antrag hat im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden. Das aktuelle Bürgerhaushaltsverfahren wurde nach einem intensiven Abstimmungsprozess durch den Gemeinderat festgelegt. Die Ausgestaltung des Verfahrens ist insbesondere dem in Baden-Württemberg geltenden kommunalen Haushaltsrecht geschuldet, das ausschließlich dem Gemeinderat das Recht zuspricht, den Haushaltsplan zu beschließen. Der Gemeinderat kann seine durch die Gemeindeordnung zugewiesene Entscheidungsbefugnis nicht ohne weiteres auf die Gremien der Stadtbezirke oder die Bürgerschaft übertragen. Ziel des Stuttgarter Bürgerhaushaltes ist es, dem Gemeinderat mit dem offenen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Bewertungsverfahren eine Entscheidungshilfe für die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu fassenden Beschlüsse zu geben. Der Stuttgarter Bürgerhaushalt wird jedoch stetig weiter entwickelt. Im 1. Quartal 2014 ist erneut eine Evaluation des Bürgerhaushaltsverfahrens vorgesehen. In diesem Rahmen können Anpassungen und Änderungen am Verfahren erörtert werden.
1063	3886	Ein Skatepark für West & Botnang	Mit dem Skatepark in der Forststraße Ecke Falkertstraße verschwindet die letzte Möglichkeit für uns Jugendliche aus dem Stuttgarter Westen und Botnang in der Nähe unseres Wohnorts auf einer Anlage zu skaten. Ein neuer Standort im Westen scheint aufgrund der dichten Bebauung und dem von der Anlage ausgehenden Lärm nicht möglich zu sein. Doch in Botnang gibt es eine geeignete Fläche: das Gelände des ehemaligen Asylbewerberheims an der Beethovenstraße. Wir fordern die Planung und Errichtung eines Skateparks auf oben genannter Fläche.	513 (CDU)	bereits teilweise umgesetzt	Die Grundstruktur für den Skatepark in der Beethovenstraße in Botnang ist bereits gebaut und im Herbst 2013 mit wenigen Skaterelementen in Betrieb genommen worden. Mit Mitteln aus der Spielplatzpauschale werden nun einige weitere Elemente hinzukommen. Das Thema „Skateranlagen“ soll insgesamt referatsübergreifend im Arbeitskreis Spielflächen behandelt werden.
1067	5546	Gratis-Essen an Schulen und Kochunterricht	Gratis-Essen an Schulen flankiert von Kochunterricht für alle Klassenstufen.	835 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Die Übernahme des Ein-Euro-Anteils für Mittagessen von Kindern mit Bonuscard wurde in den Beratungen abgelehnt, weil nur ein Euro für zumutbar erachtet wurde.
1069	5089	Effektive Geschwindigkeitskontrolle in Wohngebieten	Tempo 30 in Wohngebieten wird vielfach nicht beachtet. Ein Grund ist zum einen, dass eine effektive Überwachung fehlt. Wer keine Sanktionen zu erwarten hat, glaubt offenbar allzu oft, dass die Regeln keine Geltung beanspruchen. Zum anderen wird auch bei der Gestaltung der	600 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	Um insbesondere Tempo 30 Zonen besser zu überwachen ist der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat der Anschaffung eines zusätzlichen Dienstfahrzeugs zur mobilen

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Verkehrswege zu wenig getan, um die Einhaltung der Geschwindigkeitsvorgaben abzusichern. Möglichkeiten wären z.B. Verengungen oder auch Straßenschwellen.</p> <p>Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten dienen auch der Lärmreduktion. Im Ausland habe ich Schilder gesehen: Bitte langsam und leise fahren! Vielleicht hilft ja ein solcher Appell, um z.B. übermäßiges Beschleunigen mit entsprechender Lärmentwicklung zu vermeiden.</p>			<p>Geschwindigkeitsüberwachung sowie dem dazugehörigen Personal zugestimmt.</p> <p>Die Investitionen hierfür betragen 85.000 Euro. Die laufenden Aufwendungen können voraussichtlich nicht vollständig durch die Verwarnungs- und Bußgeldeinnahmen gedeckt werden.</p> <p>Weiter hat der Gemeinderat beschlossen für 425.000 Euro die Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen mit Schildern und Geschwindigkeitsanzeigeräten voran zu bringen.</p>
1086	6067	Wandelwege Wangener Höhe dauerhaft durch Tiefbauamt unterhalten	<p>Mit dem Wandelwegprojekt werden die alten Wegesystem auf der Wangener Höhe instand gesetzt.</p> <p>Zur nachhaltigen Pflege der restaurierten Wandelwege in den Bezirken Wangen, Hedelfingen und Rohracker wäre eine dauerhafte Unterhaltung durch das Tiefbauamt wichtig, da sonst viel geleistete Arbeit und Kosten wieder verloren gehen.</p> <p>Die Unterhaltungsmittel des Amtes für dieses alte Fußwegsystem müssen hierzu aufgestockt werden.</p>	429 (B90/Grüne), 900 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Für ein Förderungsprogramm zum Erhalt des Weinbaus, der Wege und Trockenmauern wurden ab 2014 jährlich 600.000 EUR bereitgestellt.
1092	2923	Upgrade von der „Scholle“ zum Kunstrasenplatz für den TSV Jahn Bünsau	<p>Alle Fußballer / innen, Kleine und Große sowie Vereinsfreunde aus Stuttgart-Bünsau und Umgebung wünschen sich nichts mehr als einen Kunstrasenplatz, damit auch während der kalten, frostigen und nassen Jahreszeit angemessen trainiert und Fußball gespielt werden kann. Unser alter Hartplatz ist geradezu geeignet sich Verletzungen aller Art zu zufügen. So tief und weich ist er, obwohl er von der Stadt und vom</p>	541 (CDU), 658 (FW), 708 (FDP)	GR lehnt ab	<p>Der Gemeinderat hat angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten im Sanierungsprogramm für Tennenplätze andere Prioritäten gesetzt, so dass eine Umwandlung des Tennenplatzes des TSV Jahn Bünsau in einen Kunststoffrasenplatz im</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Verein gepflegt wird. Der Stand der Zeit und Technik ist hier nur der Kunstrasen, dies haben auch die Vereine in der Umgebung bereits bestätigt bekommen. Wir freuen uns darauf, je früher, desto mehr. Mit dieser Initiative schaffen WIR das auch !!!			Doppelhaushalt 2014/2015 nicht beschlossen wurde.
1093	5509	Mehr Geschwindigkeitskontrollen, insbesondere in Tempo 30 Zonen	<p>Im Vergleich zu anderen Städten (siehe Tübingen) scheint in Stuttgart eine effektive Verkehrsüberwachung (mobile Blitzer) gar nicht zu existieren. Die Folge ist, dass die Verkehrsmoral miserabel ist.</p> <p>Wer in einer Tempo 30 Zone wohnt, kann davon ein Lied singen. Für die Raser ist die Wahrscheinlichkeit erwischt zu werden sehr gering, deshalb rasen sie ungestört weiter. Wenn man mal einen Blitzer sieht, dann auf den Hauptverkehrsstraßen, denn da lohnt es sich finanziell wohl eher. Unterdessen wird eine akademische Diskussion darüber geführt, ob in der Stadt Tempo 40 statt 50 gefahren werden darf. Die Durchsetzung der aktuell bestehenden Tempolimits wäre ein erster Schritt, der schon viel brächte, vor allem mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer.</p> <p>Die Anschaffung der dafür notwendigen Technik würde sich erfahrungsgemäß schnell amortisieren und das mehr an Personal wäre ebenfalls schnell bezahlt.</p> <p>Also keine Reden halten, sondern endlich mal handeln zum Wohl der in der Stadt lebenden Menschen.</p>	600 (SPD)	GR stimmt zu	<p>Um insbesondere Tempo 30 Zonen besser zu überwachen ist der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat der Anschaffung eines zusätzlichen Dienstfahrzeugs zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung sowie dem dazugehörigen Personal zugestimmt.</p> <p>Die Investitionen hierfür betragen 85.000 Euro. Die laufenden Aufwendungen können voraussichtlich nicht vollständig durch die Verwarnungs- und Bußgeldeinnahmen gedeckt werden.</p>
1098	3360	Mehr Geld für die Sanierung von schadhafte Straßen!!!	<p>Manche Straßen und Wege im Stadtgebiet sind mit Schlaglöchern, Spurrillen, Rissen und starken Verformungen überzogen. Dies stellt eine Gefahr für Autofahrer und Zweiradfahrer dar. Schäden an Fahrwerk und Lenkung drohen!-->Daher: Sanierung nicht nur von einzelnen Schlaglöchern</p>	500 (CDU), 601 (SPD), 642 (FW), 705 (FDP), 911 (REP)	GR stimmt zu	<p>Der pauschalen Erhöhung der Mittel für Unterhaltung und Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen im Doppelhaushalt 2014/2015 um je 1.800.000 EUR/Jahr wurde zugestimmt.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			sondern kompletten Asphalt abfräsen und auch gleich den Unterbau erneuern, ist langfristig günstiger als die dauernde kleinteilige Ausbesserung einzelner Schlaglöcher.			
1114	4520	Zebrastreifen in der Gablenberger Hauptstr. vor Aldi und Geschwindigkeitsreduzierung auf 40km/h	Schaffung eines Zebrastreifens vor dem Aldi in der Gablenberger Hauptstr. damit dieser von den Bürgern genutzt werden kann. Dieses erhöht auch die Sicherheit der Fußgänger dort, ebenso Schaffung einer Geschwindigkeitsreduzierung in der Gablenberger Hauptstr. auf 40km/h	600 (SPD)	GR stimmt teilweise zu	In Stuttgart soll die Geschwindigkeit aus Gründen der Luftreinhaltung in den kommenden Jahren auf verschiedenen Steigungsstrecken auf Tempo 40 reduziert werden. Eine Vorschlagsstrecke ist die Gablenberger Hauptstraße. Hierfür hat der Gemeinderat im Doppelhaushalt 2014/2015 insgesamt 425.000 Euro zur Verfügung gestellt. Welche Strecken Tempo 40 erhalten wird der Ausschuss für Umwelt und Technik im Jahr 2014 entscheiden. Die Schaffung eines Zebrastreifens wurde vom Gemeinderat nicht aufgegriffen.
1121	2807	Skateranlage an Brendle-Kreuzung - Projekt des Jugendrats endlich realisieren!	Die Skateranlage ist schon seit Jahren durch den Jugendrat Ost geplant. Der Bezirksbeirat Ost hat erst kürzlich die Umsetzung angemahnt. Diese Maßnahme muss in 2013 umgesetzt werden, nachdem sie Jahr um Jahr nach hinten geschoben wurde	605 (SPD)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
1131	4955	Rathaus Stammheim barrierefrei	Das Stammheimer Rathaus ist im derzeitigen Ausbauzustand nur bedingt barrierefrei. Das heißt in der Bewegung eingeschränkte Personen erreichen die Diensträume des Stammheimer Rathauses gar nicht oder nur sehr schwer. Wir fordern daher einen Umbau des Stammheimer Rathauses auf Barrierefreiheit	530 (CDU), 977 (FW), 795 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für ein barrierefreies Bezirksrathaus Stammheim wurden Planungsmittel in Höhe von 30.000 EUR beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1151	4922	Alte Feuerwehrgerätehäuser sanieren/ modernisieren	Viele Feuerwehrhäuser in der Stadt Stuttgart sind auf Grund ihres Alters nicht mehr auf einen aktuellen Stand.Hier die jeweiligen Belange der Abteilungen angehen und die Gerätehäuser modernisieren.	538 (CDU), 539 (CDU), 620 (SPD), 657 (FW), 791 (FDP), 790 (FDP), 792 (FDP), 793 (FDP), 806 (FDP)	GR stimmt zu	Die Erstellung eines Konzeptes zum Sanierungsbedarf in den Gebäuden der Berufsfeuerwehr und den Aus- und Neubaustand der Häuser der Freiwilligen Feuerwehren ist für 2014 geplant. Des Weiteren ist im Laufe der nächsten Jahre eine sukzessive Nachrüstung der Feuerwehrgebäude mit Abgasabsauganlagen vorgesehen, die über Budgetmittel finanziert wird. Darüber hinaus wurden in den Haushaltsplanberatungen 2014/2015 folgende Mittel konkret beschlossen: Bereitstellung von Planungsmitteln für den Gebäudeanbau an das Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr in Hedelfingen in Höhe von 30.000 EUR / Sanierung der Feuerwache 1 in Stuttgart-Mitte in Höhe von 2 Mio. EUR / Planungsmittel für den Anbau an das bestehende Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr in Münster in Höhe von 280.000 EUR / Planungsmittel für den Neubau der Feuerwache 5 in Degerloch in Höhe von 1,13 Mio. EUR
1154	5014	Jugendhaus und Skateranlage für Botnang	Endlich ein Jugendhaus den die Jugendlichen als Treffpunkt nutzen können - mit Außenbereich und der schon lange überfälligen Skateranlage! Wir haben das Glück viele Jugendliche in Botnang zu haben, wir haben einen schönen Ort und durch einen ansprechenden Platz könnte man die "Flucht in die Stadt" verhindern und	749 (FDP)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel haben die Fraktionen andere Prioritäten gesetzt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			Botnang attraktiv machen!			
1168	6097	Bonuscard Stadt Stuttgart	Die Bonuscard der Stadt Stuttgart ermöglicht ALG2-Bezieher und Geringverdienern teilweise kostenlos ins Theater oder ins Museum zu gehen. Veranstalter die die Aktion "Kultur für alle" unterstützen, haben z.B. für das Theater je 4-8 Freikarten für jede Vorstellung für Berechtigte. Diese Aktion "Kultur für alle" sollte ausgebaut werden. Z.B. ausgerechnet die Staatstheater machen bei dieser Aktion nicht mit, was ich skandalös finde. Denn Kultur sollte wirklich für alle sein. 4-8 Freikarten pro Vorstellung sind nicht viel.	455 (B90/Grüne), 547 (CDU), 624 (SPD), 853 (SÖS/LINKE)	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat in den HH-Planberatungen einen jährlichen Zuschuss von 25.000 EUR zur Förderung des Trägervereins "Kultur für Alle e.V." beschlossen.
1171	4512	Nahversorgung in Stuttgart-Rohracker und anderswo bürgernah verbessern	In zahlreichen Außenvierteln haben in den letzten Jahren immer mehr Geschäfte geschlossen, so auch in Rohracker. Eltern mit Kindern, Alte und Behinderte sind auf Versorgungsmöglichkeiten vor Ort angewiesen. Die Stadt sollte ein Team von Fachleuten bilden, das interessierte Bürger und Geschäftsleute zusammenbringt, bei der Realisierung oder Ansiedlung von Geschäften, ggf. von "Dorfläden" berät und finanziell unterstützt.	439 (B90/Grüne), 584 (CDU), 603 (SPD), 773 (FDP), 817 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Für die Erstellung einer Gesamtkonzeption "Nahversorgung" wurden die erforderlichen Planungsmittel von 25.000 EUR beschlossen.
1196	5376	Taubentürme auch in den Außenbezirken - Schutzgitter in Unterführungen reparieren	Taubentürme sollen auch in Außenbezirken errichtet werden. Die Schutzgitter gegen Tauben in Unterführungen sollen repariert werden. Gehwege, die mit Taubenkot übersät sind, häufiger reinigen (z.B. Bahnunterführung Untertürkheim). Das Fütterungsverbot soll strenger überwacht werden.	431 (B90/Grüne)	GR stimmt teilweise zu	Der Gemeinderat hat für neue Taubenobjekte in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 60.000 Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden dort eingesetzt, wo sich ein geeigneter Standort für ein Taubenobjekt findet.
1197	2631	Behindertengerechter Zugang Bezirksrathaus Wangen	Die Planung eines Aufzugs weist erhebliche Mehrkosten zur alten Planung auf. Die neue Ausführung ist im Haushalt zu berücksichtigen.	527 (CDU), 610 (SPD), 781 (FDP)	GR stimmt zu	Für den Anbau eines Personenaufzuges am Bezirksrathaus Wangen wurden 450.000 EUR bereitgestellt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1222	4137	Neugestaltung des Diakonissenplatzes	<p>Bereitstellung von Mitteln zur Planung Umsetzung einer Neugestaltung des Diakonissenplatzes nach dem Umzug der Jugendverkehrsschule an ihren neuen Standort.</p> <p>Begründung: Im dicht besiedelten Stuttgarter Westen fehlt es massiv an Grün-, Frei- und Spielflächen. Der Standort der Jugendverkehrsschule stellt ein wertvolles Flächenreservoir dar, das nach dem Umzug der Jugendverkehrsschule genutzt werden soll. Anstelle der bisher geschlossenen Fläche soll eine generationengerechte Grünfläche zur Nutzung durch alle Altersgruppen entstehen.</p>	603 (SPD), 678 (FW), 741 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Verlagerung und den Neubau der Jugendverkehrsschule wurden 1,81 Mio. EUR beschlossen. Die Neugestaltung des Diakonissenplatzes wurde auf Grund anderer Prioritätensetzung als nicht vordringlich eingestuft und zurückgestellt.
1224	4105	Parkraummanagement in Stuttgart Süd einführen	<p>Durch das Parkraummanagement in Stuttgart West sind tagsüber in Heslach (in der Nähe des 42er Busses, der in den Westen fährt) alle Parkplätze belegt. Hierbei handelt es sich überwiegend um Fahrzeuge mit Kennzeichen außerhalb Stuttgarts (RT, TÜ, ES, BB, etc), die hier im Wohngebiet Parken um dann in den Westen zu fahren. Es reicht nicht aus nur Anwohnerparkplätze im Gebiet Marienhospital einzurichten, da sonst in den umliegenden Gebieten, die keine Anwohnerparkplätze haben die Situation nochmals verschärft wird. Es sollte ein Parkraummanagement für ganz Stuttgart-Süd eingeführt werden.</p>	463 (CDU), 600 (SPD)	GR stimmt zu	<p>Der Gemeinderat hat die Einführung weiterer Parkraumbewirtschaftungsgebiete beschlossen. Zum 1.10.2015 werden die Parkraummanagementgebiete Stuttgart-Mitte und Stuttgart-Nord eingeführt. Zum 01.06.2016 folgt Stuttgart-Süd. In einer letzten Einführungsstufe erhalten die Stadtbezirke Stuttgart-Ost und Stuttgart-Bad-Cannstatt das Parkraummanagement zum 01.11.2017. Insgesamt nimmt die Stadt in den nächsten fünf Jahren Investitionsmittel in Höhe von 10,8 Mio. Euro in die Hand. Im laufenden Betrieb ab 2018 sollen die Erträge die Aufwendungen um rund 200.000 Euro übersteigen, sodass das Parkraummanagement kostendeckend betrieben werden kann.</p>

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1227	5809	Barrierefreier Aufzug SSB-Haltestelle Föhrich - Feuerbacher Balkon	Die SSB Haltestelle Föhrich ist für Rollstuhlfahrer, Familien mit Kinderwagen und Rollatoren-Benutzer nur unzulänglich zu erreichen. Es ist eine Rampe vorhanden, die jedoch zu steil ist. Da im Bereich Feuerbacher Balkon sowohl Behinderte als auch junge Familien und Senioren wohnen muss hier gehandelt werden. Sofern der Aufzug nicht von der Stadt Stuttgart zu bauen ist, beantrage ich die Übernahme der Betriebskosten durch die Stadt Stuttgart, um eine zügige Realisierung zu gewährleisten.	907 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Bei der Inbetriebnahme der Haltestelle Anfang der 90er Jahre wurden die damaligen technischen Regeln für die Barrierefreiheit mit z. B. 8% Rampenneigung realisiert. Für die SSB besteht keine Veranlassung zur Veränderung oder Ergänzung der Zugangssituation, zumal im Umfeld die Wege und Straßen teilweise ein größeres Gefälle aufweisen. Außerdem gibt es für Maßnahmen, die nur zu einer Verbesserung der vorhandenen Barrierefreiheit führen würden, keine Zuwendungen. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.
1242	6076	Zuschuß zur Trockenmauer-Restaurierung	Mauern entlang öffentlicher Wege verfallen zunehmend und ihre Reparatur übersteigt die Möglichkeiten von privaten Gütlesbesitzern. Die meisten Mauern sind Weinbergmauern. Mit der Bereitstellung von Mitteln könnten mehr Trockenmauern vor dem Verfall bewahrt werden und auch die Sanierung privater Mauern in den Obstgärten könnte bezuschusst werden.	429 (B90/Grüne), 587 (CDU), 606 (SPD)	GR stimmt zu	Für ein Förderungsprogramm zum Erhalt des Weinbaus, der Wege und Trockenmauern wurden ab 2014 jährlich 600.000 EUR bereitgestellt.
1243	5963	Baurechtsamt verbessern	-mehr Personal -besseren Service -kürzere Bearbeitungszeiten -bürgerfreundlicher Service -Entscheidungsfreudigkeit -Entscheidungskompetenzen nicht nur bei den Abteilungen, sondern bei Sachbearbeitern -gesunder Menschenverstand	499 (CDU), 632 (SPD), 640 (FW)	GR stimmt zu	Für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Baurechtsamt wurden 2,985 Mio. EUR und zusätzlich 9,87 neue Stellen beschlossen.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1285	4618	Sanierung der Küche und Mensa am Karls gymnasium Stuttgart Tübinger Straße	Das humanistische Karls gymnasium Stuttgart ist ein denkmalgeschütztes Gebäude mitten im Herzen Stuttgarts. Etwa 500 Schüler werden dort von einem großen Lehrerstamm jeden Tag unterrichtet. Die Schulküche und die dazugehörige kleine Mensa ist schwer in die Jahre gekommen. Die Schüler und Lehrer sitzen in einem kleinen Raum auf klapprigen Bierbank garnituren und das Kochen und die Essenausgabe erfolgt für die engagierten Eltern unter nicht mehr vertretbaren Bedingungen. Aufgrund des Denkmalschutzes ist eine Sanierung der Küche nur mit großen Investitionen der Stadt zu realisieren. Diese hohen Kosten finden derzeit im Haushalt der Stadt kein Platz. Ein extra Mensagebäude zu erstellen ist aufgrund der ausgereizten Fläche nicht möglich. Ein Arbeitskreis aus der Schule hat sich auf den Weg gemacht eine kleine und günstigere Lösung (Kochen mit sous-vide Verfahren und energiesparenden Kochgeräten) der Stadt zu präsentieren. Mein Motto: "A gscheites Essa für gescheite Schüler und gscheite Lehrer!!" mit einer sanierten Mensa!	481 (CDU), 593 (SPD), 649 (FW)	GR stimmt zu	Für die Neustrukturierung der Verteilerküche und des Speiseraums wurden 1,015 Mio. EUR bereitgestellt.
1301	3730	Kreisverkehr Otto-Hirsch-Brücke / Göppinger Straße umsetzen	Kreisverkehre verbessern den Verkehrsfluss, sparen nachhaltig Geld für Ampeln, Induktionsschleifen und ähnliches und tragen zur Reduktion von Immissionen und zur Lärm minderung bei. Der Kreisverkehr Otto-Hirsch-Brücke/Göppinger Straße ist planerisch abgeschlossen, wurde von der Stadtverwaltung in die Kreisverkehre mit Piorität aufgenommen und würde neben den beschriebenen Vorteilen auch zu einer Verbesserung der Eingangssituation in Obertürkheim beitragen.	671 (FW)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1306	6181	Private bei Begrünung unterstützen	Bürger und Hausbesitzer und Verwalter von Gebäuden bei der Begrünung (z.B. durch Efeu, Kübelpflanzen) unterstützen. Effekte: Verschönerung des Stadtbildes, Feinstaubreduktion durch Photosynthese (vor allem bei Efeu) und Verbesserung des Mikro- bzw. Mesoklimas.	427 (B90/Grüne)	GR stimmt zu	Es wird ein Projektmittelbudget „Stadtbegrünung“ einschließlich Urban Gardening in den Jahren 2014/2015 mit insg. p.a. 200.000 EUR bereitgestellt.
1391	3926	Belag der Kronprinzstraße erneuern	Der Pflasterbelag der Kronprinzstraße von der Gymnasiumstraße bis Schlossplatz ist für Radler eine Katastrophe. Grobes Flickwerk, Schlaglöcher etc. Für Radler aber ist diese Strecke in der Innenstadt sehr wichtig, denn die Königstraße ist tabu. Würde mich freuen, wenn der Straßenbelag erneuert wird.	526 (CDU), 603 (SPD), 733 (FDP)	GR stimmt zu	Für die Instandsetzung und Umgestaltung Kronprinzstraße von Gymnasium- bis Kienestraße werden 2.641.000 EUR bereitgestellt. Dies wird auch für Radfahrer Verbesserungen bringen.
1392	2845	Umbau des Knotenpunkts Löwen-Markt / Solitudestraße in einen Kreisverkehr.	Der Umbau in einen Kreisverkehr erspart dem Tiefbauamt die demnächst anstehende Erneuerung der Lichtsignalanlage. Im Vergleich zum seither priorisierten Kreisverkehr an der Engelbergstraße ist der Umbau am Löwen-Markt einfacher und daher kostengünstig herzustellen. Ferner wird damit die Bushaltestelle der Li 90 in Fahrtrichtung Korntal behindertengerecht hergestellt, indem sie an den Platzrand angelegt werden kann. Die bauliche Unterhaltung des Platzes ist auf mittelfristige Sicht eine Ersparnis.	683 (FW), 736 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Beauftragung weiterer Planungsleistungen bis zur baureifen Planung für den Platz (sogenanntes Kiesbett), den Kreisverkehr Solitude-/Pforzheimer/Rennstraße sowie die Einmündung im Bereich Solitude-/Glemsgastraße werden ca. 150.000 EUR bereitgestellt.
1399	4826	Kreisverkehr Solitudestraße, Spechtweg, Engelbergstraße	Mein Vorschlag: Bau des Kreisverkehrs an der Solitudestraße/Spechtweg aus folgenden Gründen: - der Straßenbelag ist reparaturbedürftig und muss demnächst erneuert werden, diese Kosten sollten in den Bau des Kreisverkehrs und nicht in einen Ausbesserungsbelag investiert werden - durch den Kreisverkehr erspart man Wartungs- und Unterhaltungskosten, welche die Ampelanlage verursacht - Nächtliche Raser werden durch den Kreisverkehr auf die ortsüblichen 50 km/h im	519 (CDU), 685 (FW), 735 (FDP)	GR lehnt ab	Aufgrund der begrenzten Finanzmittel hat die Mehrheit des Gemeinderats andere Prioritäten gesetzt.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
			<p>Kreuzungsbereich gelenkt und dadurch Unfälle reduziert</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der passierte Todesfall im nahen Kreuzungsbereich war durch fehlende Zebrastreifen und nächtliche Ausfälle der Ampelanlage begünstigt und ist durch die Anbringung von einem Kreisverkehr mit Zebrastreifen für Fußgänger in Zukunft eine sicherere Quermöglichkeit bei reduzierter Fahrzeuggeschwindigkeit im Kreuzungsbereich - Die tägliche Schülerquerung in den verkehrsreichen Tageszeiten wird durch den Kreisverkehr mit Zebrastreifen für Fußgänger sicherer - in verkehrsschwachen Zeiten fließt der Verkehr ohne Ampelanlage rascher über die Kreuzung, da Ampelschaltzeiten den Verkehr zum Warten zwingen - die Verbreiterung der Gehwegseite mit Grünstreifen verbessert für Radfahrer und Fußgänger die gemeinsame Nutzung. <p>Dies sind die wichtigsten Punkte, die für einen Kreisverkehr sprechen.</p>			
1404	4881	Mehr Kontrollen in verkehrsberuhigten Bereichen	<p>In verkehrsberuhigten Bereichen (Spielstraßen) wird immer öfter wild geparkt. Wenn dann durch spielende Kinder ein Auto behindert oder gar beschädigt wird, ist das Geschrei groß. Abhilfe könnten verstärkte Kontrollen von falsch parkenden Autos bringen, die gleichzeitig noch Geld ins Stadtsäckel (15 € je Ticket) spülen ohne dass das Kontrollpersonal lange dafür suchen muss....</p>	600 (SPD), 812 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Um dem Problem entgegen zu wirken hat der Gemeinderat den Vorschlag der Verwaltung zur Einrichtung einer schnellen Sondereingreiftruppe im ruhenden Verkehr mit 2 Überwachungstrupps zugestimmt.
1435	4466	Mehr Zuwendungen für Tierheime	<p>Nur hier wird den Tieren wirklich geholfen und davon hat die ganze Stadt was, sonst wurden eine Menge kranke und verletzte Tiere auf die Straße herumstreuen.</p>	737 (FDP)	GR stimmt zu	Zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Tierschutzverein Stuttgart und Umgebung e.V. wurde zum 1. Januar 2014 ein neuer Vertrag für die Unterbringung und

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
						Verwahrung von Tieren abgeschlossen. Demnach erhält der Tierschutzverein in Zukunft eine einwohnerabhängige Pauschale. 2014 beträgt diese 77 Cent je Einwohner (rd. 455.000 Euro), 2015 sind es 78 Cent je Einwohner (rd. 465.000 Euro).
1436	5592	Kolpinghaus Bad Cannstatt braucht zur Renovierung dringend einen Zuschuss von der Stadt Stuttgart	Das Kolpinghaus Bad Cannstatt muss dringend renoviert u. modernisiert werden sonst droht die Schließung. Dazu bedarf es einen ordentlichen Zuschuss aus der Stadtkasse. Bei Schließung stehen dann viele Vereine und vor allem Jugendliche, welche in Stuttgart ihre Ausbildung machen und dort wohnen auf der Straße. Das Haus ist auch wichtig für das Vereinsleben in Bad Cannstatt. Die Jugendlichen werden dort bei ihrer Ausbildung unterstützt.	474 (CDU), 655 (FW), 776 (FDP)	GR lehnt ab	Der Antrag wurde vom Gemeinderat abgelehnt, da die Investitionskostenförderung für Jugendwohnheime über den sog. Investkostenanteil im Tagessatz abgedeckt ist. Für das Vereinsleben in Bad Cannstatt steht alternativ das neu eröffnete Bürgerzentrum "Kursaal Bad Cannstatt" zur Verfügung.
1453	3669	Fußgängerampel Kräherwaldstraße an der Bushaltestelle "Am Bismarckturm" der Linie 43	Jeden Tag queren sehr viele Schüler die stark befahrene Kräherwaldstraße, um von der Bushaltestelle "Am Bismarckturm" der Linie 43 Richtung Feuersee die Freie Waldorfschule am Kräherwald zu erreichen und nach Schulende in die Stadt zu fahren. Hierbei kommt es oft zu gefährlichen Situationen, vor allem mit Schülern der unteren Klassen (ab der ersten Klasse). Zurzeit besteht ein Überweg, an dem Autofahrer aber nicht gezwungen sind anzuhalten und dies in der Regel auch nicht tun. Aufgrund der langen Wartezeit entschließen sich viele Schüler, über die Straße zu rennen. Abhilfe könnte eine auf ein Drücksignal reagierende Fußgängerampel schaffen. Dies würde die Sicherheit der Schüler und der sonstigen "Überquerer" maßgeblich verbessern!	523 (CDU), 674 (FW), 788 (FDP), 903 (REP)	wird geprüft	Die Möglichkeiten für Optimierungen sind noch nicht abschließend geprüft. Die Planungskosten bis zur Entwurfsplanung von ca. 50.000 EUR werden aus Budgetmitteln des Tiefbauamts finanziert.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1475	4529	Durchsetzen des Verkehrsverbots auf Feldwegen um Stuttgart	Am Stadtrand gibt es viele Feldwege, die meistens Beschildert sind mit Verkehrsverbot für motorisierten Verkehr, landwirtschaftlicher Verkehr frei. Trotzdem fahren da oft Autos, die offensichtlich nicht zum landwirtschaftlichen Verkehr gehören. Das stört sehr beim Rad fahren und Spazieren, denn auf den schmalen Wegen lassen die Autos wenig Platz. Deshalb sollte das Verbot auch überwacht und/oder mit Absperrungen erzwungen werden.	812 (SÖS/LINKE)	GR lehnt ab	Der Städtische Vollzugsdienst versucht diese Aufgabe mit den vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erfüllen. Im Rahmen der Prioritätensetzung bei den Stellenschaffungen wurden neue Stellen nicht als vordringlich eingestuft und daher zurückgestellt.
1483	3684	TV Cannstatt - Kunstrasenplatz in Stuttgart-Freiberg	Die Sportanlage des TV Cannstatt in der Adalbert-Stifter Straße ist ein zentraler Anlaufpunkt für Stuttgart-Freiberg. Die Sportanlage beheimatet das Bürgerhaus Freiberg und grenzt an das dortige Jugendhaus. Dort befindet sich die TV Cannstatt Sportkindertagesstätte mit drei Gruppen. Dadurch entsteht mit dem Bürgerhaus, dem Jugendhaus und dem Verein eine zentrale Anlaufstelle für alle Generationen. Es wäre wünschenswert, wenn das gesamte Ambiente dann auch diesen Anspruch erfüllen kann. Die Umwandlung eines Sportplatzes in einen Kunstrasenplatz ist für die weitere Entwicklung dieses Zentrums unabdingbar. Über 150 Kinder aus vielen Nationen haben hier Ihre sportliche Heimat gefunden. So soll es auch bleiben und kein verstaubter Tennen- oder Aschenplatz soll den Sport bei Kindern und/oder Erwachsenen trüben. Der Umbau in einen Kunstrasenplatz soll zeitnah angegangen werden.	541 (CDU), 658 (FW), 708 (FDP)	GR lehnt ab	Der Gemeinderat hat angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten im Sanierungsprogramm für Tennenplätze andere Prioritäten gesetzt, so dass eine Umwandlung des Tennenplatzes des TV Cannstatt in einen Kunststoffrasenplatz im Doppelhaushalt 2014/2015 nicht beschlossen wurde.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts- anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1515	2993	Personalaufstockung Bauamt um dadurch Genehmigungsverfahren zu beschleunigen	Dringende Aufstockung des Personals beim Bauamt. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Dass Unterlagen nicht komplett seien wird oft als Entschuldigung vorgebracht. Auch wenn Unterlagen komplett sind verzögern sich Verfahren, so dass Bauen aufgrund schlechter Witterungsverhältnisse nicht mehr möglich ist. Es entstehen Unkosten für private Bauherren und wirtschaftlicher Schaden. Diese Verhältnisse herrschen leider seit Jahren ohne Aussicht auf Besserung.	499 (CDU), 632 (SPD), 640 (FW)	GR stimmt zu	Für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Baurechtsamt wurden 2,985 Mio. EUR und zusätzlich 9,87 neue Stellen beschlossen.
1536	3611	Parkverhalten mehr kontrollieren - Mehr Personal einstellen	Durch die Einstellung von mehr Personal bei der Verkehrsüberwachung die Einnahmen erhöhen. Nicht nur in den Stadtzentren, sondern auch in den Wohngebieten, wird immer mehr disziplinos und behindernd geparkt, insbesondere auch in Kurven, auf Gehwegen und und abgesenkten Gehwegkanten, die für Behinderte, Rollatorenbenützer und Mütter mit Kinderwagen mit viel Geld angelegt wurden.	600 (SPD), 812 (SÖS/LINKE)	GR stimmt zu	Um dem Problem entgegen zu wirken hat der Gemeinderat den Vorschlag der Verwaltung zur Einrichtung einer schnellen Sondereingreiftruppe im ruhenden Verkehr mit 2 Überwachungstrupps zugestimmt.
1538	6035	Mobilfunk- Vorsorgekonzept	Die Stadt hat damit jetzt schon juristisch die Möglichkeit, den Netzaufbau zu steuern. Ein Stuttgarter Strahlenkataster und funktechnische Kriterien müssen erstellt werden,dann wäre eine umweltverträgliche und nutzerfreundliche Netzplanung möglich. Die Stichworte:Trennung von Indoor und Outdoor- Versorgung statt Masten mit hoher Belastung gleichmäßige Verteilung durch Femto-Zellen, statt 14 parallelen Netzen. Ein Netz für alle Anbieter.	457 (B90/Grüne)	GR lehnt ab	Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde die Erstellung eines Strahlenkatasters und eines Mobilfunkvorsorgekonzepts beantragt. Der Vorschlag hat im Gemeinderat jedoch keine Mehrheit gefunden. Ein wesentlicher Grund hier für ist, dass ein Vorsorgekonzept weder für Mobilfunkbetreiber noch für private Grundstückseigentümern verpflichtend ist.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushalts-anträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1542	4142	Nord-Süd-Straße Ausbau: Zumindest Kreisverkehr oder einer kreuzungsfreien Auffahrt einrichten	Die Nord-Süd-Straße als Autobahnzubringerstraße ist nicht nur durch ihre Einspurigkeit ein täglicher Horror für alle Berufspendler und für alle anderen Bürger, die Ziele im Industriegebiet Möhringen Ost ansteuern. Sollte ein wünschenswerter Ausbau nicht möglich sein, so könnte doch geprüft werden, ob nicht ein Wegfall der Ampelsteuerung mit einem Kreisverkehr oder einer kreuzungsfreien Auffahrt einen besseren Verkehrsfluss ermöglicht. Sowohl am Abzweig Möhringen Freibad als auch nach Leinfeld- Echterdingen Abzweig Autobahnauffahrt A8/A81.	503 (CDU)	GR lehnt ab	Im Rahmen der Prioritätensetzung wurde dieses Vorhaben aufgrund der engen Finanzlage als nicht vordringlich eingestuft und zurückgestellt.
1546	2707	Urnenwand auf dem Untertürkheimer Friedhof	Obwohl der Wunsch nach Urnenwänden aus der Bevölkerung immer größer wird, gibt es diese in Stuttgart lediglich auf dem Pragfriedhof. Der Friedhof im Gehrenwald ist ein geeigneter Standort, um dort auch diese Bestattungsform anzubieten.	680 (FW)	wird geprüft	Nachdem Rasengräber aber auch Baumgräber sehr gut angenommen werden, plant die Verwaltung, die bisher in der Satzung bestehenden örtlichen Einschränkungen bei diesem pflegefreien Grabarten sowie bei Gemeinschaftsgrabanlagen und gemeinschaftlichen Grabfeldern aufzuheben und – je nach örtlicher Situation – auf möglichst vielen Stuttgarter Friedhöfen anzubieten. Für den Friedhof in Untertürkheim wäre aus Sicht der Verwaltung die Planung einer Gemeinschaftsgrabanlage oder auch einer Abteilung für Rasengräber jeweils für Urnenbeisetzungen denkbar. Derartige Anlagen ließen sich gestalterisch gut in das bestehende Friedhofsgelände integrieren.

Platz	Vorschlags Nummer	Titel	Text	Haushaltsanträge	Entscheidung des Gemeinderats (GR)	Erläuterung
1552	3239	Verlagerung der Jugendverkehrsschule vom Diakonissenplatz in das Gebiet „Hinterer Vogelsang“ sowie Öffnung und Gestaltung des Diakonissenplatzes als Spiel- und Freifläche	<p>Der Anteil an Parks, Spiel- und Freiflächen im Stadtbezirk West ist bekanntermaßen viel zu gering. Jetzt bietet sich eine einmalige Chance. Mit der Verlagerung der Jugendverkehrsschule weg vom Diakonissenplatz in das Gebiet „Hinterer Vogelsang“ können zwei Fliesen mit einer Klappe geschlagen werden. Der frei werdende Diakonissenplatz kann in eine tolle große Spiel- und Freifläche für Jung und Alt umgewandelt werden und im Hinteren Vogelsang entsteht ein neuer Verkehrsübungsplatz, der den Ansprüchen an eine zeitgemäße Verkehrserziehung gerecht wird.</p> <p>Für diese beiden Vorhaben sollen im Haushalt 2014/2015 ausreichend Geld eingestellt werden: Sowohl Finanzmittel für den Neubau einer Jugendverkehrsschule im Hinteren Vogelsang als auch Planungsmittel für die Umgestaltung des Diakonissenplatzes in eine frei zugängliche Spiel- und Aufenthaltsfläche.</p>	433 (B90/Grüne), 678 (FW), 741 (FDP)	GR stimmt teilweise zu	Für die Verlagerung und den Neubau der Jugendverkehrsschule wurden 1,81 Mio. EUR beschlossen. Die Neugestaltung des Diakonissenplatzes wurde auf Grund anderer Prioritätensetzung als nicht vordringlich eingestuft und zurückgestellt.